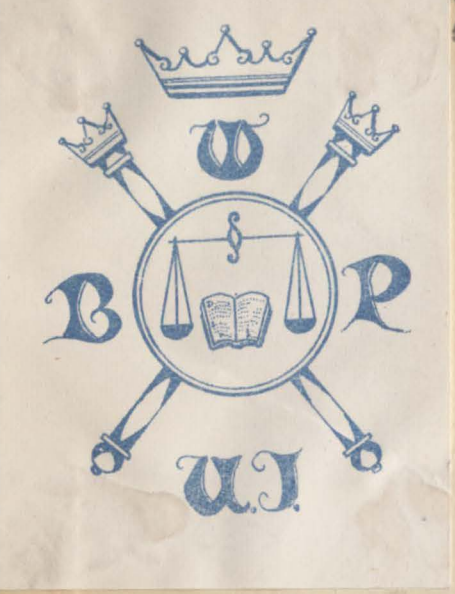
ERNST ISAY

VÖLKERRECHT

EDERMANNS
CHEREI
AGHIRT
RESLAU

WYDZIAŁOWA BIBLIOTEKA WYM. PRAWNICZA U.J.
XII-1924-Jsv

ERNST ISAY: VÖLKERRECHT



83

XII- 1924- JSV

DR. HANS PREISS
Buchhandlung für Rechts- u.
Wirtschafts-Wissenschaft
BERLIN C. 19
Gertraudtenstr. 18/19

BIBLIOTEKA
KATEDRY
PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO
PUBLICZNEGO
U. Ł.

JEDERMANNS BÜCHEREI

Natur aller Länder / Religion und Kultur aller Völker
Wissen und Technik aller Zeiten

*

ABTEILUNG:

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von
Friedrich Glum

Ferdinand Hirt in Breslau
1924

Lieu 1653

Ernst Isay

Völkerrecht

BIBL. SEMIN. PRAWN. U. J.
Inw: 4412
Dział: I 381
w: | t: | egz:
4412
SEMINARYUM PRAWNICZE I POLIT
I - 381
UNIW. JAG.
Staatsbibliothek Krakau
Wydz. Bibl. Prawnicza
1806148499

Ferdinand Hirt in Breslau
1924



Made in Germany
Copyright 1924 by Ferdinand Hirt in Breslau

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Begriff, Wesen und Quellen des Völkerrechts	7
Zur Geschichte des Völkerrechts	28
Subjekte und Objekte des Völkerrechts	40
1. Entstehung und Endigung der Staaten	41
2. Eigenschaften der Staaten	42
3. Grundrechte der Staaten	48
4. Elemente des Staats	48
a. Staatsangehörigkeit	48
b. Staatsgebiet	52
c. Staatsorgane	60
5. Völkerrecht und nichtstaatliche Rechtssubjekte	63
6. Völkerrecht und überstaatliche Organisationen	64
Völkerrechtliche Handlungen	65
1. Die völkerrechtlichen Rechtsgeschäfte	65
a. Allgemeines	65
b. Die völkerrechtlichen Verträge	67
c. Die Gesellschaftsverträge im besonderen	69
2. Die völkerrechtlichen Delikte	70
3. Staatenstreitigkeiten	73
a. Kriegsvorbeugung	73
b. Krieg	84
Zeittafel	91
Literatur	93
Register	94

ZUM GELEIT

Es ist noch nicht lange her, da rief man bei uns den Tod des Völkerrechts aus und verkündete, es werde nie wieder auferstehen. Wie völlig hat sich seitdem das Bild verändert! Zwar an solchen, die das Völkerrecht tot wünschen, ist kein Mangel, aber die Zahl derer, die es totsagen, hat sich stark vermindert. Das Völkerrecht lebt, es ist lebendiger als je und macht sich allerwärts bemerkbar. Täglich häufiger wird es angerufen, erörtert, ergänzt und befestigt. Gewiß spricht dabei der Zwang mit, die großen politischen Umwälzungen zu erfassen und zu organisieren. Aber der Hauptgrund ist doch, daß eine überstaatliche Rechtsordnung sich immer mehr als notwendig, ja als der einzige Weg zur Rettung erweist.

Es ist stets eine undankbare Aufgabe, einen ganzen Wissenszweig in einem kurzen Abriß von wenigen Seiten darzustellen. Um wie viel mehr ist sie es, wenn sie sich ohne Erörterung tiefster Probleme nicht lösen läßt. Ein solches Hinabsteigen zu den „Müttern" aber ist bei jeder Darstellung des Völkerrechts unvermeidlich. Welche Angriffsflächen für die Kritik! Welche Gefahr für die Reputation des Verfassers! Und doch glaube ich, daß bei der sichtlich steigenden Bedeutung des Völkerrechts auch ein Buch wie das vorliegende, so unvollkommen es notwendig ist, einen gewissen Wert haben kann, indem es zwar weniges, aber vielen etwas bringt. Diesem Zwecke habe ich alles untergeordnet. Ich habe stets das Allgemeine vor dem Besonderen bevorzugt, das Wichtigste etwas ausführlicher, das Wichtige kurz, das weniger Wichtige und das Unwichtige gar nicht behandelt. Möge das Buch, da es das Wissen vom Völkerrecht nicht vertiefen kann, es wenigstens verbreiten!

Bonn, im Juli 1924. Ernst Isay.

ERSTER ABSCHNITT

Begriff, Wesen und Quellen des Völkerrechts

*

In keinem Zweig der Rechtswissenschaft sind die Zweifel und Meinungsverschiedenheiten so zahlreich und tiefgehend, wie sie es in der Lehre vom Völkerrecht sind. Sie heben schon bei der Frage an, ob es ein Völkerrecht überhaupt gibt. Denn in der Tat, dessen Existenz, ja bloße Möglichkeit wird von namhaften Gelehrten und von einem großen Teil der Nichtjuristen bestritten. Man führt für diese Leugnung etwa folgende Gründe an: Zu den wesentlichen Merkmalen des Rechtsbegriffs gehöre das Moment des Zwangs, das Völkerrecht aber sei, da es zwischen den Staaten keinen Richter und keinen Vollstrecker gebe, nicht erzwingbar; wäre es selbst ein Recht, so wäre es doch kein geltendes Recht; denn nur ein Recht, das befolgt werde, sei in Geltung, der Weltkrieg aber habe auch dem Blinden enthüllt, wie die Staaten diese von Gelehrten und Träumern ersonnene Ordnung im Ernstfalle befolgen; die Existenz eines Völkerrechts sei zudem mit der staatlichen Souveränität unvereinbar, den Staaten komme höchste Gewalt zu, keiner stehe über ihnen (die Völkerrechtslehre selbst erkenne dies an), darum könne auch kein Recht über ihnen stehen, das eben, indem es sie binde, ihre Gewalt beschränke; es fehle ferner an einem völkerrechtlichen Gesetzgeber, es fehle schließlich an einem „sozialen Ideal", einem Lebensprinzip, nach dem sich die Gerechtigkeit, die „Richtigkeit" der völkerrechtlichen Ordnung bemesse; das Recht höre an den Grenzen des Staates auf, zwischen den Staaten herrsche der Naturzustand, das Recht des Stärkeren.

Diese Einwände berühren so sehr die Grundfragen aller Rechtserkenntnis, daß man ihnen nicht wohl begegnen kann, ohne zu den Grundfragen selbst Stellung zu nehmen.

Es ist ein Irrtum, daß der Zwang wesentliches Merkmal des Rechtsbegriffs sei. Auch das innerstaatliche Recht enthält nichterzwingbare Normen in großer Zahl. Nicht erzwingbar pflegen in Monarchien die Sätze zu sein, die dem Monarchen Pflichten auferlegen. Nicht erzwingbar pflegen auch die Ansprüche des einzelnen gegen den Staat zu sein (öffentliche und private Ansprüche, selbst solche finanzieller Natur gegen den Staat, Ausschluß der Zwangsvollstreckung gegen ihn, „L'État doit toujours être réputé honnête homme"). Nicht erzwingbar sind die Sätze der Verfassung, auf denen die Organisation, der innere Aufbau des Staates beruht. Nicht erzwingbar sind die sog. Naturalobligationen (z. B. die Ansprüche aus Spiel und Wette) und das Verlöbnis. Und schließlich kann der Satz, der den Zwang für statthaft erklärt, die Behörden zu Zwang ermächtigt — er ist begrifflich scharf zu trennen von dem Satz, der für erzwingbar erklärt wird, und meist auch äußerlich von diesem Satz geschieden —, nicht seinerseits wieder erzwingbar sein. In allen diesen Fällen handelt es sich, daran ist nie ein Zweifel laut geworden, um Rechtsnormen, und doch fehlt es an jeder Möglichkeit ihrer Erzwingung, ihrer Verwirklichung gegen den Willen des rechtlich Gebundenen. Schon ein einziger nicht erzwingbarer Satz aber von unzweifelhafter Rechtsnatur außerhalb des Völkerrechts widerlegt durch seine Existenz den Einwand, daß das Völkerrecht der Rechtsnatur darum ermangele, weil es nicht erzwingbar sei. Allein es gibt nicht nur außerhalb des Völkerrechts solcher Sätze eine Menge, es fehlt auch umgekehrt innerhalb des Völkerrechts nicht an der Möglichkeit, Rechtsnormen gegen den Willen des Gebundenen zu verwirklichen. Wir wollen an dieser Stelle davon absehen, daß seit kurzem regelrechte völkerrechtliche Zwangsorgane und ein überstaatliches Zwangsverfahren nach Art einer gerichtlichen Vollstrekkung vorgesehen sind (siehe darüber unten S. 64, 79 ff.); denn diese überstaatliche Zwangsmaschinerie ist noch neu und der Gang ihres Räderwerks noch unsicher, wenn sie auch schon durch ihr bloßes Bestehen den Einwand der Nichterzwingbarkeit des Völkerrechts

ausräumt (da die Unvollkommenheiten des Zwangs die Erzwingbarkeit einer Rechtsnorm an sich nicht aufheben). Aber eine Rechtsverwirklichung gegen den Willen des Pflichtigen, also etwas, was jenem Vollstreckungsverfahren zwar nicht gleich, aber doch wesensverwandt ist, hat es im Völkerrecht von jeher gegeben. Wer privatrechtlich verpflichtet ist, eine Sache zurückzuerstatten, kann (z. B. wegen der Verwendungen, die er auf sie gemacht hat) die Herausgabe verweigern, solange ihm nicht seine Auslagen ersetzt sind, er verwirklicht seinen Ersatzanspruch durch Zurückhaltung der Sache; ein ähnliches „Zurückbehaltungsrecht" kann unter gewissen Voraussetzungen auch im Völkerrecht ausgeübt werden (siehe unten S. 68). Vor allem kennt das Völkerrecht eine Rechtsverwirklichung durch Selbsthilfe, ein Mittel, das auch im Privatrecht zu dem gleichen Zwecke, obzwar heute nicht mehr so häufig wie im Völkerrecht, angewandt wird. Die Selbsthilfe kann sein: Repressalie (d. h. Erwiderung einer Rechtsverletzung durch eine Rechtsverletzung) und Krieg. Repressalie und Krieg liegen keineswegs außerhalb des Rechts, sondern sie sind vom Recht zugelassene und geregelte, mithin rechtliche Handhaben. Ja, man darf behaupten, daß, wer von einem Zurückbehaltungsrecht oder von der Selbsthilfe Gebrauch macht, als Organ der Rechtsordnung tätig ist, die eben insoweit die Rechtsverwirklichung, statt in die Hand von Richtern und Gerichtsvollziehern, in die des Berechtigten selbst gelegt hat. Damit wäre dann erwiesen, daß auch im Völkerrecht eine Rechtsverwirklichung durch Rechtsorgane sogar dort möglich ist, wo es an einer überstaatlichen Zwangsorganisation fehlt, oder wo diese versagt.

Wenn man dem Völkerrecht die Geltung abspricht, weil die Staaten es nur befolgten, wo es ihnen nütze, es aber überträten, wo es sie behindere, so ist zuzugeben, daß das Völkerrecht häufiger verletzt wird als das Landesrecht. Das hängt damit zusammen, daß es bisher an einem sicher und regelmäßig arbeitenden Mechanismus zur Verwirklichung des Völkerrechts fehlte. Indes die Frage ist doch, ob jene Verletzungen so häufig sind, daß man darum die Geltung des Völkerrechts überhaupt, nicht bloß einzelner seiner Sätze, leugnen müßte. Denn über dies eine darf kein Zweifel sein: eine Rechtsordnung entbehrt der Geltung nicht etwa schon dann, wenn sie —

sei es auch vielfach — verletzt wird. Sonst würde ja das Verbrechen die Geltung des Strafrechts aufheben, während es doch in Wahrheit dessen Anwendung erst bedingt. Vielmehr muß die Nichtbefolgung eine so oft wiederholte und so allgemeine sein, daß der Schluß erlaubt ist, der Mehrheit der Rechtsgenossen fehle es an dem Bewußtsein, durch die Ordnung gebunden zu sein. Diese Voraussetzung trifft aber bei den Verletzungen des Völkerrechts nicht zu. Das zeigt schon der Eifer, mit dem der rechtbrechende Staat die Verletzung zu bestreiten pflegt. Denn ein solcher Staat leugnet entweder die Tat selbst, oder er bemüht sich um den Nachweis, daß dem Vorwurf der Rechtsverletzung eine falsche Anwendung des Rechtssatzes auf die Tatsachen, also ein Rechtsirrtum, zugrunde liege, äußerstenfalls versucht er, die Rechtsverletzung auf untergeordnete, ihrer Instruktion uneingedenke Organe abzuwälzen. Selbst dort, wo es um Sein oder Nichtsein geht, wagt ein Staat eher, das Völkerrecht zu brechen, als den Bruch einzugestehen. Daraus folgt, daß ihm das Bewußtsein der Verbindlichkeit des Satzes nicht fehlt. Denn sonst hätte er keinen Grund, sich hinter fadenscheinigen Ableugnungen und Beteuerungen zu verstecken, er würde vielmehr offen bekennen, daß er den Satz nicht befolgt habe, weil dieser nicht gelte. Kein Staat wagt eben, den Makel des Völkerrechtsbruchs durch das Eingeständnis der Zuwiderhandlung zu besiegeln, weil jede offene Verletzung des Völkerrechts das Gewissen der Kulturwelt bis in die Tiefen aufrührt und auf dem Urheber wie eine Blutschuld lastet. Darum ist, wie die Lüge eine Verbeugung vor der Wahrheit, so jene Ableugnung eine Verbeugung vor dem Völkerrecht. Man sage auch nicht, sie beweise nur die Verbindlichkeit des Völkerrechtssatzes als einer Norm der Sittlichkeit oder der Sitte, nicht aber als einer Rechtsnorm. Denn welcher Staat würde sich wohl in Existenzfragen durch die Ethik verbunden fühlen, da doch eine Art stillschweigenden Übereinkommens zwischen den Staaten besteht, daß die Normen der Ethik zwar für den einzelnen, nicht aber für die großen Gemeinwesen gelten. Und auch der Sitte fehlt im Völkerleben die Stärke der Motivation, die sie im Leben der einzelnen haben mag, ganz abgesehen davon, daß die Staaten mit großem Feingefühl zwischen der Völkersitte und dem Völker-

recht zu unterscheiden wissen. Übrigens ist die Zahl wissentlicher Verletzungen des Völkerrechts weit geringer, als man gemeinhin annimmt. Man vergißt meist, daß der größere Teil der Völkerrechtsnormen sich nicht auf den Krieg, sondern auf das friedliche Nebeneinander der Staaten bezieht. Im Frieden aber sind Völkerrechtsverletzungen höchst selten, seltener als Erdbeben oder Vulkanausbrüche, und kommen kaum alle Schaltjahr einmal vor. Die kaum übersehbare Menge der auf den friedlichen Verkehr der Staaten bezüglichen Normen wird — das darf man ohne jede Übertreibung sagen — fast genau so befolgt wie die Normen des innerstaatlichen Rechts. Ja, eine große Zahl von ihnen — es braucht nur auf das Gesandtenrecht verwiesen zu werden — ist selbst im Verlaufe von Jahrzehnten und Jahrhunderten kaum ein einziges Mal verletzt worden. Anders verhält es sich mit den Normen des Kriegsrechts. Es ist einzuräumen, daß ein Teil dieser Sätze der Rechtsgeltung in der Tat ermangelt, weil er allgemein und offen verletzt worden ist. Aber man muß dabei doch folgendes beachten: Es wird meist übersehen, daß der Krieg den größten Teil des Völkerrechts zwischen den Kriegführenden suspendiert; auch hat sich nicht jeder während eines Krieges von einer der Parteien behauptete Völkerrechtsbruch wirklich ereignet, man weiß ja, wie die Kriegspropaganda der Kriegführenden arbeitet und wie wenig sie vor Lügen zurückschreckt. Selbst im Krieg wird ein Teil der auf den Krieg bezüglichen Normen — nur diese gelten überhaupt während des Krieges — regelmäßig beobachtet und damit von den Parteien als verbindlich anerkannt. — Für die Wirksamkeit des Völkerrechts spricht vor allem folgende Erwägung. Sicherlich befinden sich unter den Verwaltungsbeamten und Richtern der einzelnen Staaten viele „Leugner" des Völkerrechts. Aber hat man je gehört, daß ein Verwaltungsbeamter oder Richter es abgelehnt hätte, einen Völkerrechtssatz anzuwenden, mit der Begründung, er gelte nicht? Wird man in irgendeiner Entscheidungssammlung eine solche Ausführung nachweisen können? Vielfach freilich mag die Anwendung des Völkerrechts hier darauf beruhen, daß der Staat den Völkerrechtssatz durch „Rezeption", durch Verkündung in seinen Gesetzblättern zu innerstaatlichem Recht gemacht hat (siehe unten S. 23 ff.). Aber nicht alle Völkerrechts-

sätze werden so zu Landesrecht umgeformt. Im Gegenteil, gerade bei den wichtigsten von ihnen, den Sätzen des allgemeinen Völkerrechts, ist dies oft nicht der Fall. Und dennoch werden sie ohne Bedenken angewendet, angewendet von solchen Richtern und Verwaltungsbeamten, die theoretisch die Geltung des Völkerrechts bestreiten. Und sie werden angewendet nicht etwa als Normen der Moral oder der Sitte, für die ja in den Entscheidungen der Gerichte oder Verwaltungsbehörden nur selten eine Stätte ist, sondern als Rechtsnormen, als Normen von derselben Art wie die innerstaatlichen Normen, auf die in der gleichen Entscheidung zur Begründung hingewiesen wird. Will man dies nicht als einen Beweis für die Geltung des Völkerrechts ansehen, so müßte man schon der Meinung sein, der das Völkerrecht zugleich leugnende und anwendende Beamte habe sich aus irgendwelchen Gründen der Zweckmäßigkeit für die Anwendung der Norm entschieden, die nach seiner inneren Überzeugung eigentlich hätte unangewendet bleiben müssen. Aber das wäre eine falsche Psychologie! Man überlege, daß ein Verwaltungsbeamter, und noch mehr ein Richter, damit nicht nur gewissenlos handeln würde (denn beide dürfen nicht ihre rechtliche Überzeugung Erwägungen der Zweckmäßigkeit unterordnen), sondern daß sie sich auch einer Verletzung des innerstaatlichen Rechts schuldig machten, denn einen nicht geltenden Rechtssatz anwenden heißt einen geltenden Rechtssatz falsch anwenden; die Anwendung eines nicht geltenden Völkerrechtssatzes in inneren Angelegenheiten eines Landes würde also eine irrige Anwendung des Landesrechts einschließen. Die Anwendung des völkerrechtlichen Satzes kann mithin nur so erklärt werden, daß der Richter oder Verwaltungsbeamte den völkerrechtlichen Satz trotz der Leugnung, sich selbst unbewußt, insgeheim doch für geltend ansieht.

Das schwächste aller Argumente gegen die Rechtsnatur des Völkerrechts ist wohl die Berufung auf den Mangel eines völkerrechtlichen Gesetzgebers. Sie ist auf die Überschätzung zurückzuführen, die die hinter uns liegende Zeit dem gesetzten Recht überhaupt zuteil werden ließ. Man denkt heute auch in der Wissenschaft vom innerstaatlichen Recht skeptischer über den Wert einer Kodifikation, ist sich der Gefahren einer Niederlegung des ganzen

Rechtsstoffes in Gesetzesbüchern wieder bewußt geworden. Das Gewohnheitsrecht (die sog. historische Rechtsschule ließ es allein gelten und verwarf jede bewußte Rechtssetzung) und das Naturrecht sind im Begriff, auch innerhalb der Staaten einen Teil der früher von ihnen eingenommenen (übrigens nie ganz verlorenen) Stellung zurückzuerobern. Andererseits umfaßt auch das Völkerrecht gesetztes Recht, obgleich bisher kein überstaatlicher Gesetzgeber da war. Die Staaten, wie sie innerhalb der Völkergemeinschaft Organe der Rechtsanwendung und Rechtsverwirklichung sind, sind auch Organe der Setzung des Völkerrechts. Denn daß sie durch Staatenvereinbarungen Völkerrecht schaffen können, lehrt die Erfahrung. Ein großer Teil des neueren Völkerrechts beruht auf solchen Vereinbarungen. Ja, eine weit verbreitete, von Triepel aufgestellte Theorie sieht in ihnen den Rechtsgrund, die fons remota der Verbindlichkeit des Völkerrechts. Nach ihr ist diese Verbindlichkeit auf den Willen der Rechtsgenossen selbst zurückzuführen, die durch die Vereinbarung ihren auf das gleiche gerichteten Willen zu einem „Gemeinwillen" verschmelzen. Das Völkerrecht soll darum eine „Koordinationsordnung" sein, nicht eine „Subordinationsordnung" wie das innerstaatliche Recht, das auf dem Diktat einer übergeordneten Gewalt beruht. Indes, so sicher es ist, daß die Vereinbarung — und nicht bloß der Staaten, sondern auch der Privaten — Recht schafft, so irrig ist es, in ihr den letzten Grund, die Quelle der verpflichtenden Kraft des Rechts zu sehen. Ein Vertrag kann nur solche Rechtswirkungen erzeugen, die die Rechtsordnung an ihn knüpft. Er setzt also das Bestehen einer Rechtsordnung voraus, kann nicht Urquelle einer Rechtsordnung sein. Nicht der Kaufvertrag ist letzter Grund der Bindung des Käufers und Verkäufers an den Vertrag, sondern das Recht, das an den tatsächlichen Vorgang des Kaufabschlusses die Bindung als Wirkung, als Rechtswirkung knüpft. Sonst müßte ja auch ein Kaufvertrag die Parteien binden, der aus irgendeinem Grunde ungültig ist. Ein solcher Vertrag ist aber ohne jede rechtliche Wirkung, woraus hervorgeht, daß seine rechtsschaffende Kraft nicht in ihm selbst liegt, sondern sich von der Rechtsordnung herleitet, die sie ihm verleiht. So wäre auch die Staatenvereinbarung ohne die Weihe des

Völkerrechts nichts als eine der unzähligen rechtsunerheblichen Tatsachen: nicht durch sie ist das Völkerrecht, sondern durch das Völkerrecht ist sie, ist sie das, was sie rechtlich ist. Es muß also über den Verträgen stehendes, „übervertragliches" Völkerrecht geben, nämlich Sätze, die bestimmen, welcher Handlungen (z. B. ausdrücklicher oder stillschweigender Erklärungen) es bedarf, damit ein gültiger Staatsvertrag zustande komme, ob gewisse Formen zu wahren sind, welche Bedeutung Irrtum, Zwang, Betrug, Unsittlichkeit des Inhalts, mangelnde Geschäftsfähigkeit eines Beteiligten für die Gültigkeit des Vertrags haben, welche Wirkungen ein gültig geschlossener Vertrag äußert, z. B. ob er einseitige oder zweiseitige, obligatorische oder dingliche Bindung zur Folge hat, von welchem Einfluß Unmöglichkeit oder Verzug auf die Bindung ist usf. Alles dies aus dem Vertrag selbst ohne Vermittlung übervertraglichen Rechts herauslesen zu wollen, wäre eine petitio principii; denn nur, wenn der Vertrag wirksam ist, kann es nach ihm beurteilt werden; ob er aber wirksam ist, das ist ja gerade die Frage. Ähnliche Einwände lassen sich auch gegen die Zurückführung des innerstaatlichen Rechts auf das Gesetz als letzten Grund der rechtlichen Bindung erheben. Denn stets ist ein Rechtssatz vorauszusetzen, nach dem sich die Gültigkeit des Gesetzes beurteilt, dieser Satz aber kann selbst letzten Endes kein Gesetzessatz sein, weil ein solcher seinerseits wieder einen Rechtssatz voraussetzte, der über seine Gültigkeit Bestimmung trifft. Es muß daher auch letzte innerstaatliche Rechtssätze geben, die nicht von einem Gesetzgeber geschaffen sind und geschaffen sein können. Gerade das ist ja einer der Gründe, aus denen es sich als unmöglich erweist, den Unterschied zwischen Völker- und Landesrecht darin zu sehen, daß das eine von einem Gesetzgeber geschaffen sei, das andere nicht. Eins freilich ist zuzugeben: Der Beamte, der innerstaatliches Recht anwendet, darf von der Gültigkeit eines Gesetzes ausgehen, wenn nicht besondere Umstände, z. B. eine Revolution, sie in Frage stellen, er darf sie sozusagen vermuten, weil er regelmäßig nicht zu befürchten braucht, daß ein Einwand gegen die Rechtmäßigkeit seines Handelns daraus werde hergeleitet werden, daß das angewendete Gesetz ungültig sei. Er darf also das Problem des letzten Rechtsgrundes normaler-

BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO

weise getrost der Rechtsphilosophie überlassen. Anders der Handhaber des Völkerrechts. Ihm legt sich jedesmal gleich bei Anbeginn das Problem quer über den Weg, und er muß, will er überhaupt zu einer Entscheidung gelangen, es zu lösen suchen. Denn die Frage des letzten Grundes der Verbindlichkeit ist hier nicht theoretischer, sondern im höchsten Maße praktischer Natur, weil teils die bindende Kraft eines Völkerrechtssatzes überhaupt geleugnet, teils die Existenz des konkreten Satzes angezweifelt wird. Eben darum hat ja auch in dem Zeitalter der Empirie um die Jahrhundertwende die Wissenschaft des Völkerrechts zu den wenigen Tummelplätzen rechtsphilosophischer Betrachtung gehört.

Es ist hier noch einer weiteren völkerrechtlichen Quellentheorie zu gedenken, nämlich der, welche eine Verschiedenheit der Quellen des innerstaatlichen und des Völkerrechts leugnet, d. h. das Völkerrecht auf dieselbe Quelle zurückführt, der auch das innerstaatliche Recht entstammt, das Völkerrecht als innerstaatliches Recht, als „äußeres Staatsrecht" ansieht (Zorn, Wenzel). Der Staat, so lehrt sie, regelt als Herrscher wie seine inneren so auch seine äußeren Beziehungen, die von ihm gegebene Ordnung seiner äußeren Beziehungen aber ist Völkerrecht. Indes, die äußeren Beziehungen als Herrscher regeln heißt: sie als Herrscher über ihre Subjekte regeln. Subjekt der äußeren Beziehungen eines Staates ist jedoch nicht nur dieser selbst, sondern sind auch die fremden Staaten, mit denen er sie unterhält. Wenn also der Staat seine äußeren Beziehungen als Herrscher regelt, dann regelt er sie — zu diesem Ergebnis führt, ohne es sich einzugestehen, jene Theorie — als Herrscher auch über die fremden Staaten. Ein Staatsvertrag wird nach ihr wirksam, wenn jeder der beteiligten Staaten ihn als Staatsgesetz erläßt und dadurch die vertragliche Bindung kraft seines eigenen Rechts übernimmt. Allein Bindung jedes der beiden Vertragsstaaten ist noch nicht vertragliche Bindung. Diese kann als eine objektive Einheitsbeziehung nur durch eine einheitliche Rechtsordnung geschaffen werden, die über den Vertragschließenden steht. Wenn zwei zur Rechtssetzung befugte Korporationen einen Vertrag miteinander eingehen, so erlangt dieser bindende Kraft durch die staatliche Rechtsordnung; er würde sie nie erlangen

können durch das innere Recht der vertragschließenden Korporationen. Eine Verpflichtung, die von jeder nach ihrem eigenen Recht übernommen wird, wäre noch keine vertragliche Verpflichtung. Denkt man sich die staatliche Rechtsordnung hinweg, so blieben zwei isolierte Verpflichtungen übrig, denen gerade das fehlt, was das Wesen der vertraglichen Bindung ausmacht, nämlich die Beziehung beider aufeinander; denn zu einer Einheit können die beiden Verpflichtungen nur zusammengefaßt werden durch das Band einer einheitlichen Rechtsordnung. Ebenso verhält es sich mit den Verpflichtungen zweier Staaten aus einem zwischenstaatlichen Vertrag. Will man überhaupt annehmen, daß dieser eine wirkliche Vertragsbindung, und nicht zwei beziehungslose Fragmente einer solchen, erzeugt, so muß man schon eine einheitliche, die Vertragsparteien beherrschende Rechtsordnung unterstellen. Als solche käme aber, wenn man ein überstaatliches Völkerrecht verneint, nur die Rechtsordnung eines der beiden Staaten, vom Standpunkt des inländischen Staates nur seine eigene in Betracht. Damit wäre dann der fremde Staat der Rechtsordnung des inländischen Staates untergeordnet, das heißt: dem Inland einverleibt. Zu diesem Ergebnis führt unweigerlich die Theorie vom Völkerrecht als innerstaatlichem Recht. In sich durchaus folgerichtig, treibt sie den staatlichen Individualismus auf die Spitze. Nach ihr ist daher dem inländischen Staat die ganze übrige Staatenwelt ein bloßes Anhängsel seiner selbst, nur für und durch ihn existierend, wie nach der subjektivistischen Lehre die Welt nur für und durch das Individuum. Indes, auf der Bahn des Individualismus ist außerhalb des einzelnen kein Halt. Darf der Staat die Staatenwelt verneinen, so darf auch der einzelne die Welt des Staates leugnen. Was sollte ihn davon abhalten, da doch der Staat selbst ihm das Beispiel gibt? So landet der staatliche Individualismus beim Einzelindividuum, dem Atom der bürgerlichen Gesellschaft. So erweist er sich aber als eine Leugnung nicht nur des Völkerrechts, sondern des Rechts überhaupt. „Die Welt gehört dem, der sie zu nehmen weiß. Eignet er sie sich an, so gehört ihm nicht bloß die Erde, sondern auch das Recht dazu. Dies ist das egoistische Recht, d. h. Mir ist's so recht, darum ist es Recht. Der Tiger, der Mich anfällt, hat recht, und Ich,

der ihn niederstößt, habe auch recht. Nicht mein Recht wahre ich gegen ihn, sondern Mich." (Stirner, Der Einzige und sein Eigentum. Reclam-Ausg., S. 223.) — Nur mit Grausen kann man daran denken, welche politischen Folgen der auf die Spitze getriebene Subjektivismus in einem balkanisierten Europa haben würde, wenn jeder kleine und mittlere Staat sich als autark, die Welt als sein Anhängsel ansähe; schon ist das Recht dazu in der Tat von dem tschechoslowakischen Gelehrten Weyr für sein Land in Anspruch genommen worden (vgl. Laun, Art. Nationalitätenfrage im Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, Bd. II, S. 105). Nur einem Weltstaat oder einem Staat, der die Kraft und den Willen hat, ein Weltstaat zu werden, ziemt und frommt eine solche Auffassung.

Nach unserer Ansicht ist das Völkerrecht ein den Staaten übergeordnetes Recht, ein Subordinationsrecht, allerdings nicht in dem Sinne, daß eines seiner Rechtsorgane über die anderen herrschte, sondern in dem Sinne, daß sie alle vom Völkerrecht beherrscht werden. Unmöglich scheint es mir freilich, diesen Primat des Völkerrechts logisch zu konstruieren, wie das die neuere österreichische Schule versucht (Kelsen, Verdroß). Sie sieht in dem Primat des Völkerrechts eine juristische Hypothese, eine zur Vereinfachung der Erkenntnis notwendige, wenn auch nicht beweisbare Unterstellung. Denn wie jede Norm eine „Ursprungsnorm", eine „Verfassung" logisch voraussetze, von der sie ihre verbindliche Kraft ableite, so setze das staatliche Recht eine überstaatliche Ursprungsnorm voraus, die „Verfassung" des staatlichen Rechts, die Verfassung kat' exochen sei das Völkerrecht. Aber was nötigt begrifflich, diese Verfassung außerhalb des Staates zu setzen? Welches logische Bedenken hindert, den Staat selbst als Endpunkt der juristischen Normenreihe zu betrachten? Gab es denn nicht Zeiten, in denen es an einem Völkerrecht fehlte? Verstieß dieses Fehlen gegen die Logik? Mit logischen Schlüssen läßt sich kein überstaatliches Völkerrecht aufbauen, so wenig sich der Objektivismus oder der Subjektivismus logisch erweisen läßt. Die Frage des Völkerrechts ist eine solche der Weltanschauung. Unserer Zeit aber zwingt sich mit gebieterischer Notwendigkeit der Objektivismus, der Gedanke der Solidarität auf, der Solidarität der einzelnen und der Staaten.

Die aus den Fugen gegangene Welt kann nicht vom einzelnen, sondern muß von allen wiederaufgebaut werden. In der Wiedererweckung des Einheitsgedankens, in der Erneuerung der „Harmonie", wie sie die Glieder der mittelalterlichen Welt zu schöner Einheit verband, liegt allein die Rettung des Abendlandes. Aus den Bedrängnissen unseres Zeitalters, nicht aus logischer Notwendigkeit erwächst der Primat des Völkerrechts. Wir müssen an ihn glauben, weil wir ohne ihn nicht leben könnten. Er ist mithin nicht eine Hypothese, sondern ein Postulat der praktischen Vernunft.

Somit gründen wir das Völkerrecht auf ein „umfassendes naturrechtliches Prinzip" (Mausbach), ohne Scheu vor dem abwehrenden Aufschrei, den dieses Wort auch heute noch vereinzelt auslöst.

Die Idee des Völkerrechts aber ist die gleiche wie die des innerstaatlichen Rechts. Es ist dasselbe Lebensprinzip, nach dem sich die Gerechtigkeit, die Richtigkeit der völkerrechtlichen und der innerstaatlichen Ordnung bemißt. Mit Max Ernst Mayer bezeichnen wir als Idee allen Rechts, und also auch des Völkerrechts, die Humanität, den „Menschen an sich".

Damit ist zugleich der Einwand ausgeräumt, der aus dem Begriffe der staatlichen Souveränität hergeleitet wird. Begriffe widerlegen keine Wirklichkeiten. Ist der Staat souverän in dem Sinne, daß er „durch keine Macht gegen den eigenen Willen beschränkt zu werden und selbst seinem Herrscherwillen eine allseitig bestimmende Richtung zu geben vermag", dann freilich gibt es kein ihm übergeordnetes Völkerrecht. Gibt es aber ein ihm übergeordnetes Völkerrecht, so ist eben jene Begriffsbestimmung der Souveränität falsch und bedarf der Berichtigung, soll sie mit den Tatsachen in Einklang sein. Man muß also schon, will man nicht ein Spiel mit komplementären Begriffen treiben, den Einwand nicht auf den Begriff, sondern auf die Wirklichkeit der Souveränität gründen, also etwa behaupten, die Rechtserfahrung lehre, daß der Staat seine äußeren Verhältnisse durch seinen eigenen Herrscherwillen und nach seinem eigenen Recht regeln dürfe, daß er befugt sei, jede nicht von ihm selbst stammende Regelung als für ihn unverbindlich abzulehnen. Das wäre aber nur eine Wiederholung der bereits erörterten Einwände gegen die Möglichkeit eines den Staaten übergeordneten

Völkerrechts. Was gegen diese Einwände gesagt ist, trifft daher auch gegen den Souveränitätseinwand zu.

Der Primat des Völkerrechts schließt keineswegs, wie oft behauptet wird, die Annahme eines Weltstaates, einer civitas maxima ein. Das würde er nur dann tun, wenn rechtliche Ordnung und Staat das gleiche wären. Davon kann aber keine Rede sein. Denn es gibt rechtliche Ordnungen (z. B. das katholische Kirchenrecht und das religiöse Recht des Islam), die kein Staat sind. Staat ist ein Organismus mit ausgeprägten, anderen rechtlichen Ordnungen nicht immanenten Zwecken. Die Völkerrechtsordnung könnte sich unter gewissen Voraussetzungen zu einem Staat auswachsen. Bis jetzt ist das nicht der Fall, und wenn es je der Fall sein sollte, so werden Zeitalter darüber vergehen.

Wie das private Recht dem Interesse der einzelnen, das öffentliche Recht dem öffentlichen Interesse dient, so dient das Völkerrecht dem Interesse nicht der einzelnen Staaten,sondern einem allen Staaten gemeinsamen, einem überstaatlichen Interesse, dem „Völkergemeininteresse".

Wir bestimmen danach das Völkerrecht als ein den Staaten übergeordnetes Recht, welches ihre Beziehungen zur Außenwelt regelt und dem Völkergemeininteresse dient.

Wenn das Völkerrecht ein den Staaten übergeordnetes, ihre Beziehungen zur Außenwelt regelndes Recht ist, so kann ein Satz nicht schon darum dem Völkerrecht angehören, weil sein Tatbestand nichtnationale Elemente enthält. Diese Voraussetzung liegt z. B. vor, wenn ein staatlicher Rechtssatz die Rechtslage der Ausländer im Inlande ordnet. Er knüpft Rechtswirkungen an ein Tatbestandsmerkmal nicht-inländischen Charakters (nämlich an die Ausländereigenschaft), ist aber dennoch kein Völkerrechtssatz; denn er enthält kein dem Staate übergeordnetes, sondern von ihm selbst gesetztes und daher durch ihn selbst aufhebbares Recht, und er regelt nicht die äußeren, sondern die inneren Verhältnisse des Staates (siehe darüber unten S. 27). Noch weniger läßt sich die völkerrechtliche Natur eines Satzes daraus schließen, daß ihn der juristische Sprachgebrauch dem „internationalen Recht" zuzählt. Unter diesem Begriff faßt man die allerverschiedenartigsten Sätze zusammen, sofern sie nur irgendein internationales Element bergen, mögen sie

nun die äußeren Verhältnisse der Staaten als übergeordnetes Recht regeln oder nicht. Das Wort ist sehr schlecht gewählt und hat allein als Wort, abgesehen von der ohnehin auf diesem Gebiet herrschenden Verwirrung, den größten Schaden angerichtet. Man bezeichnet (namentlich im Ausland) das Völkerrecht vielfach als „internationales öffentliches Recht". In Gegensatz dazu stellt man das „internationale Privatrecht". Darunter versteht man die Sätze, die anordnen, nach welchem von mehreren Privatrechten ein Fall zu entscheiden sei (z. B. ob der von einem Deutschen in der Schweiz mit einem Italiener abgeschlossene Vertrag deutschem, schweizerischem oder italienischem Recht unterliege). Sie sind weder Privatrecht, noch brauchen sie internationales Recht im Sinne von überstaatlichem Recht zu sein, sondern sie gehören vielfach dem positiven innerstaatlichen Recht an (so z. B. die internationales Privatrecht enthaltenden Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch). Auch ein sog. „Weltrecht" (z. B. ein in allen Staaten der Welt eingeführtes einheitliches Wechselrecht) wäre kein Völkerrecht, weil es weder die äußeren Verhältnisse der Staaten regeln noch diesen übergeordnet sein würde. Auch ein Recht, das den Anspruch erhebt, ein dem Staate übergeordnetes Recht zu sein, z. B. das Recht einer Religionsgemeinschaft, die sich die höchste weltliche Gewalt zumißt, ist darum noch kein Völkerrecht, nicht einmal von seinem eigenen Standpunkt aus, wenn es nicht die äußeren Verhältnisse der Staaten regelt.

„Nichtvertraglich" ist alles Völkerrecht, das nicht durch zwischenstaatliche Vereinbarung entstanden ist. Ihm gehören einmal die (gewohnheitsrechtlichen oder naturrechtlichen) Sätze an, nach denen sich die Gültigkeit und die Wirkungen der zwischenstaatlichen Vereinbarungen beurteilen, sie stehen über den Verträgen, und man kann sie daher „übervertragliches" Völkerrecht nennen; ferner Sätze, die sich überhaupt nicht auf solche Vereinbarungen beziehen, auch nicht aus ihnen entstanden sind (z. B. die Sätze über die Rechtsstellung der Gesandten), sie seien „außervertragliches" Völkerrecht genannt. „Vertragliches" Völkerrecht sind demgegenüber alle aus Verträgen erwachsenen Völkerrechtssätze. Mit diesen Unterscheidungen kreuzt sich die zwischen „allgemeinem" und „besonderem" (partikulärem)

Völkerrecht. Allgemein ist jenes Völkerrecht, dem alle Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft unterstehen. Auch ein auf Verträgen beruhender Völkerrechtssatz kann allgemeiner Natur sein; er ist es dann, wenn alle Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft dem Vertrag, auf dem er beruht, beigetreten sind. Besonderes Völkerrecht ist dasjenige, das nicht alle Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft, sondern nur einen Teil von ihnen bindet, sei es, daß es auf einem nicht von allen Staaten geschlossenen Vertrag, sei es, daß es auf einem nicht zwischen ihnen allen geltenden Gewohnheitsrecht beruht (z. B. das „kontinental-europäische", das „angelsächsische", das „amerikanische" Völkergewohnheitsrecht). Zur Entstehung von Völkergewohnheitsrecht ist zweierlei erforderlich: dauernde Übung und die Überzeugung, durch sie einem Rechtssatz zu genügen. Von ihm zu unterscheiden ist die Völkerrechtssitte (Völkercourtoisie, comitas gentium). Sie ist so wenig Völkerrecht, wie der Handelsbrauch Handelsrecht ist. Sie wird befolgt, nicht um einer Rechtspflicht, sondern um dem Herkommen und der Anstandspflicht zu genügen. Ihr Bruch erzeugt daher auch nicht die Folgen einer Völkerrechtswidrigkeit, z. B. keinen Schadensersatzanspruch des Verletzten. Sobald das Bewußtsein, einer Sitte nach zukommen, in das Bewußtsein der rechtlichen Notwendigkeit der Übung übergeht, wandelt sich die Völkerrechtssitte in Völkergewohnheitsrecht.

Nach herrschender Auffassung sind nur die Staaten Subjekte des Völkerrechts, kann weder das Individuum noch ein Verband, der nicht Staat ist, völkerrechtliche Rechte oder Pflichten haben; denn, so sagt man, das Völkerrecht regele nur die Verhältnisse der Staaten, schütze nur das Völkergemeininteresse, nicht individuelle Interessen. Allein von der Frage, wer Subjekt eines durch eine Rechtsordnung verliehenen Rechts sein kann, ist die Frage zu sondern, welche Interessen die Rechtsordnung schützt. Das Privatrecht ist um der Interessen der einzelnen willen da und erkennt doch den Staat als Rechtssubjekt an. Das öffentliche Recht ist um des „öffentlichen" Interesses willen da und gewährt doch dem einzelnen subjektive Rechte (eben die sog. subjektiven öffentlichen Rechte). So ist es auch begrifflich durchaus möglich, daß das Völkerrecht um des Völkergemeininteresses willen da ist und doch Nicht-

staaten, insbesondere Individuen, Rechte gewährt oder Pflichten auferlegt. Das geschieht dann gerade im Völkergemeininteresse, gerade darum, weil die Begründung individueller Rechte oder Pflichten sich in dem besonderen Fall als das beste Mittel zur Wahrung des Völkergemeininteresses erweist. Ein Blick in die Wirklichkeit des Völkerrechts zeigt denn auch sofort, daß es individuelle Rechte und Pflichten von alters her kennt. Oder was sind die Rechte und Pflichten der Gesandten und Konsuln sowie der Organe überstaatlicher Organisationen (Organe der Fluß-, Gesundheitskommissionen usw., Organe des Völkerbunds) anders als völkerrechtliche Rechte und Pflichten? Und doch sind sie individueller Art, keineswegs etwa in dem Recht der Staaten zur Bestellung der Organe enthalten, sondern Amtsrechte und -pflichten der Organe selbst. Auch den Personen, die an einem Plebiszit teilnehmen oder eine Optionserklärung abgeben dürfen, steht ein subjektives völkerrechtliches Recht zu, nämlich das Recht auf Abstimmung und Abgabe der Optionserklärung, also das Recht auf Vornahme von Handlungen, die zu stören das Völkerrecht verbietet, und an die das Völkerrecht rechtliche Wirkungen knüpft. Ferner sind individuelle (vielfach sogar klagbare) Ansprüche auf Schadensersatz innerhalb und außerhalb von Friedensverträgen durch das Völkerrecht mannigfach gegeben, ebenso besteht eine Bindung einzelner durch völkerrechtliche Verbote (Piraterie!). Diese Erscheinungen sind mit der herrschenden Lehre von den Staaten als den alleinigen Subjekten des Völkerrechts nicht oder nur durch gewagte Konstruktionen in Einklang zu bringen. Übrigens bestreitet ja die herrschende Lehre gar nicht, daß Einzelinteressen durch objektive Völkerrechtssätze geschützt sein können (nur den Schutz durch Gewährung subjektiver Rechte bestreitet sie); damit gibt sie aber ihre Begründung des Satzes von der Unmöglichkeit individueller Rechte und Pflichten preis! Und ist es nicht mißlich, die Beantwortung einer Grundfrage des Völkerrechts auf den Unterschied zwischen subjektivem Recht und sog. „Reflex" objektiven Rechts (darunter versteht man die durch objektive Rechtssätze geschaffene günstige Rechtslage des einzelnen) abzustellen, der doch zu den am meisten umstrittenen Problemen der gesamten Rechtswissenschaft gehört? Man wird sich,

wenn man folgerichtig sein will, schon zu der Annahme bequemen müssen, daß es auch im Völkerrecht individuelle Rechte gibt. Sie bestehen in solchen Fällen, in denen gerade das Völkergemeininteresse verlangt, daß das Einzelinteresse nicht bloß durch objektive Sätze, sondern durch Gewährung eines subjektiven Rechts geschützt werde. So dient das Rechtsinstitut des Plebiszits der Regelung des Verhältnisses zweier Staaten (des abtretenden und des annektierenden); gerade durch Verleihung eines subjektiven Rechts an die Bewohner des abzutretenden Gebiets aber wird dieser Zweck am vollkommensten erreicht. — Freilich muß man sich vor der Annahme hüten, als ob, weil individuelle Rechte und Pflichten im Völkerrecht möglich sind, darum nun jeder zum Vorteil eines einzelnen erlassene völkerrechtliche Satz ein individuelles Recht begründe. Es kann natürlich ebensowohl bloßer Reflex des objektiven Rechts wie Gewährung eines subjektiven Rechts gewollt sein. Auch im innerstaatlichen Recht entspricht ja nicht jedem im Interesse des einzelnen erlassenen Rechtssatz ein individuelles Recht. Im Zweifel wird man sogar annehmen dürfen, daß das Völkerrecht nur Reflex objektiven Rechts, nicht Verleihung eines subjektiven Rechts gewollt hat. Jedenfalls darf die Entscheidung nicht schematisch erfolgen, sondern es kommt auf den festzustellenden Willen des einzelnen völkerrechtlichen Satzes an. So begründen z. B. die in den letzten Jahren abgeschlossenen Verträge zum Schutze nationaler Minderheiten nur eine günstige Rechtslage, nicht aber subjektive Rechte dieser Minderheiten auf den vertraglich verbürgten Schutz.

Die hier vertretene Auffassung ist mit jeder der Lehren von den Quellen des Völkerrechts vereinbar.

Wenn nach dem Verhältnis des Völkerrechts zum Landesrecht gefragt wird, so kann damit ein mehrfaches gemeint sein: Einmal, ob das Völkerrecht ohne weiteres, „ipso jure", innerhalb des Staates gilt, oder ob dazu ein besonderer staatlicher Akt, ein Akt der „Rezeption", der Umformung des Völkerrechts zu Landesrecht erforderlich ist, nämlich die Einführung des Völkerrechts durch ein staatliches Gesetz und dessen Veröffentlichung in den staatlichen Gesetzblättern. Daß der Staat als solcher, als Völkerrechtssubjekt, auch ohne Akt der Rezeption an das Völker-

recht gebunden ist, ist offenbar und unbestritten. Die Frage kann daher nur sein, ob auch die innerstaatlichen Behörden ohne jenen Akt, ipso jure, an es gebunden sind, und ferner, ob der völkerrechtliche Satz ispo jure auch den einzelnen, den Bürger des Staates, bindet und berechtigt, soweit er überhaupt Rechte oder Pflichten des einzelnen begründen will (denn will er das nicht, so besteht ein individuelles Recht, eine individuelle Pflicht weder vor noch nach der Rezeption). Man ist geneigt, eine ipso-jure-Wirkung immer dann anzunehmen, wenn das Völkerrecht individuelle Rechte oder Pflichten begründet. Denn will in solchen Fällen das Völkerrecht nicht unmittelbar für oder gegen die einzelnen gelten? Und ist, wenn es ohnehin für oder gegen die einzelnen gilt, die „Rezeption" nicht eine leere Formalität? Indes, auch wenn das Völkerrecht individuelle Rechte und Pflichten anerkennt, ist es völlig frei in der Bestimmung der Voraussetzungen, unter denen die Rechte und Pflichten entstehen sollen. Es kann einem einzelnen ein subjektives Recht zusprechen und doch wollen, daß dieses erst nach Veröffentlichung des gewährenden völkerrechtlichen Satzes in der staatlichen Gesetzsammlung zur Entstehung gelange. Die Feststellung, daß ein Recht oder eine Pflicht des einzelnen durch das Völkerrecht begründet werde, schließt daher keineswegs die Feststellung ein, daß der völkerrechtliche Satz auch ohne formelle Rezeption im Inland gelte. Folgenden Rechtszustand wird man als durch die Natur der Sache gegeben ansehen dürfen: Alle Sätze des nichtvertraglichen Völkerrechts, also alle, die nicht auf Staatenvereinbarung beruhen, binden die staatlichen Behörden ipso jure, ohne Rezeptionsakt, und sie binden und berechtigen ferner ipso jure die einzelnen Bürger, soweit sie überhaupt individuelle Rechte oder Pflichten begründen wollen. Alle Sätze des vertraglichen, also durch Staatenvereinbarung geschaffenen Völkerrechts dagegen bedürfen, um innerstaatlich zu gelten, der Verkündung als staatliches Gesetz. Denn das nichtvertragliche Völkerrecht umfaßt vorwiegend gewohnheitsrechtliche und sonstige allgemeine Sätze, von denen unterstellt werden kann, daß sie auch den Behörden und Bürgern des Staates bekannt sind. Die Staatsverträge aber bringen so häufig eine ganz neue und keineswegs selbstverständliche Regelung, daß

es unbillig wäre, deren Kenntnis und Befolgung den Behörden und Bürgern des Staates zuzumuten, bevor der Vertrag aus dem Halbdunkel der Konferenzzimmer und Parlamentssäle in das Licht vollster Öffentlichkeit getreten ist. Dieser Rechtszustand ist im wesentlichen auch der des nachrevolutionären deutschen Rechts. Art. 4 der neuen deutschen Reichsverfassung bestimmt: „Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts." Allgemein anerkannt pflegt nur das nichtvertragliche Völkerrecht zu sein, das auf Verträgen beruhende ist meist partikulär, d. h. es gilt nur zwischen einigen Staaten (nämlich den am Vertrage beteiligten), ist also nicht allgemein anerkannt. Staatsverträge bedürfen mithin, damit sie in Deutschland gelten, nach wie vor regelmäßig der Verkündung im Reichsgesetzblatt. Die Sätze des allgemeinen Völkerrechts dagegen (z. B. das Recht der Gesandten, die Rechtssätze über Gebietshoheit, die Sätze, nach denen sich die Gültigkeit und die Wirkungen der Staatsverträge beurteilen) sind für die deutschen Behörden und, soweit sie individuelle Rechte oder Pflichten begründen wollen, auch für die deutschen Reichsangehörigen ohne jene Verkündung maßgebend. Der völkerrechtliche Satz hört nicht etwa schon darum auf, „allgemein anerkannt" zu sein, weil er einem deutschen Gesetze widerspricht. Denn die Nichtbefolgung eines Rechtssatzes in einem einzelnen Fall beseitigt nicht dessen Eigenschaft, allgemein anerkannt zu sein (wie ja auch das Strafrecht nicht aufhört, allgemein anerkannt zu sein, wenn es übertreten wird). — Die Frage nach dem Verhältnis des Völkerrechts zum Landesrecht kann aber auch in einem anderen Sinne gemeint sein. Gesetzt, das Völkerrecht „gelte im Inland", wie verhält es sich dann zu geltendem Landesrecht, das ihm widerspricht? Hat die Behörde Völkerrecht, das im Inland gilt, auch dann anzuwenden, wenn das innerstaatliche Recht ihr dies verbietet? Besitzt der einzelne ein Recht oder eine Pflicht, die ihm vom Völkerrecht zwar zugesprochen, vom Landesrecht aber aberkannt ist? „Bricht" also Völkerrecht Landesrecht (in derselben Weise, wie Reichsrecht preußisches, bayrisches, sächsisches Recht bricht), oder geht im Inlande das Landesrecht (weil es nun einmal das dort von Haus aus geltende Recht ist) dem

Völkerrecht vor? Welches der beiden Rechte hat in einem solchen Konflikt den Vorrang? Eins ist hier gleich vorweg zu bemerken: Wenn Völkerrecht vom Landesrecht „rezipiert" ist (entweder durch Verkündung als innerstaatliches Gesetz oder durch eine Vorschrift wie den Art. 4 der deutschen Reichsverfassung, durch den es allgemein für innerstaatliches Recht erklärt wird), dann liegt ein Konflikt zwischen Völker- und Landesrecht überhaupt nicht vor. Ist das Völkerrecht rezipiert, so ist es eben zu Landesrecht geworden; widerspricht es in solchem Falle einem landesrechtlichen Satz, so besteht ein Konflikt nicht zwischen Völker- und Landesrecht, sondern zwischen zwei landesrechtlichen Sätzen, dem ursprünglichen und dem rezipierten. Die Frage in dem hier erwähnten Sinn erhebt sich nur dann, wenn der Völkerrechtssatz nicht rezipiert ist, weder durch innerstaatliches Gesetz noch auch durch eine Vorschrift nach Art des Art. 4, und wenn er dennoch Anspruch darauf erhebt, im Inland zu gelten, z. B. wenn er zum „nichtvertraglichen" Völkerrecht gehört, dessen Sätze, wie vorhin erörtert, auch ohne Rezeptionsakt im Inland gelten wollen. Vom Standpunkt des Primats des Völkerrechts ist die Antwort in solchen Fällen ohne weiteres gegeben: das Völkerrecht geht dem Landesrecht, und nicht dieses jenem vor. Das ist ja nur eine andere Ausdrucksweise dafür, daß der Primat des Völkerrechts besteht, daß das Völkerrecht dem Landesrecht übergeordnet ist; denn würde es ihm im Falle eines Widerspruchs nicht vorgehen, so wäre es ihm eben nicht übergeordnet. Freilich, am Maßstab des Landesrechts gemessen, handelt ein Beamter, der eine ihm vom Völkerrecht gebotene, vom Landesrecht aber verbotene Handlung vornimmt, rechtswidrig. Indes, am Maßstab des Völkerrechts gemessen, handelt er umgekehrt rechtswidrig, wenn er die Handlung dem Gebot des Völkerrechts entgegen unterläßt. Und der Primat des Völkerrechts besteht eben darin, daß bei einem Konflikt der Maßstab des Völker-, und nicht der des Landesrechts anzulegen ist. Doch ist hier ein wichtiger Vorbehalt zu machen: Ein dem Völkerrecht widersprechender Staatsakt ist rechtswidrig, das bedeutet aber nicht ohne weiteres, daß er ungültig sei. Auch ein dem Reichsrecht widersprechendes Landesgesetz, ein der Verfassung wider-

sprechendes Reichsgesetz, eine dem Gesetz widersprechende Verordnung, ein der Verordnung widersprechender Verwaltungsakt sind rechtswidrig, sie sind aber regelmäßig nicht schlechthin ungültig, sondern haben gewisse rechtliche Wirkungen, sie müssen befolgt werden, solange sie nicht aufgehoben sind oder ihre Rechtswidrigkeit in einem Rechtsverfahren (Gerichts-, Beschwerdeverfahren) mit Erfolg geltend gemacht ist. Ähnlich verhält es sich mit dem völkerrechtswidrigen Landesgesetz. Auch es ist, obgleich rechtswidrig, zunächst wirksam, bis es aufgehoben oder seine Rechtswidrigkeit durch den von ihr betroffenen fremden Staat in einem völkerrechtlichen Verfahren mit Erfolg geltend gemacht ist (Verdross, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes, 1923, S. 163f.). — Es könnte zweifelhaft erscheinen, wie es denn überhaupt möglich sei, daß Völkerrecht vom Landesrecht rezipiert werde, wenn beide Rechtsordnungen nach ihren Zwecken und ihrem Gegenstand verschieden sind. Das Völkerrecht will dem Völkergemeininteresse, das Landesrecht dem öffentlichen oder dem privaten Interesse dienen, das Völkerrecht regelt die äußeren, das Landesrecht die häuslichen Beziehungen der Staaten; wie soll aber ein dem Völkergemeininteresse dienendes und die äußeren Beziehungen der Staaten regelndes Recht plötzlich zu einem solchen werden, das dem öffentlichen oder privaten Interesse dient und die häuslichen Beziehungen des Staates regelt? Ist das nicht undenkbar? Indes, die Umformung zu Landesrecht bedeutet für das Völkerrecht zugleich einen Wechsel seines Zweckes und seines Gegenstandes. Durch die Rezeption stellt sich der Staat mit seiner Gewalt hinter den Völkerrechtssatz, erteilt er ihm seine staatliche Sanktion nach innen hin, befiehlt er selbst seinen Behörden und Bürgern, die völkerrechtliche Regelung zu achten und zu befolgen, gesellt er dem überstaatlichen Satz seine staatliche Zwangsnorm bei. Von nun an dient also der Satz innerstaatlichen Interessen, die als mit dem Völkergemeininteresse identisch durch die Rezeption anerkannt worden sind, ordnet er — wenn auch übereinstimmend mit der äußeren Regelung — häusliche Angelegenheiten des Staates, ist er mit einem Wort zu Recht geworden, das die gleichen Zwecke verfolgt und den gleichen Gegenstand hat wie jeder andere innerstaatliche Satz.

ZWEITER ABSCHNITT

Zur Geschichte des Völkerrechts

*

Die Geschichte des Völkerrechts ist nicht Weltgeschichte, sondern Rechtsgeschichte. Aber sie umfaßt auch die Tatsachen, welche die Entstehung oder Entwicklung von Völkerrecht vermittelten, und die Ideen, aus deren Tiefe Völkerrecht entsprang.

Wenn wir hier vom „Altertum" ausgehen, so bleiben wir uns der Relativität dieses Begriffes wohl bewußt. Der moderne Mensch ist Zeitgenosse von Höhlenmenschen, und in dem sog. Altertum blühten bereits hohe Kulturen. Dennoch bekennen wir uns zu dem Glauben, daß es in der Geschichte des Menschengeschlechts als einer organischen Einheit auch ein absolutes Fortschreiten gibt, über allem Vor und Zurück, allem Jung und Alt ein Wachsen in vorausbestimmte, nie gewesene Formen, tausendmal unmerklicher als das Wachsen des Grashalms, aber wie dieses nach einem ehernen Gesetze sich vollziehend.

Die Weltanschauung des jugendlichen Menschen ist der Subjektivismus. Für das Kind existiert die Welt nur mit Beziehung auf es selbst. In dem Maße, als es älter wird, gesteht es ihr Eigenwert zu. Erst spät fühlt es sich als Teil der Welt. Auch das jugendliche Volk ist subjektivistisch. Sein Reifen ist die Geschichte seiner Anerkennung der Welt. Sein Eingehen in die Welt als deren Glied, die Synthese zwischen Subjektivismus und Objektivismus, bezeichnet den Höhepunkt seiner Reife. Sie ist auch das Ziel und der Sinn der Weltgeschichte.

Zeitalter waren vergangen, ehe der einzelne inneward, daß er einer höheren Gemeinschaft angehöre als seiner Familie, seinem

Geschlecht, seinem Stamm, ehe der Begriff des Staates sich bildete. Der einzelne, die Familie, das Geschlecht, der Stamm sind von Haus aus sich selbst genügend, „fensterlos", und das gleiche war, als er die Alleinherrschaft des einzelnen und der niederen Gemeinschaften gebrochen, der junge Staat. Im ältesten Indien war jeder Verkehr mit dem Auslande verboten, die Fremden waren rechtlos, die Berührung mit ihnen galt als verunreinigend, da sie widerliche Speisen äßen und sonstigen ekelhaften Gewohnheiten frönten. Die alten Ägypter hielten sich für ein auserwähltes Volk, ihr Land für das der Reinheit und Gerechtigkeit, alle übrigen Länder für unrein und ungerecht; Herodot erzählt, daß kein Ägypter und keine Ägypterin jemals einen Griechen umarmt oder sich des Messers eines Griechen bedient, ja auch nur von dem mit dem Messer eines Griechen geschlachteten Ochsen gegessen hätte; an den Grenzen des Staates hörte für sie das Recht auf, Recht und innerstaatliches Recht waren ihnen eins. Als ein auserwähltes Volk betrachteten sich auch die alten Juden, auch sie hielten sich von jeder Gemeinschaft mit fremden Völkern fern. Den gleichen Gefühls- und Rechtszustand treffen wir im alten Hellas, im alten Rom und bei den Germanen. Die Geringschätzung, mit der die Griechen auf alles Fremdländische herabsahen, äußert sich schon in dem Wort „Barbar", worunter die Nichtgriechen verstanden waren (wie denn die Fremden von den Indern „mletchas", von den Juden „gojim" genannt wurden, Worte, in denen ebenfalls ein Unterton der Verachtung mitschwang); die frühen Römer bezeichneten Feind und Fremden mit demselben Wort (hostis), bei den Germanen bedeutete das Wort „Elender" ursprünglich nichts weiter als „Ausländer" (E = Aus), seine jetzige Bedeutung verdankt es der Stellung, die die Fremden früher einnahmen.

Mit dieser Isolierung steht das Vorhandensein einzelner völkerrechtlicher Einrichtungen nicht durchaus in einem Widerspruch. Es sind die Gucklöcher, die die alten Völker, der Not gehorchend, durch die fensterlosen Mauern gebrochen hatten, welche sie von der Welt abschlossen. So wenig wie das Kind konnten auch sie diese Welt ganz verneinen. Die unvermeidlichen tatsächlichen Beziehungen zu ihr führten zu Ansätzen rechtlicher Regelung. Der Krieg ist in der Urzeit der Regelfall der Berührung mit fremden

Völkern. Seine Beendigung legt den Abschluß eines Friedensvertrages nahe. Dieser ist bereits ein völkerrechtlicher Akt: das gemeinsame Interesse an einer für kurze oder längere Zeit verbürgten Unterbrechung der Feindseligkeiten drängt zu einer verbindlichen Regelung, zur Unterordnung unter einen Rechtssatz. Es ist irrig, die völkerrechtliche Natur solcher Abmachungen zu leugnen mit der Begründung, es handele sich bei ihnen nur um eine Ausnahme von der normalen Ordnung der Dinge. Es handelt sich freilich um eine Ausnahme, aber um eine Ausnahme von dem Zustand der Völkerrechtslosigkeit. Jeder Rechtssatz, der die Beziehungen von Staaten überordnend regelt, ist ein Völkerrechtssatz. So finden wir denn auch bei den Völkern des Altertums nicht nur Verträge mit fremden Staaten, sondern, insbesondere in Griechenland vor seiner Eroberung durch die Römer, noch andere völkerrechtliche Institute, die gewissen modernen Instituten nicht ganz unähnlich sind. Verträge, „symbola" genannt, sicherten den Angehörigen jedes der Vertragsstaaten das Recht des freien Aufenthalts in dem anderen Staat (vergleichbar mit den modernen Niederlassungsverträgen) oder regelten das Verfahren bei Streitigkeiten solcher Fremden mit den Landeseinwohnern. Sogar öffentliche Rechte wurden bisweilen den Angehörigen fremder Staaten vertragsweise eingeräumt (Isopolitie). Die sog. Amphiktyonenbünde sind zwischenstaatliche Organisationen benachbarter Stadtstaaten zur Unterhaltung gemeinsamer Heiligtümer, sie umfaßten überstaatliche Organe. Freilich bestanden alle diese Rechtseinrichtungen nur im Verhältnis der griechischen Staaten zueinander, nicht zu außergriechischen Staaten. Immerhin, sie stellen, wenn auch keine Völkerrechtsordnung, so doch Fragmente einer solchen dar.

Ein ganz anderes Zielstreben wohnte den Weltstaatbildungen der Antike inne. Nicht Unterordnung unter einen Rechtssatz, der mehrere Staaten als gleichgeordnete Subjekte bindet, sondern Unterjochung aller übrigen Staaten, äußerste Vermehrung der Macht des eigenen Staates ist ihr Zweck, höchster Subjektivismus ihr Wesen. Die Weltreiche Alexanders, der Karthager, der Römer wiesen denn auch keinerlei völkerrechtliches Element auf. Ein Weltreich kann aber nur dann Bestand haben, wenn es die besiegten

Völker entweder ausrottet (was aber schon die Klugheit verbietet) oder ihnen eine gewisse Selbständigkeit im Rahmen des unterwerfenden Staates beläßt, die ihnen, wenn auch nicht die Freiheit, so doch ein erträgliches Leben sichert. Alexander hat ohne Erfolg diesen zweiten Weg zu beschreiten gesucht. Eines der wenigen langlebigen aber unter den antiken Weltreichen, das römische, ist ihn gegangen. Den Einwohnern der von ihnen eroberten italischen Städte gaben die Römer wichtige Rechte der römischen Bürger. Den Einwohnern der außeritalischen Länder ließen sie Religion und Gebräuche und das Recht, ihre lokalen Angelegenheiten selbst zu besorgen. Ein Symbol für diese Stellung der unterworfenen Völker innerhalb des römischen Reiches, ein Symbol von starker Bildkraft, war die Überführung ihrer Landesgottheiten in einen römischen Tempel. So genossen sie eine Art „beschränkter Kommunalfreiheit". Dieser Zustand ähnelt zwar nicht formal, aber bis zu einem gewissen Grade doch materiell dem einer völkerrechtlichen Weltorganisation, indem Staaten, denen eine beschränkte Selbständigkeit eignete, zu einer Einheit zusammengeschlossen waren, nur daß freilich diese Einheit durch die Unterwerfung der vielen unter einen übergeordneten Staat hergestellt wurde. Sie sicherte den geeinigten Staaten einen viele Jahrhunderte währenden Frieden, die pax romana, und noch heute gibt es nach den Worten Mommsens manche Landschaft des Orients und des Okzidents, für welche die römische Kaiserzeit den vorher wie nachher nie erreichten Höhepunkt der Kultur bedeutet.

Geistige Bewegungen führten das römische Weltreich immer weiter von seinen ursprünglichen subjektivistischen Zielen weg. Schon die Zyniker und die Stoa hatten den Gedanken des Menschentums und der Einheit des Menschengeschlechts ausgesprochen. Das siegreiche, eine geistige Weltherrschaft aufrichtende Christentum, das die Sklaverei und den Staatssubjektivismus verwarf, trug diese Gedanken in den letzten Winkel der Ökumene.

Die aus dem Subjektivismus geborene, aber einen beschränkten Objektivismus verwirklichende, wenn man so sagen will: subjektivistisch-objektivistische Idee des römischen Weltreiches beherrschte die Staatenbildungen und die Gedankenwelt des gesamten Mittelalters. Die civitas dei des größten christlichen Philosophen, des

heiligen Augustinus, ist ein geistliches Abbild des weltlichen römischen Reiches. Das römische Kaisertum deutscher Nation betrachtete sich als Erbe des römischen Kaisertums, das deutsche Reich als ein Erbe des römischen Weltreiches. Die Wirklichkeit entsprach freilich dieser Idee nur unvollkommen, indem das römische Reich seit seinem Verfall in der Tat nicht wieder erneuert worden ist. Ihren großartigsten Ausdruck hat die Idee in Dantes „Monarchia" gefunden. Die menschliche Gemeinschaft ist nach ihm ein Ganzes in bezug auf gewisse Teile und ein Teil in bezug auf ein gewisses Ganzes; denn sie ist ein Ganzes in bezug auf die besonderen Reiche und Körperschaften und ein Teil in bezug auf das Universum; wie also die untergeordneten Teile der menschlichen Gemeinschaft zu dieser in gutem Verhältnis stehen, so steht auch sie in gutem Verhältnis zu ihrem Ganzen; daraus erhellt, daß die Weltmonarchie zum Heil der Welt notwendig ist. Diese, trotz des verschiedenen Ausgangspunktes, an moderne Gedanken anklingenden Worte beweisen, wie nahe verwandt in ihren Wirkungen das geläuterte Weltimperium eines Staates und sein Gegenteil, die genossenschaftliche Zusammenfassung gleichgeordneter Staaten zu einer Weltorganisation, sind. — Die gemeinsame christliche Religion, die von Ostvölkern mehrfach drohenden Gefahren taten ein übriges, das Gefühl der Gemeinsamkeit unter den europäischen Völkern wachzuhalten.

Dieses geistige Band wurde um die Wende des Mittelalters durch eine gewaltige individualistische Woge gesprengt. Der einzelne begann die Ketten des Objektivismus abzuwerfen, die vielfältigen Zusammenhänge zu lösen, in die ihn die mittelalterliche Staats- und Gesellschaftsordnung gestellt hatte. Er begann, den Staat nicht mehr als einen lebendigen Organismus, sondern als eine Summe von Teilen, sich selbst als Additionsfaktor der Gesamtheit, nicht mehr als deren Glied zu betrachten. Diese große individualistische Kulturbewegung, Renaissance genannt, blieb nicht auf das Einzelindividuum beschränkt. Stets ist ja die zwischenstaatliche Welt nur ein Abbild der innerstaatlichen. Mit dem Bewußtsein der Gemeinsamkeit innerhalb der Staaten verblaßte daher auch das Solidaritätsgefühl der Staaten untereinander. Auch im außenstaatlichen Verhältnis machte der Dantesche Gedanke der „Harmonie" schrankenloser

Eigensucht Platz. Die Staaten sehen ihre Aufgabe nicht mehr in der Pflege gemeinsamer Interessen, sondern in der Vermehrung ihrer eigenen Gewalt; die kaiserliche Oberhoheit wird abgestreift, der Begriff der staatlichen Souveränität aufgestellt. Wie der einzelne, so steht das staatliche Individuum „für sich da als ein gleichsam mit Grenzsperren versehener, aus sich selbst nur lebender Mikrokosmos" (Lamprecht). Auch die religiöse Einheit löste sich mit der Reformation auf.

Dieser, von dem Individuum mit dem ganzen Überschwang der befreiten Kreatur bewillkommnete, tausend Keime säende, Ströme neuer Lebenskraft entfesselnde geistige Umsturz hat zur nächsten Folge die Zertrümmerung und Verwüstung eines großen Teiles der gesitteten Welt. Ärmer und seelisch gebrochen, die Besiegten verstümmelt, die Sieger ihres Sieges nicht froh, gingen die europäischen Staaten aus ihm hervor. Aber die Empfindung der Einheit war nicht getötet. Innerhalb der Staaten begann sie sich als Nationalgefühl erst schwach, dann immer stärker zu entfalten. Gerade dies hemmte freilich zunächst die Neuentwicklung eines überstaatlichen Einheitsbewußtseins. Jahrhundertelang standen sich die Staaten wiederum als „fensterlose" Welten gegenüber. Die Erkenntnis der dem isolierten einzelnen von dem Mächtigeren drohenden Gefahr drängte jedoch den Staaten eine Sicherungsvorrichtung auf. Man erfand das System des „politischen Gleichgewichts". „Nehmt", so sagt Fénélon, „einen Stein aus einem Gewölbe, und das ganze Gewölbe wird zusammenfallen, weil alle Steine, indem sie aufeinander drücken, sich gegenseitig halten." Auf dieses Prinzip versuchte man auch die Architektonik der individualistischen Staatenwelt zu gründen: kein Staat soll so übermächtig, keiner so machtlos werden, daß dadurch das Gleichgewicht des Staatenbaues gestört würde. Indes, diese Sicherung ist eine mechanische, keine organische, und so mußte sie auf die Dauer versagen. Kant vergleicht das auf diese Weise konstruierte Staatengefüge mit einem Haus, welches so vollkommen nach den Regeln des Gleichgewichts gebaut war, daß, als sich ein Sperling darauf setzte, es sofort einfiel. Und es ist fraglich, ob jener Grundsatz nicht Verwicklungen der Staaten häufiger herbeigeführt als verhindert hat. Nach einem Prinzip der Vereinzelung läßt sich eben keine Gemeinschaft errichten.

Die nationale Einheitsbewegung zertrümmerte die Vielstaaterei innerhalb der nationalen Gruppen und formte große, geschlossene Staatswesen, die Nationalstaaten. Diese betrachteten sich zunächst als Endpunkt aller Gemeinschaftsentwicklung und verneinten alle überstaatlichen Zwecke. Indes, der Einheitsgedanke, dem sie selbst ja ihre Entstehung verdankten, ließ sich schließlich auch im Verhältnis der Staaten zueinander nicht unterdrücken. Wie die geistigen Bewegungen in und zwischen den Staaten stets im ganzen parallel zu laufen pflegen, so konnte nicht auf die Dauer in den Staaten Objektivismus, zwischen ihnen aber Subjektivismus herrschen. Es entstand, als Schwester und zugleich als Todfeindin des Nationalismus, eine überstaatliche Einheitsbewegung, nicht zugleich mit ihm ansetzend, erst lange nach Erfüllung des nationalen Traums Wirkungen äußernd, aber von der gleichen Inbrunst getragen. Schon durch die alten Naturrechtslehrer war sie wissenschaftlich begründet worden. Ihr Ziel war die Beseitigung der Kriegsgefahr und die Einführung der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit. In zahlreichen Projekten fand sie ihren Niederschlag. Die bedeutendsten unter diesen sind der des französischen Abbé de St. Pierre und der Friedensentwurf Kants („Zum ewigen Frieden", 1795, „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht", 1784). (Vgl. hierüber unten S. 73 ff.) Zunächst ohne praktischen Einfluß, hatten diese Entwürfe doch allmählich eine nachhaltige Wirkung. Mit der ungeahnten Vervielfältigung der internationalen Beziehungen und der Schaffung mannigfacher überstaatlicher Wohlfahrtseinrichtungen drängten sich ihre Ideen dem allgemeinen Bewußtsein immer stärker auf.

Diese Bewegung hat den Ausbruch des Weltkrieges nicht verhindert. Sie schien durch ihn endgültig begraben zu sein. Und doch ist eines seiner Ergebnisse die Schaffung der überstaatlichen Organisation des Völkerbundes. Wie groß dessen Mängel sein mögen, so würde es doch der ganzen Entwicklung der letzten Jahrhunderte widersprechen, wenn er, der seit langem das Sehnsuchtsziel eines fast religiösen Glaubens und die Hoffnung großer und erlesener Geister gewesen ist, nun, da er errichtet, spurlos wieder verschwände. Nicht ihn beseitigen, muß die Losung sein, sondern ihn zu dem

machen, was er sein soll und was er sein kann. Denn es darf nicht bezweifelt werden, daß er mehr sein kann, als er ist, und daß es geringere Schwierigkeiten kostet, ihn zu verbessern, als es schwer war, ihn zu schaffen. Wer es aber für utopisch erklärt, eine Einrichtung verbessern zu wollen, deren Schaffung sich als möglich erwiesen hat, dem mag ein Wort Kants entgegengehalten werden: „Daß dasjenige, was bisher noch nicht gelungen ist, darum auch nie gelingen werde, berechtigt nicht einmal, eine pragmatische oder technische Absicht (z. B. das der Luftfahrten mit aerostatischen Bällen) aufzugeben, noch weniger aber eine moralische, welche, wenn ihre Bewirkung nur nicht demonstrativ unmöglich ist, Pflicht wird."

Nicht der Objektivismus ist das Ziel der Weltgeschichte, sondern die Synthese zwischen Objektivismus und Subjektivismus. Die Individualität der Staaten soll nicht beseitigt, sondern einem gemeinen Wesen eingegliedert werden und sich dadurch zwar verkürzen, aber verstärken. So ist der moderne Staat verschieden von dem Staat der primitiven Völker, verschieden auch von dem Staat des Mittelalters, aber er hat mit jenem gemein den subjektivistischen, mit diesem den objektivistischen Zug.

Eine ganz andere und, man darf wohl sagen: glücklichere Entwicklung zu dem gleichen Ziele hin weist die Geschichte des amerikanischen Völkerrechts auf. Amerika hatte es auch hierin „besser als unser Kontinent, der alte". Nicht unter den qualvollen Wehen, wie sie ihre Geburt in Europa begleiteten, sondern in ruhiger Entwicklung ist jenseits des Ozeans eine überstaatliche Organisation, Nord-, Mittel- und Südamerika umfassend, die Pan-Amerika-Union, erwachsen, die eine weitgehende, wenn auch nicht obligatorische Schiedsgerichts-Abrede umfaßt. Auch sonst hat das amerikanische Völkerrecht eine besondere Entwicklung genommen. Hervorzuheben ist die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Monroe, begründete sog. Monroedoktrin, die den Grundsatz aufstellte, daß kein europäischer Staat sich in die Verhältnisse irgendeines Staats des amerikanischen Kontinents einmischen dürfe.

Die Staatenvereinbarungen bilden eine wichtige Quelle des positiven Völkerrechts. Ihrer sind uns aus der Antike zahlreiche bekannt, doch haben sie nur historisches Interesse. Von den mittel-

alterlichen Verträgen aber äußern manche ihre Wirkung bis in unsere Zeit hinein. Unter ihnen ist besonders der Westfälische Friede von 1648 bemerkenswert. Von fast allen europäischen Staaten abgeschlossen, beendigte er den Dreißigjährigen Krieg, beseitigte die religiös-politischen Streitigkeiten durch ein Kompromiß und erneuerte von Grund auf die politische Karte Europas, indem er den vielen deutschen Staaten Autonomie gewährte und die Vormachtstellung Frankreichs und Schwedens befestigte. Der Friede von Utrecht (1714) spricht zum erstenmal den Gedanken des europäischen Gleichgewichts aus (er bestimmte, daß die Kronen Frankreichs und Spaniens niemals auf dem gleichen Haupte vereinigt sein dürften). Der Friede von Versailles (1783) sicherte den Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit zu. Von großer Wichtigkeit ist die Wiener Kongreßakte (1815). Durch sie wurde die völkerrechtliche Stellung der deutschen Staaten, die Selbständigkeit der Niederlande und die Neutralität der Schweiz festgelegt. Durch die sog. Heilige Allianz vom gleichen Jahre vereinbarten die Herrscher Preußens, Rußlands und Österreichs, ihre Staaten nach bestimmten Maximen zu regieren und zugunsten abgesetzter Herrscher zu intervenieren (Legitimationsprinzip). Bedeutsam sind ferner der Londoner Vertrag von 1839 (Anerkennung der Selbständigkeit Belgiens), der den Krimkrieg beendende Pariser Friede von 1856 und der den Russisch-Türkischen Krieg beendende Berliner Kongreß von 1878, die beide die Fragen des nahen Orients neu regelten. Die den Weltkrieg abschließenden Verträge sollen später erörtert werden. Alle diese Vereinbarungen schaffen, wie gesagt, wichtige völkerrechtliche Sätze, die jedoch besonderer, nicht allgemeiner Art und den privatrechtlichen Sätzen zu vergleichen sind, durch welche zwei Privatpersonen ihre Verhältnisse regeln.

Das gleiche gilt von den folgenden Vereinbarungen, die zu ihrem Zweck die Verhütung oder die Vermenschlichung des Krieges hatten: der sog. „bewaffneten Neutralität" von 1780 (Vertrag zwischen Preußen, Rußland und den skandinavischen Staaten zum Schutze der neutralen Schiffahrt während eines Seekrieges), der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 (die Blockade, das Seebeuterecht und die Stellung der neutralen Schiffahrt während

eines Seekrieges regelnd), den Genfer Konventionen von 1864 und 1906 (das Recht der Verwundeten im Kriege ordnend), der Petersburger Deklaration von 1868 (die Anwendung humanitätswidriger Geschosse im Kriege betreffend). Sie alle (mit Ausnahme der Genfer Konventionen) sind im vergangenen Kriege so häufig und so offen verletzt worden, daß starke Zweifel an ihrer Geltung berechtigt erscheinen. Nur zu Teilregelungen haben die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 geführt, die sich mit Fragen der Abrüstung, der Schiedsgerichtsbarkeit sowie der Land- und Seekriegsführung befaßten (s. darüber unten S. 78 f.).

Erfolgreicher als die der zwischenstaatlichen Sicherheit gewidmeten sind die der zwischenstaatlichen Wohlfahrt dienenden Vereinbarungen gewesen. Es handelt sich um Verträge, bei denen — anders als bei den auf den Krieg bezüglichen — der Gegenstand die staatliche Ehre und Selbsterhaltung nicht berührte, die abzuschließen daher die Staaten kein größeres Bedenken trugen. So erklärt sich die (wie Niemeyer mit Recht bemerkt) zunächst seltsam anmutende Erscheinung, daß die auf Erhöhung der zwischenstaatlichen Wohlfahrt zielenden Verträge weit zahlreicher und wirksamer sind als die auf Erhaltung der zwischenstaatlichen Sicherheit gerichteten, während doch im innerstaatlichen Recht der letzte Zweck früher zu rechtlicher Regelung zu führen pflegt als der erste. Solcher Vereinbarungen sind außerordentlich viele, und sie sind teils zwischen allen, teils nur zwischen zweien oder mehr Staaten abgeschlossen worden. Hervorzuheben sind folgende: Die Vereinbarungen zur Bekämpfung des Sklavenhandels (traité des noirs) und des Mädchenhandels (traité des blanches), Vereinbarungen sanitätspolizeilicher Art (z. B. über Maßregeln zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, Pariser Konvention von 1903, zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern, Haager Konvention von 1887, zur Bekämpfung des Opiummißbrauchs, Haager Konventionen von 1912 und 1914), Verträge zum Schutz von Tieren und Pflanzen (Konvention zur Verhütung der Reblausplage, über die Fischerei in der Nordsee, zum Schutze der für die Landwirtschaft wichtigen Vögel); besonders bedeutsam sind die das internationale Post- und Telegraphen-

wesen und den sonstigen internationalen Verkehr regelnden Verträge (Allgemeiner Telegraphenverein von 1865, Weltpostverein von 1878, Berner Eisenbahn-Übereinkommen von 1890, Berner Funkentelegraphen-Übereinkunft von 1906), ferner die das internationale Recht im weitesten Sinne betreffenden (Pariser Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums von 1883, Berner Konvention zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst von 1886, Haager Wechselrechtsabkommen von 1912, Haager Abkommen über internationales Privat- und Zivilprozeßrecht von 1902 und 1905). Die neueste Entwicklung des vertraglichen Völkerrechts brachte insbesondere Übereinkommen über den Schutz nationaler Minderheiten und weitere Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter. Alle diese Verträge widerlegen dadurch, daß sie unangefochten gelten, daß sie tagtäglich in fast allen Staaten der Welt angewendet werden, nachdrücklichst die Leugnung des Völkerrechts. Sie können in jener Hinsicht den Vergleich mit dem innerstaatlichen Recht wohl aushalten. Auch durch den Krieg sind sie nicht wesentlich berührt worden; bei Kriegsausbruch automatisch zwischen den Kriegführenden außer Kraft getreten, sind sie seitdem fast ausnahmlos wieder in Geltung gesetzt und werden unablässig durch neue, ebenso widerspruchslos gehandhabte Übereinkommen ergänzt. Die Verbindlichkeit und Kraft dieses Teils des Völkerrechts verneinen, heißt die Augen vor handgreiflichen Tatsachen verschließen.

Die Geschichte der Völkerrechtswissenschaft ist fast mehr eine Geschichte der Philosophie als der Rechtswissenschaft. Dies beruht auf dem Mangel eines Gesetzgebers und der Notwendigkeit, auch zur Lösung praktischer Fälle auf die Ursprungsnorm zurückzugehen. Das Altertum kannte ebensowenig wie das Mittelalter eine umfassende Völkerrechtsordnung, das Altertum nicht, weil es zu individualistisch, das Mittelalter nicht, weil es zu objektivistisch war, und beide kannten dementsprechend auch keine Wissenschaft des Völkerrechts. Die Geburt dieser Wissenschaft fällt in die Zeit der Entstehung des modernen Staatsindividualismus, der dieser seiner Natur zuwider aus dem Zwang der Tatsachen heraus eine überstaatliche Bindung anerkennen mußte. Die Völker-

rechtswissenschaft datiert seit Hugo Grotius, dem „Vater des Völkerrechts", einem Niederländer, der um die Zeit des Dreißigjährigen Krieges sein berühmtes Buch „De jure belli et pacis" (erschienen 1625) schrieb. Ursprünglich von der Absicht geleitet, nur das Recht des Krieges darzustellen, baute er das Buch zu einer umfassenden Darstellung des gesamten Völkerrechts aus, die freilich an keiner Stelle die Beziehung zum Krieg verkennen läßt. Das Völkerrecht beruht nach Grotius auf der Übereinstimmung der Menschen, seine Quellen sind die Verträge und Gewohnheiten; doch bescheidet sich Grotius nicht bei diesen positiven Quellen, sondern er leitet ihre verbindliche Kraft aus dem übervertraglichen Recht, dem Naturrecht, ab. Grotius ist von größtem Einfluß nicht nur auf seine Zeit, sondern auch auf die Nachwelt gewesen, und noch heute sind viele seiner Ausführungen nicht veraltet. Von seinen Nachfolgern ist vor allem der Deutsche Samuel Pufendorf (1632—1694) zu nennen, der Völkerrecht und Naturrecht völlig gleichsetzt, ferner der Engländer Zouch (1590—1660), der, dem Positivismus ergeben, als erster ein Lehrbuch des Völkerrechts geschrieben hat, der Deutsche Christian Wolff (1679—1754), der das Völkerrecht auf die Fiktion eines Weltstaates gründet, der Schweizer Vattel (1714—1767), der zwar erklärt, nur eine Überarbeitung des Wolffschen Buches zu bringen, in der Tat aber mannigfach neue Theorien aufstellt (so verwirft er die Idee eines Weltstaates und gründet das Völkerrecht auf die Übereinstimmung souveräner Staaten), der Holländer Bynkershoek (1673—1743), der das Völkerrecht zwar auf positive Quellen zurückführt, jedoch die Vernunft als Hilfsmittel zur Lösung von Zweifelsfragen herangezogen wissen will. Von größter Bedeutung auch für die Völkerrechtswissenschaft sind die Schriften Kants und Hegels gewesen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ging die Völkerrechtswissenschaft mehr und mehr positivistische Bahnen, entsprechend der unphilosophischen, ja philosophiefeindlichen Einstellung aller Wissenschaften, die, von den überraschenden Erfolgen der Naturwissenschaften geblendet, deren Methoden allerwärts nachzuahmen suchten. Erst die neueste Zeit zeigt eine Abwendung von dem Empirismus und eine Rückkehr zu philosophischer und naturrechtlicher Betrachtung.

DRITTER ABSCHNITT

Subjekte und Objekte des Völkerrechts

*

Wir sahen, daß nach herrschender Auffassung nur die Staaten fähig sind, völkerrechtliche Rechte und Pflichten zu haben. Wir sahen ferner, daß diese Meinung sich mit der Wirklichkeit zwar nicht verträgt, daß aber allerdings regelmäßig und im Zweifel völkerrechtliche Rechte nur den Staaten zustehen, völkerrechtliche Pflichten nur die Staaten belasten. Damit werden im Völkerrecht der Staat und seine Funktionen zu einem Hauptgegenstand wissenschaftlicher Betrachtung.

Der Staat ist zunächst eine Lebensform, eine organische Bildung von ausgeprägter geographischer und ethnischer Beschaffenheit, wie jedes andere Lebewesen nach bestimmten Regeln körperlich aufgebaut, von bestimmten Empfindungen beseelt, bestimmten Gesetzen des Seins gehorchend.

Der Staat ist aber auch eine Rechtserscheinung und als solche etwas völlig anderes, als was er physisch ist. Das Recht hat es mit einem Sollen, nicht mit einem Sein zu tun, mit Werten, nicht mit Tatsachen. Was der Staat physisch ist, das hat daher für das Recht nur so weit Bedeutung, als es Voraussetzung eines Sollens, anders ausgedrückt: Tatbestand einer rechtlichen Wirkung ist. Der Staat mag physisch entstanden sein: solange ihn das Recht nicht als Staat anerkennt, ist er rechtlich als solcher nicht da, das heißt: hat er nicht die Rechte und Pflichten eines solchen. Der Staat mag gewisse physische Eigenschaften haben: solange das Recht sie übersieht, keine Wirkungen an sie knüpft, sind sie ein rechtliches Nichts. In diesem Sinne dürfen wir sagen, daß die recht-

liche Persönlichkeit des Staates, ebenso wie die des Menschen, eine Schöpfung des Rechts ist.

Das Völkerrecht ist dem staatlichen Recht übergeordnet. Daraus folgt, daß für Entstehung, Eigenschaften, Wirksamkeit, Endigung des Staats als eines Rechtsgebildes in letzter Instanz das Völkerrecht maßgebend ist. Der Primat des Völkerrechts schließt aber keineswegs eine Entthronung des Landesrechts ein. Im Gegenteil: das Völkerrecht verzichtet bewußt auf eine Regelung der Mehrzahl aller staatlichen Dinge, überläßt sie dem Landesrecht, „delegiert" das Landesrecht zu ihr, behält sich nur in Grundfragen die Entscheidung vor. Selbst so bedeutsame Probleme wie die des Erwerbs und Verlustes der Staatsangehörigkeit beantworten sich in der Hauptsache nach Landesrecht, nicht nach Völkerrecht, das über sie nur ganz wenige Regeln enthält.

Diese Grundsätze haben uns zu leiten, wenn wir nunmehr den Staat und seine Funktionen betrachten.

1. Entstehung und Endigung der Staaten

Rechtliche Voraussetzung der Entstehung eines Staates ist zunächst dessen faktische Existenz, sie ist, wie wir gleich sehen werden, nicht die einzige Voraussetzung, aber doch eine der Voraussetzungen. Nur ein Staat im physischen Sinne kann die Rechtsstellung eines Staates haben. Geschichtlich gegeben ist ein Staat aber dann, wenn eine abgegrenzte Personenmehrheit auf einem abgegrenzten Gebiet herrschaftlich und mit einem universalen Ziel, nämlich dem Ziel, die Gesamtheit der äußeren menschlichen Dinge zu ordnen, organisiert ist. Fehlt eines dieser Merkmale, so liegt auch völkerrechtlich kein Staat vor. Nomadenstämme sind kein Staat, eine Kirche ist kein Staat; denn sie haben kein Gebiet. Kolonialunternehmungen sind kein Staat, es sei denn, daß sie auf ihrem Gebiet eine faktische Herrschaft errichtet haben (das traf z. B. auf den Kongostaat zu). Aufständische sind kein Staat, es sei denn, daß sie die Macht völlig an sich gerissen haben. Kommunen sind kein Staat, denn ihnen geht die Universalität der Zwecke ab.

Andererseits ist „Legitimität" der Entstehung nicht zu fordern; auch ein revolutionärer Staat (so z. B. die Sowjetrepublik) ermangelt der Staatsnatur nicht etwa darum, weil die „Kontinuität" der Rechtsordnung nicht gewahrt ist. — Gründe der Entstehung eines Staates im physischen Sinne sind: Abtrennung eines Gebietsteils vom Mutterlande (Losreißung der Vereinigten Staaten von England, der Randstaaten von Rußland), Zerfall eines Staates (z. B. Österreich-Ungarns) in mehrere Staaten, Vereinigung mehrerer Staaten zu einem neuen Staat (Entstehung des Deutschen Reiches 1870), Gründung eines neuen Staates durch Auswanderer (amerikanische Staaten).

Damit aber der faktisch gebildete Staat auch rechtlich als ein solcher gelte, ist weiter erforderlich, daß er von den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft als ein Staat anerkannt sei. Die Anerkennung kann ausdrücklich oder stillschweigend (z. B. durch Entsendung von Gesandten) erfolgen. Solange es an ihr fehlt, treten die Wirkungen nicht ein, die das Völkerrecht an den Tatbestand „Staat" knüpft, hat vor allem der neue Staat nicht die Fülle der einem Staat nach Völkerrecht zukommenden Rechte und Pflichten, z. B. kein Gesandtschaftsrecht, kein Recht, Verträge zu schließen. Es gibt indes neben der vollen auch eine beschränkte Anerkennung; durch diese werden gewisse in der Anerkennungserklärung näher bezeichnete staatliche Rechte (z. B. das Recht des Vertragsschlusses), aber nicht alle staatlichen Rechte zur Entstehung gebracht.

Ein Staat endigt, wenn eine der Voraussetzungen seiner Entstehung in Wegfall kommt, wenn er also entweder aufhört, ein Staat im faktischen Sinne zu sein (Auswanderung der Bevölkerung, Gebietsverlust, Beseitigung der Staatsgewalt durch Teilung oder kriegerische Unterjochung), oder wenn er die Anerkennung der übrigen Staaten verliert (etwa im Falle bedingter Anerkennung bei Nichteintritt der Bedingung).

2. Eigenschaften der Staaten

Die wichtigste, wenn auch nicht begriffsnotwendige Eigenschaft des Staates ist die Souveränität. Die Geschichte lehrt, daß die Staaten sie als ihr Palladium betrachten. Aber so viel Blut um sie

verspritzt worden ist, so wenig geklärt ist die Frage, was denn unter ihr zu verstehen sei. Man bestimmt sie mitunter als die Fähigkeit zu oberster Rechtssetzung, demnach als Fähigkeit, durch kein anderes Recht gebunden zu sein als durch das selbstgegebene. Aber damit leugnet man auch die Gebundenheit des Staates durch das Völkerrecht, sogar durch den Satz, daß völkerrechtliche Verträge zu halten sind (es sei denn, daß man unzulässigerweise diese Bindung als eine Selbstbindung des Staates auffaßt). Gibt man also die Existenz eines Völkerrechts zu, so kann man die Souveränität nicht als rechtliche Ungebundenheit definieren. Die Souveränität ist in der Tat so wenig rechtliche Ungebundenheit, daß die Gebundenheit des Staates durch das Völkerrecht im Gegenteil eines ihrer wesentlichen Merkmale bildet: Souveränität ist eine durch das Völkerrecht verliehene staatliche Zuständigkeit, souverän ist der Staat, der zwar dem Völkerrecht, aber keinem Völkerrechtsorgan untersteht, also weder einem anderen Staat noch einem überstaatlichen Organ, soweit es solche gibt, der keinen anderen Herrn über sich hat als das Völkerrecht, der unbeschränkt durch den Willen einer anderen staatlichen oder überstaatlichen Instanz die Grenzen seines Wirkens bestimmt. Gerade weil der Staat dem Völkerrecht unterworfen ist, ist er souverän im Rechtssinne; denn bände ihn das Völkerrecht nicht, so könnte es ihm jene Zuständigkeit nicht verleihen, er wäre dann vielleicht faktisch, aber nicht rechtlich keiner anderen Instanz untertan. Wer souverän ist, dem verbürgt das Völkerrecht Freiheit von jedem Gewaltverhältnis, wer nicht souverän ist, den stellt das Völkerrecht unter die Gewalt eines anderen. (Vgl. hierzu neuestens Verdroß, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes, Tübingen 1923.) Die Souveränität ist kein notwendiges Merkmal des Staatsbegriffs. Es gibt auch nichtsouveräne Staaten, z. B. die unter dem Protektorat oder Mandat eines anderen stehenden Staaten (vgl. unten S. 44). Beschränkungen der Staatsgewalt zugunsten eines anderen Staates heben nicht ohne weiteres die Souveränität auf. Durch die Beschränkungen des Versailler Vertrages wird die deutsche Souveränität nicht beseitigt. Die Souveränität ist elastisch wie das Eigentum. Beide dulden starke Belastungen. Beide schnellen auch, sobald der Druck aufhört, auto-

matisch in ihren ursprünglichen Umfang zurück. Sobald die Beschränkungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrag ganz oder zum Teil wegfielen, würden seine staatlichen Rechte, soweit sie eingeschränkt sind, ohne weiteres in vollem Maße wieder aufleben, man kann vergleichsweise sagen: ebenso wie die aus dem Eigentum fließenden Rechte an einem Grundstück nach Wegfall einer Servitut.

Rechtsfähigkeit im völkerrechtlichen Sinne ist die Fähigkeit, Subjekt völkerrechtlicher Rechte und Pflichten zu sein. Es gibt Staaten, deren Rechtsfähigkeit beschränkt ist. Zu ihnen gehören die Gliedstaaten eines Bundesstaates, die nur einzelner Rechte und Pflichten, z. B. des Gesandtschaftsrechts, fähig sind (wie weit ihre Rechtsfähigkeit beschränkt ist, das beurteilt sich — von Völkerrechts wegen — nach dem inneren Recht des Bundesstaates, dem sie angehören).

Von dem Mangel der Völkerrechtssubjektivität ist zu unterscheiden der Mangel der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit. Es gibt Staaten, die voll rechtsfähig, aber unfähig sind, gewisse Handlungen mit rechtlicher Wirksamkeit vorzunehmen. Man könnte sie den unter Vormundschaft stehenden Personen vergleichen, die ebenfalls bei voller Rechtsfähigkeit nicht oder nicht unbeschränkt handlungsfähig sind. Fälle geminderter Handlungsfähigkeit sind das Protektorat und das Mandat. Protektorat ist ein Verhältnis, kraft dessen der eine Staat (der Protektorstaat) berechtigt ist, an Stelle eines anderen (des protegierten Staates) gewisse Handlungen vorzunehmen, z. B. völkerrechtliche Verträge zu schließen. Von dem Mandat unterscheidet sich das Protektorat dadurch, daß der Protektor über die Führung des Protektorats niemandem Rechenschaft schuldet, während der Mandatar zu einer solchen seinem Mandanten gegenüber verpflichtet ist, so z. B. die nach dem Versailler Vertrag mit Mandaten betrauten Staaten dem Völkerbund. Man könnte also bildlich beim Protektorat von einer verantwortungslosen, beim Mandat von einer verantwortlichen Vormundschaft sprechen. Über den Inhalt des Rechtsverhältnisses zwischen Protektor und protegiertem Staat lassen sich keine allgemeinen Regeln aufstellen, es kommt auf den zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrag an. Beispiele von Protektoraten in Europa

sind: Monaco (unter Frankreich), Andorra (unter Frankreich und Spanien), San Marino (unter Italien), die Freie Stadt Danzig (unter dem Völkerbund). Was die letzte betrifft, so ist nach Art. 104 Ziff. 6 des Versailler Vertrags der polnische Staat mit der Leitung ihrer auswärtigen Angelegenheiten und mit dem Schutz ihrer Staatsangehörigen im Ausland zu betrauen; ein Protektorat liegt dennoch nicht vor; denn die Geschäftsführung ist, wie sich aus Wortlaut und Sinn des Vertrages ergibt, kein Recht, sondern eine Pflicht Polens. Kein Beispiel eines Protektorats ist die Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund. Bis zu der im Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmung ist dieses Gebiet kein Staat, sondern ein keil des Deutschen Reiches; denn seine Bewohner haben bis dahin Teine eigene, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit, und der Völkerbund verwaltet das Gebiet nach Art. 49 des Friedensvertrages nicht kraft eigenen Rechts, sondern als „Treuhänder" Deutschlands. Von dem völkerrechtlichen ist das sog. staatsrechtliche Protektorat zu unterscheiden; man bezeichnet so das Verhältnis von Kolonien zum Mutterlande. Schützling ist hier nicht ein Staat, sondern ein Gebiet, das völkerrechtlich zum Mutterlande gehört und dessen Bewohner völkerrechtlich Angehörige des Mutterlandes sind; das Schutzgebiet entbehrt daher nicht bloß der Handlungsfähigkeit, sondern auch der Rechtsfähigkeit. Das Institut des Mandats ist eine Frucht der neuesten Rechtsentwicklung. Ermöglicht wurde es durch die Bildung einer überstaatlichen Organisation, nämlich des Völkerbundes, die zu seiner Erteilung und zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes ermächtigt ist. Die in den Friedensverträgen vorgesehenen Mandate sind zum Teil verhüllte Annexionen. Man scheute vor offener Annexion zurück und schuf statt dessen Rechtsverhältnisse, die ähnliche Rechte gewähren wie eine Annexion. Nach Art. 22 der Völkerbundssatzung sind folgende Arten von Mandaten zu unterscheiden: 1. Gemeinwesen, die jetzt schon als Rechtssubjekte gelten, aber die „Ratschläge" des Mandanten entgegennehmen sollen (Syrien unter Frankreich, Mesopotamien und Palästina unter England); 2. Gebiete, die von dem Mandanten selbst, ohne Teil seines Gebietes zu werden, nach gewissen Richtlinien zu verwalten sind (die früher deutschen Kolonien in

Mittelafrika); 3. Gebiete, die vollkommen dem Mandanten einverleibt werden, über die er jedoch dem Völkerbund Rechenschaft schuldet (das früher deutsche Südwestafrika und gewisse Inseln des Stillen Ozeans). In dem letzten Fall liegt eine schon nicht mehr verhüllte Annexion vor, verbunden mit der Auferlegung einer Staatsservitut (s. unten S. 56). Im ersten Fall ist das Mandatsland ein halbsouveräner Staat unter der Oberhoheit des Völkerbundes. Im zweiten Fall ist das Mandatsland weder ein Staat noch Teil eines anderen Staates, sondern Völkerbundsgebiet und ermangelt eigener Rechtsfähigkeit.

Vielfach, jedoch zu Unrecht, spricht man auch den „neutralisierten" Staaten die Rechtsfähigkeit ab. Der Schweiz, Belgien und Luxemburg war vor dem Weltkriege dauernder Friede auferlegt und verbürgt, sie waren „neutralisiert". Von der Neutralisierung wohl zu unterscheiden ist die Neutralität. Neutral ist ein Staat, der an einem Krieg nicht teilnimmt, neutralisiert ein Staat, der an einem Krieg nicht teilnehmen darf und dem zugleich eine Garantie gegen den kriegerischen Angriff eines anderen Staates gewährt ist. Spanien und die Niederlande waren im Weltkriege neutral, Italien und die Vereinigten Staaten waren es während der ersten Kriegsjahre, aber neutralisiert war keines dieser Länder. Belgien und Luxemburg verdankten ihre Neutralisierung dem Argwohn der Großmächte gegeneinander und deren Bestreben, durch Zwischenschieben von „Pufferstaaten" (états tampons) der eigenen Sicherheit zu dienen. Die Schweiz hat sich ihre Neutralität selbst erschaffen, indem sie seit mehreren Jahrhunderten jedem Krieg und allen eine Kriegsdrohung bergenden Händeln bewußt ferngeblieben ist. Die Neutralisierung bewirkt eine zweifache Bindung. Sie verpflichtet den neutralisierten Staat zu einem friedlichen Verhalten: er darf weder Krieg führen noch auch nur Verträge abschließen, die ihn in einen Krieg verwickeln könnten (er darf aus diesem Grunde auch kein Bündnis eingehen und keinem Bundesstaat beitreten). Die Neutralisierung bindet aber weiter die Garantiemächte sowie alle anderen Mächte, die die Neutralisierung ausdrücklich oder stillschweigend gebilligt haben. Die Neutralisierung und ihre Aufhebung können nur durch Vertrag erfolgen, einseitige Erklärung, sei es des neutralisierten, sei es eines anderen Staates, ist wirkungs-

los, es ist daher auch kein Verzicht auf die Neutralisierung möglich. Weder die Rechts- noch auch die Handlungsfähigkeit des neutralisierten Staates ist gemindert. Seine Völkerrechtssubjektivität ist unbeschränkt, ebenso aber auch seine Fähigkeit, Völkerrechtshandlungen wirksam vorzunehmen. Führt er einen Krieg, so begeht er eine Vertragsverletzung und damit ein völkerrechtliches Delikt (s. unten S. 70 ff.); seine Kriegshandlungen jedoch sind rechtlich ebenso wirksam wie die nicht neutralisierter Staaten, und er hat die Stellung einer kriegführenden Macht; kann er aber mit rechtlicher Wirkung handeln, so ist seine Handlungsfähigkeit nicht gemindert. Übrigens ist nicht einzusehen, warum die Neutralisierung ihn der vollen Handlungsfähigkeit berauben sollte, während die übrigen Mächte dadurch, daß sie eine seinen Verbindlichkeiten entsprechende Pflicht übernehmen, ihre Handlungsfähigkeit nicht einbüßen. Die Neutralisierung Belgiens ist durch Art. 31 des Versailler Vertrages aufgehoben. In Art. 40 Abs. 2 stimmt Deutschland auch der Aufhebung der Neutralisierung Luxemburgs zu. Dagegen hat die Neutralisierung der Schweiz den Weltkrieg überdauert. Fraglich konnte sein, ob die Neutralisierung nicht durch den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund berührt wurde. Denn Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtet die Mitglieder, unter gewissen Voraussetzungen an einer Bundesexekution teilzunehmen. Da Art. 435 des Friedensvertrages der Schweiz als Mitglied des Völkerbundes gegen die Heranziehung zu einer solchen Exekution keinen genügenden Schutz zu bieten schien, so sicherte der Völkerbundsrat in seiner Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920 der Schweiz zu, daß sie im Falle einer Exekution nur an wirtschaftlichen und finanziellen, nicht aber an militärischen Maßnahmen teilzunehmen habe, worauf die Schweiz ihre Bedenken gegen den Eintritt in den Bund fallen ließ. — Verschieden von der Neutralisierung eines Staates ist die Neutralisierung von Gebietsteilen. Beispiele dafür sind: das Rußland durch den Pariser Vertrag von 1856 auferlegte Verbot, die Alandsinseln zu befestigen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegte Pflicht, in einer Zone rechts des Rheins keine Befestigungen anzulegen und keine Truppen zu halten. Diese Art der Neutralisierung hindert den Gebietsstaat nicht, an einem Kriege teilzunehmen.

3. Grundrechte der Staaten

Unter Grundrechten versteht man solche Rechte der Staaten, die ihnen auch ohne besonderen Titel (Vertrag) kraft allgemeinen Völkerrechts zustehen. Man hat in der Aufstellung eines Katalogs von Grundrechten ein wertloses Spielen mit Begriffen sehen wollen. Dem ist nicht beizupflichten. Seine praktische Bedeutung besteht unter anderem darin, daß er einen Maßstab für die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns abgibt: jede Verletzung eines Grundrechts ist rechtswidrig; jede an sich rechtswidrige Handlung ist rechtmäßig, wenn sie in Ausübung eines Grundrechts erfolgt. Das wichtigste Grundrecht ist das Recht auf Selbsterhaltung. Kraft seiner darf der Staat alle Handlungen vornehmen, die zur Wahrung seiner Unversehrtheit (was jedoch nicht gleichbedeutend ist mit Wahrung seiner Interessen) unumgänglich sind, darf er insbesondere eine Intervention (Einmischung in seine inneren oder äußeren Angelegenheiten) und die Anmaßung fremdstaatlicher Gerichtsbarkeit über sich zurückweisen (er braucht sich auch vor fremden Zivilgerichten nicht verklagen zu lassen). Alle anderen Grundrechte sind nur Ausflüsse aus dem Recht auf Selbsterhaltung, so die Rechte auf Achtung, auf internationalen Verkehr, auf Gleichheit.

4. Elemente des Staates

Das Völkerrecht enthält, wie bemerkt, nur wenige Normen, die sich auf die sog. Elemente des Staates (Staatsvolk, Staatsgebiet, staatliche Organisation) beziehen. Es überläßt die Regelung dieser Gegenstände zum größeren Teil dem Landesrecht. Da aber der Staat hier, indem er die Regelung vornimmt, als Organ des Völkerrechts handelt, so kann, obgleich die Regelung nicht unmittelbares Völkerrecht ist, eine Darstellung des Völkerrechts an ihr nicht vorbeigehen.

a. Staatsangehörigkeit

Die Staatsangehörigkeit ist ein Verhältnis öffentlicher Rechte und Pflichten zwischen einzelnem und Staat. Man kann sie als Mitgliedschaft im Staat bezeichnen. Denn der Staat ist eine Korporation, und die Zugehörigkeit zu ihm weist dieselbe Struktur auf wie die Zugehörigkeit zu jeder anderen Korporation. Nun ist aber

unter gewissen Voraussetzungen auch der Ausländer zu einem solchen Verhältnis öffentlicher Rechte und Pflichten zugelassen. Er hat z. B., wenn er sich im Inland dauernd aufhält, einen großen Teil der Pflichten, die den Inländer belasten, so die meisten polizeilichen Pflichten, Steuerpflichten und andere mehr. Ihm sind andererseits in diesem Falle zahlreiche öffentliche Ansprüche gegen den Staat zuerkannt, so die Ansprüche auf Rechts- und Verwaltungsschutz, auf Armenunterstützung. Unter gewissen Voraussetzungen kommt dieses Verhältnis inhaltlich der Staatsangehörigkeit so nahe, daß man es gleichfalls als eine Art Mitgliedschaft im Staat bezeichnen kann, wie denn der im Inland weilende Fremde von alters her oft „subditus temporaneus", zeitweiliger Untertan, genannt worden ist. Von der Staatsangehörigkeit unterscheidet sich diese „Mitgliedschaft" des Ausländers dadurch, daß sie loser und weniger umfassend, daß ihr Subjekt sozusagen ein Mitglied minderen Rechts ist. Es geht nicht an, das Unterscheidungsmerkmal zwischen der Mitgliedschaft des Staatsangehörigen und der des subditus temporaneus in dem Dasein oder Fehlen bestimmter einzelner Rechte oder Pflichten zu sehen. Stets werden sich Fälle nachweisen lassen, in denen die angeblichen Sonderrechte oder -pflichten des Einheimischen ausnahmsweise auch dem Fremden zukommen. Sie bilden nicht für sich betrachtet, sondern nur in ihrer Substanz die Besonderheit, das Wesen der Staatsangehörigkeit. Bleibt man sich dessen bewußt, so steht nichts im Wege, den Unterschied zwischen Einheimischem und Fremdem in folgender Weise zu bestimmen: Der Inländer hat dem Staate gegenüber gewisse Pflichten, die man als „Treuepflichten" bezeichnen kann, z. B. die Pflicht zum Militärdienst. Er ist ferner, auch wenn er nicht im Inland weilt und keinerlei sonstige Beziehung zum inländischen Gebiet hat, der Befehlsgewalt seines Heimatstaates unterstellt (sog. „Personalhoheit" des Heimatstaates). Andererseits hat er ein Recht darauf, sich im Inland aufzuhalten, also nicht ausgewiesen zu werden. Der Ausländer dagegen schuldet dem Inland keine Treue. Er mag, wenn er im Inland weilt, zu Milizdiensten und Requisitionen, kann aber nicht zum Militärdienst und vor allem nicht zu einem Kampf gegen sein Vaterland oder zu Handlungen, welche einer Teilnahme am Krieg

gegen es gleichkommen, herangezogen werden. Er untersteht auch der Gewalt des Inlandes nur dann, wenn er irgendwelche Beziehungen zum inländischen Gebiet hat, also aus territorialen, nicht aus personalen Gesichtspunkten. Darum darf er mit inländischen Steuern nur belastet werden, wenn er im Inland weilt, dort Vermögen hat, ein Gewerbe betreibt u. dergl.; und das Maß seiner Belastung muß dem der Vorteile entsprechen, die ihm durch die territoriale Beziehung aus der Teilnahme an den Wohltaten der staatlichen Gemeinschaft erwachsen. Er darf schließlich ausgewiesen werden, sobald er sich „lästig macht", er macht sich aber lästig, wenn sein Aufenthalt im Inland unerwünscht ist; seine Ausweisung ist also grundsätzlich in das freie Ermessen des Inlands gestellt, nur insofern ist sie beschränkt, als sie nicht völlig willkürlich, z. B. nicht aus privaten Gründen des ausweisenden Beamten, ferner nicht aus religiösen oder Rassegründen und nicht lediglich darum erfolgen darf, weil der Fremde einem bestimmten Staat angehört, den man durch die Ausweisung treffen will (die sog. Xenelasie, d. h. die Ausweisung aller Angehörigen eines fremden Staates ist im Frieden völkerrechtswidrig, im Kriege freilich erlaubt); unzulässig ist auch die Ausweisung eines früheren Inländers, der eine fremde Statsangehörigkeit nicht erworben hat und von jedem fremden Staate abgeschoben wird. Die Ausweisung ist häufig durch sog. Niederlassungsverträge beschränkt, doch ist daran festzuhalten, daß auch solche Verträge die Entfernung „lästiger" Fremder nicht ausschließen. In bürgerlichrechtlicher Beziehung stellen alle Kulturstaaten die Ausländer den Einheimischen gleich, die Versagung der Rechtsfähigkeit überhaupt wäre völkerrechtswidrig, nicht jedoch die Versagung der Fähigkeit zum Erwerb bestimmter Rechte, z. B. der Grunderwerbsfähigkeit. Auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts sind die Ausländer erheblich hinter den Einheimischen zurückgesetzt, namentlich die „aktiven" Rechte (z. B. das Wahlrecht) sind ihnen in der Regel vorenthalten. Ein Fremder, der im Auslande ein Verbrechen begangen hat, darf dem Staate des Begehungsortes ausgeliefert werden, doch sind dabei folgende Schranken einzuhalten: die Strafverfolgung in dem Staate, dem der Fremde ausgeliefert wird, darf sich nur auf die Delikte beziehen, wegen deren

Auslieferung erfolgt; unzulässig ist eine Auslieferung wegen sog. politischer Delikte (der Begriff wird verschieden bestimmt, teils wird auf das Motiv des Täters, teils auf das verletzte Rechtsgut — politische Ordnung des Staates, auswärtige Beziehung, staatsbürgerliche Rechte — abgestellt). — Auch die juristischen Personen sind einer Staatsangehörigkeit fähig, d. h. eines Verhältnisses öffentlicher Rechte und Pflichten, das sich zwar inhaltlich nicht völlig, aber doch insoweit mit der Staatsangehörigkeit der physischen Personen deckt, daß wir auch ihm den Namen Staatsangehörigkeit geben dürfen.

Auch die Voraussetzungen des Erwerbs und Verlusts der Staatsangehörigkeit bestimmen sich grundsätzlich nicht nach Völkerrecht, sondern nach Landesrecht. Die Haupterwerbsgründe sind: Abstammung von einem Staatsangehörigen (jus sanguinis), Geburt im Staatsgebiete (jus soli), Naturalisation (Aufnahme in den Staatsverband), bei Frauen Heirat mit einem Staatsangehörigen. Ferner erwerben bei einer Annexion die Bewohner des annektierten Gebietes die Staatsangehörigkeit des annektierenden Staates, es sei denn, daß der Friedensvertrag (was neuerdings zur Regel geworden ist) ihnen das Recht verleiht, sich die Staatsangehörigkeit ihres bisherigen Heimatstaates durch förmliche Erklärung (sog. Option) zu erhalten, nach deren Abgabe sie freilich regelmäßig das Gebiet des annektierenden Staates verlassen müssen. Die Staatsangehörigkeit wird verloren: durch Annexion, Heirat einer Inländerin mit einem Ausländer und durch Entlassung aus dem Staatsverband. Da der Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit vom Völkerrecht grundsätzlich der landesrechtlichen Regelung überlassen ist, die einzelnen Landesrechte aber keineswegs ganz aufeinander abgestimmt zu sein pflegen, so besteht die Möglichkeit einer mehrfachen oder einer mangelnden Staatsangehörigkeit. So wird in Argentinien die Staatsangehörigkeit nach dem jus soli, in Deutschland nach dem jus sanguinis erworben. Wenn also das Kind eines Deutschen in Argentinien geboren wird, so ist es nach argentinischem Recht Argentinier, nach deutschem Recht Deutscher, mithin, da das Völkerrecht den Konflikt nicht löst, Argentinier und Deutscher zugleich; und wenn das Kind eines Argentiniers in Deutschland geboren wird, so ist es nach argentinischem Recht nicht Argentinier

und nach deutschem Recht nicht Deutscher, es gehört also keinem Staate an; ebenso tritt Staatenlosigkeit ein, wenn ein aus dem Staatsverband Entlassener eine fremde Staatsangehörigkeit nicht annimmt. Die Staatenlosigkeit ist wie die doppelte Staatsangehörigkeit ein höchst unerwünschter Zustand, diese kann sogar bei Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Heimatstaaten zu einem tragischen Pflichtenkonflikt führen, wenn nämlich jeder der Staaten den doppelt Staatsangehörigen zum Heeresdienst verpflichtet und den Eintritt in das Heer des Gegners als Verrat bestraft. — Welchem Staate gehört eine juristische Person an? Die Frage ist sehr umstritten. Meist wird als Heimatstaat bezeichnet der Staat des Sitzes, andere Theorien stellen ab auf den materiellen Geschäftsbetrieb (Betrieb des Bergwerks, der Fabrik, des Handelsunternehmens) oder auf die Staatsangehörigkeit der Mitglieder, auf den Ort der Gründung, auf die Verleihung der Rechtsfähigkeit. Man wird aus Gründen systematischer und praktischer Natur die juristische Person dem Staat zuzählen müssen, in dessen Gebiet ihr Sitz, d. h. der Mittelpunkt ihrer Verwaltung gelegen ist. (Vgl. dazu Ernst Isay, Die Staatsangehörigkeit der juristischen Personen, Tübingen 1907, sowie derselbe in Niemeyers Ztschr. f. internationales Recht, Bd. 32, S. 17.)

b. Staatsgebiet

Das Staatsgebiet ist keine Fläche, sondern ein Raum, nämlich der von den Staatsgrenzen umschlossene Raum auf, über und unter der Erdoberfläche. Es umfaßt also den Luftraum über und das menschlichem Zutritt offene Erdinnere unter dem Staatsgelände. Das Gebiet ist nach heutigem Sprachgebrauch nicht, wie behauptet wird, ein Inbegriff von Rechtssätzen, sondern eben ein Raum. Ein Inbegriff von Rechtssätzen ist dagegen die sog. Gebietshoheit. Gebietshoheit ist jede staatliche Hoheit, die in irgendeiner Weise territorial bedingt ist. Territorial kann aber die staatliche Hoheit bedingt sein: dem Schauplatz ihrer Ausübung nach und ihrem Gegenstand nach. Jeder Akt, den der Staat durch seine Organe innerhalb seines Gebietes vornimmt, ist eben darum kraft Gebietshoheit vorgenommen — auf welche Gegenstände er auch immer sich beziehen mag —; denn nur die Gebietshoheit gibt dem Staate das

Monopol, innerhalb seines Gebietes hoheitlich zu handeln. Durch die Einberufung eines im Auslande weilenden Staatsangehörigen zum Heeresdienst betätigt also der Staat nicht bloß seine Personalhoheit über den Staatsangehörigen, sondern auch seine Gebietshoheit, insofern als der Einberufungsbefehl auf inländischem Boden ausgefertigt und unterschrieben wird, zu welchen behördlichen Akten allein die Gebietshoheit den Staat unter Ausschluß jedes anderen Staates ermächtigt (derselbe Akt, durch ein staatliches Auslandorgan, etwa eine Gesandtschaft oder ein Konsulat, vorgenommen, wäre kein Ausfluß der Gebietshoheit). Meist weist sich freilich ein staatlicher Akt als Äußerung der Gebietshoheit nicht durch seinen Schauplatz, sondern durch seinen Gegenstand aus. Der Staat darf einmal alle Handlungen vornehmen, die sich auf Sachen im Inland, bewegliche und unbewegliche, beziehen. Diese „Sachhoheit" darf nicht als eine eigentumsähnliche Herrschaft angesehen werden. Sie ist vielmehr öffentlichrechtlicher Natur und umfaßt das Recht, in die Sache zu vollstrecken, sie zu besteuern, sie zu enteignen. Der Staat beherrscht aber kraft Gebietshoheit ferner alle im Inland weilenden Personen. Auch der Ausländer ist, sobald er das Inland betritt, allein vermöge seines inländischen Aufenthalts, in gewissem beschränkten Maße der inländischen Gebietshoheit unterworfen, wie dies vorhin schon ausgeführt wurde: er schuldet allen inländischen Gesetzen und Anordnungen Gehorsam, welche die staatliche Ordnung zu wahren bestimmt sind. Kraft Gebietshoheit beherrscht aber schließlich der Staat unter Umständen auch solche Fremde, die im Ausland weilen. Der ausländische Unternehmer eines inländischen Gewerbes, z. B. einer Fabrik, eines Warenhauses, untersteht der inländischen Gewerbehoheit. Der Eigentümer eines inländischen Grundstückes darf zur Grundsteuer und zu sonstigen öffentlichen Grundlasten herangezogen werden. Der Ausländer mit inländischem Wohnsitz ist nicht bloß der Steuerpflicht, sondern auch zahlreichen anderen Pflichten öffentlicher Natur unterworfen. Auf die Tatsache seines Aufenthalts im In- oder Auslande kommt es in allen diesen Fällen nicht an. Es ist also falsch, wenn man behauptet, der Staat beherrsche nur die im Inland weilenden Fremden. Vielmehr gibt es

auch mannigfache Beziehungen eines Fremden zum inländischen Gebiet, die eine „Ausstrahlung" der Gebietshoheit über die Grenzen hinaus bewirken. Die staatliche Macht rechtfertigt sich dann, wie schon bemerkt, aus dem Gesichtspunkt des „Äquivalents": der Ausländer ist dem Staate untertan, weil er vermöge jener inländisch-territorialen Beziehung Nutznießer des Staates ist. Dieser Grundsatz bildet aber nicht nur die Rechtfertigung, sondern er bezeichnet auch die Grenze der staatlichen Macht über Ausländer: es ist unzulässig, den Fremden zu Leistungen heranzuziehen, welche über das Maß eines Äquivalents für seine Nutznießung am Staat hinausgehen. (Vgl. hierzu Ernst Isay, Das deutsche Fremdenrecht, Berlin 1923.)

Zum Gebiet gehören völkerrechtlich auch die Kolonien, ferner Binnenseen, d. h. Seen, die von ihm ganz umschlossen oder wenigstens ohne schiffbare Verbindung mit dem Meere sind. Von den Binnenseen sind zu unterscheiden die Binnenmeere, d. h. Meere, die von dem Gebiet mehrerer Staaten umschlossen sind, aber mit dem Weltmeere durch eine schiffbare Meerenge in Verbindung stehen (sie sind freies Meer, so z. B. die Ostsee, das Schwarze Meer), ferner die geschlossenen Meere, d. h. Meeresteile, die von dem Gebiet eines Staates umschlossen sind und eine von diesem Gebiet aus beherrschte Zufahrtstraße zum Meere haben (sie gehören zum Gebiet des umschließenden Staates, so z. B. die Zuidersee, das Asowsche Meer). Die Gebietshoheit erstreckt sich auch auf die inländischen Kanäle und Ströme. Die Gebietshoheit über die sog. „nationalen" Ströme, d. h. die im Inland entspringenden und mündenden, ist unbeschränkt. Die „internationalen" Ströme dagegen, nämlich die, welche mehrere Staatsgebiete durchfließen oder trennen und vom Meere aus schiffbar sind (z. B. Rhein, Donau), müssen der internationalen Schiffahrt offengehalten werden; die Regelung der Schiffahrt auf ihnen ist teilweise internationalen Kommissionen, den „Schiffahrtskommissionen" übertragen. Zum Gebiet gehört auch ein Meeresstreifen der Küste entlang, das „Küstenmeer"; über seine Breite gehen die Meinungen auseinander, früher nahm man an, daß die Küstenzone so weit reiche, als man vom Lande aus mit einer Kanone schießen könne, das läßt sich bei dem Schußbereich der heutigen Kanonen nicht mehr aufrechterhalten. Im Küsten-

meer steht dem Uferstaat die Seepolizei zu, ferner die Justizhoheit über ankernde (nicht über durchfahrende) fremde Handelsschiffe, jedoch nur soweit von dem Schiff aus Störungen der Ordnung im Uferstaat erfolgen, nicht soweit es sich um Ordnungsstörungen auf dem Schiffe handelt, über die vielmehr der Heimatstaat des Schiffes Gerichtshoheit hat. Die Küstenfischerei ist den Angehörigen des Uferstaates vorbehalten, desgleichen die Kabotage, das ist die Frachtfahrt zwischen zwei Häfen des Uferstaates; im übrigen darf die Schiffahrt im Küstenmeer nicht beschränkt werden. Meerengen gelten als Küstengewässer, unterstehen also der Gebietshoheit der beiden Uferstaaten, soweit diese die Küstengewässer beherrschen, doch darf, wie in den Küstengewässern, die internationale Schiffahrt nicht beschränkt werden. Besondere und vielfach wechselnde Regeln sind durch Verträge zwischen den beteiligten Mächten für die Dardanellen und den Bosporus aufgestellt worden. Meerengen, die zu einem geschlossenen Meere führen, gehören zum Gebiet des Uferstaates (so z. B. die Meerenge von Kerscht zum Gebiete Rußlands); eine Verpflichtung, die internationale Schiffahrt zu dulden, besteht hier nicht. Baien und Buchten sind bei geringer Breite der Öffnung Teile des Gebiets des Uferstaates, bei größerer Breite der Öffnung gilt ein der Küste entlang führender Streifen als Küstenmeer, der übrige Teil als offenes Meer, doch haben sich in dieser Hinsicht feste Regeln noch nicht herausgebildet. — Das offene Meer ist in keines Staates Gewalt, sondern, privatrechtlich gesprochen, res nullius. Das hat nicht von jeher als ein unbestrittener Grundsatz gegolten, vielmehr haben im Laufe der Geschichte bisweilen seefahrende Nationen Herrschaft auch über das offene Meer in Anspruch genommen. Die moderne Auffassung ist durch Grotius und Bynkershoek begründet worden. Die Meeresfreiheit umschließt das Verbot, über das hohe Meer und auf dem hohen Meere staatliche Hoheit auszuüben. Danach darf ein Staat weder Teile des Meeres seinem Gebiet einverleiben, noch auch die Schiffahrt oder die Fischerei auf dem Meere einschränken, noch auch Abgaben erheben (die Meeresfreiheit als Rechtsprinzip wird geleugnet von Stier-Somlo, Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht, Leipzig 1917). Auf seinen

Kriegs- oder Handelsschiffen jedoch darf jeder Staat Hoheitsakte vornehmen. Im Krieg darf eine Blockade oder Seesperre verhängt und dürfen neutrale Handelsschiffe von den Kriegführenden durchsucht werden. Die Forderung der Vereinigten Staaten auf unbeschränkte Handelsfreiheit zur See auch in Kriegszeiten ist bisher nicht durchgedrungen. Im vorigen Jahrhundert hat sich aber auch ein positives Recht des hohen Meeres entwickelt. Eine internationale Polizei (sanitäre Polizei, Fischereipolizei), Maßnahmen zur Erhaltung der Seewege, zur Errichtung von Seezeichen, zur Hilfeleistung in Seenot, zur Verhütung von Schiffszusammenstößen sind durch internationale Verträge vorgesehen. Hierhin gehört auch der seit langem gehandhabte Rechtssatz (denn um einen solchen handelt es sich), daß jedes Kriegs- oder Handelsschiff ein Seeräuberschiff aufbringen dürfe, daß die Piraterie „denationalisiere". Durch Schaffung dieser Vielheit internationaler Normen ist aus der Anationalisierung die Internationalisierung der hohen See geworden (Niemeyer). Am Meeresboden und unter ihm ist Gebietshoheit möglich: Unterseekabel und Unterseetunnel gelten als zum Gebiete des Staates gehörig, der sie gelegt oder gebaut hat. — Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, daß auch der Luftraum über den Staaten res nullius sei wie das hohe Meer. Davon kann aber schon darum keine Rede sein, weil jeder Staat die rechtliche Möglichkeit haben muß, zu verhindern, daß Einwirkungen auf sein Gebiet von einem Luftschiff aus erfolgen. Deshalb reicht die Gebietshoheit so weit in die Lüfte hinein, als ein Flugzeug oder Luftschiff fliegen kann. Sie ist freilich nicht unbeschränkt: im Frieden darf die Überfliegung des Landes durch fremde Luftschiffe oder Flugzeuge zwar geregelt, aber nicht verboten werden. Diesen Grundsatz stellt auch die Pariser Luftschiffahrtskonvention vom 13. Oktober 1919 (an der Deutschland nicht beteiligt war) auf.

Die Gebietshoheit kann durch Vertrag zum Vorteil eines anderen Staates beschränkt sein. Man spricht in einem solchen Fall von einer „Staatsservitut", als ob dem fremden Staat an dem Staatsgebiet eine Servitut eingeräumt sei wie dem Servitutengläubiger an einem Grundstück. Es handelt sich hier um eine der üblichen gedankenlosen Übertragungen privatrechtlicher Vorstellungen auf

das Völkerrecht. Die Gebietshoheit ist kein Eigentum und darum ihre Beschränkung keine Servitut. Was man so nennt, hat mit einer Servitut zum Teil überhaupt keine, zum Teil freilich eine gewisse entfernte Ähnlichkeit. In manchen Fällen nämlich wirkt die Beschränkung dinglich, sie haftet an dem Territorium und geht mit ihm bei Gebietsabtretungen auf den Neuerwerber über. So hat Frankreich die auf dem Wiener Kongreß beschlossene Neutralisierung von Chablais und Faucigny als weitergeltend anerkannt, nachdem es diese Provinzen von Sardinien übernommen hatte; nunmehr ist deren Neutralisierung durch Art. 435 des Versailler Vertrages beseitigt. In anderen Fällen liegt nur eine obligatorische Verpflichtung vor. So z. B., wenn ein Staat einem anderen verspricht, in gewissen Teilen seines Gebietes keine Befestigungen anzulegen, oder wenn er es übernimmt, auf seinem Gebiet eine fremde Besatzung (Rheinland!) oder Verwaltung (Saargebiet!) oder die Errichtung von Kohlenstationen zu dulden, den Durchgangsverkehr durch sein Gebiet nicht zu hemmen (polnischer Korridor!), seine äußeren Angelegenheiten durch einen fremden Staat besorgen zu lassen (Danzig und Polen!). Ob es sich jeweils um eine dingliche oder obligatorische Belastung handelt, das ist aus dem das Rechtsverhältnis begründenden Vertrag zu entnehmen.

Die sog. Exterritorialität genießen: fremde Staatshäupter nebst Familie und Gefolge, die im Inland beglaubigten fremden Gesandten nebst Familie, Gesandtschaftspersonal und ausländischer Dienerschaft, geschlossene fremde Heereskörper und fremde Kriegsschiffe, ferner die Mitglieder der internationalen Schiedsgerichtshöfe, nach manchen Verträgen auch internationale Kommissionen und Beamte. Sie sind von der inländischen Gerichtsbarkeit (Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit) befreit (jedoch können Klagen aus dinglichen Rechten an inländischen Grundstücken gegen sie erhoben werden), desgleichen sind sie befreit von dem inländischen Verwaltungszwang und grundsätzlich von der inländischen Steuerhoheit. Der Grund der Befreiung ist, daß jene Personen den fremden Staat selbst repräsentieren und daß vor diesem die inländische Staatsgewalt Halt machen muß. Wie indes der fremde Staat als Eigentümer inländischer Sachen dem inländischen Sachenrecht, als Unternehmer inländischer Gewerbe

dem inländischen Gewerberecht untersteht, so schließt auch die Exterritorialität jener Repräsentanten eines fremden Staates zwar eine Befreiung von der inländischen Exekutive, keineswegs aber schlechthin eine Befreiung von der inländischen Staatshoheit ein. Darum ist es falsch, zu sagen, der Exterritoriale gelte rechtlich als außerhalb des Territoriums befindlich. Vielmehr kann z. B. ein Gesandter wegen eines in der Zeit seiner Gesandtenfunktion auf inländischem Boden begangenen Delikts bestraft werden, sobald er die Gesandteneigenschaft verloren hat; denn er ist als Gesandter zwar der inländischen Strafgerichtsbarkeit, keineswegs aber der Geltung der inländischen Strafnormen entzogen. — Auch die Gesandtschaftshotels und -kanzleien stehen außerhalb der inländischen Exekutive. Fremde Kriegsschiffe und geschlossene Truppenteile dagegen sind nicht bloß von der inländischen Exekutive, sondern von jeglicher inländischen Staatshoheit eximiert, sie sind im ureigentlichen Sinne exterritorial.

Die Gebietshoheit wird erworben: durch natürlichen Landzuwachs (Anschwemmung von Land, Entstehung von Inseln, Zurückdrängung des Meeres), gewaltsame Aneignung, sei es eines ganzen Gebietes (Burenstaaten durch England), sei es eines Gebietsteiles, durch Ersitzung (bei dauernder Innehabung ohne Widerspruch des bisherigen Gebietsherrn), Okkupation herrenlosen oder von unzivilisierten Völkern bewohnten Landes (wirkliche, nicht bloß symbolische Besitzergreifung und deren Notifikation an die übrigen Mächte erforderlich!), schließlich durch Zession (freiwillige oder erzwungene Gebietsabtretung im Vertragswege). Neue Gebietshoheit entsteht ferner bei Bildung eines neuen Staates (Verselbständigung eines Gebietsteiles, Zusammenschluß mehrerer Staaten zu einem Bundesstaat, Zerfall eines Staates in mehrere Staaten). Bei derivativem Erwerb, d. h. Erwerb von Gebiet, das früher einem anderen Staate gehörte, erhebt sich die Frage, ob die Rechte und Pflichten des bisherigen Gebietsherrn auf den Neuerwerber übergehen, ob eine sog. „Staatensukzession" stattfindet (der Begriff ist dem der privatrechtlichen Sukzession nachgebildet). Von vornherein ist hier zu bemerken: Das Fortbestehen eines Rechtsverhältnisses bei Veränderung des Subjektes setzt voraus, daß es ein und dieselbe Rechtsordnung ist,

welche die sachliche Identität des Rechts trotz Wechsels des Berechtigten gewährleistet. Ändert sich auch die Rechtsordnung, so kann auf keinen Fall mehr von irgendwelcher Identität des neuen Rechts mit dem alten die Rede sein, vielmehr ist dann das, was man „Fortbestehen" des alten Rechts zu nennen geneigt ist, in Wirklichkeit Erlöschen des alten Rechts und Neuerstehung eines Rechts mit dem gleichen Inhalt. Nun überläßt, wie mehrfach ausgeführt, das Völkerrecht es grundsätzlich dem Landesrecht, den Inhalt der Gebietshoheit zu bestimmen. Die aus der Gebietshoheit fließenden staatlichen Rechte sind daher nicht vom Völkerrecht, sondern von den einzelnen Landesrechten geschaffen, und es fehlt an einer einheitlichen Rechtsordnung, welche bei den Staatensukzessionen die Vorstellung der Identität der Rechte und Pflichten des Altstaates mit denen des Neustaates vermittelte. Danach gehen in solchem Falle nicht die einzelnen Rechte und Pflichten des Altstaates auf den Neustaat über, sondern nur die Gebietshoheit als eine völkerrechtliche Zuständigkeit zur Betätigung der Staatsgewalt in einer bestimmten Richtung. Die alten Rechte gehen unter und müssen, soweit sie wieder entstehen sollen, durch einen Willensakt des Gebietsnachfolgers neugeschaffen werden. Das letztere ist freilich die Regel, namentlich bei einer Sukzession im Wege des Vertrages, durch den meist die „Erhaltung" der alten Rechte und Pflichten ausdrücklich vereinbart wird. Danach sind normalerweise folgendes die Wirkungen eines Gebietsüberganges: Wohlerworbene Rechte Privater und dritter Staaten, namentlich solche dinglicher Natur, „überdauern" (dies in dem eben erläuterten Sinne verstanden) den Gebietsübergang; das in dem abgetretenen Gebiet geltende objektive Recht (mit Ausnahme des Verfassungsrechts) bleibt bis zu seiner Aufhebung bestehen; Staatsschulden werden zwischen dem alten und dem neuen Gebietsherrn geteilt, ob nach dem Größenverhältnis des abgetretenen Teils zu dem alten Gebietsganzen oder nach dem Verhältnis des Steuerertrages oder dem der Bevölkerungszahl, ist zweifelhaft und bedarf stets vertraglicher Regelung; Staatsschulden, deren Ertrag auf das abgetretene Gebiet verwandt worden ist, z. B. zum Bau von Eisenbahnen, werden im Zweifel von dem Gebietsnachfolger ganz übernommen werden

müssen. Die Bewohner des abgetretenen Gebietes erwerben die Staatsangehörigkeit des Gebietsnachfolgers, die hierin liegende Härte pflegt jedoch seit längerem durch die Rechtsinstitute des Plebiszits und der Option gemildert zu sein. Die Gebietsabtretung wird von dem Ausfall einer Volksabstimmung in dem abzutretenden Gebiet abhängig gemacht, und den Bewohnern des abgetretenen Gebiets wird freigestellt, durch eine Erklärung sich die alte Staatsangehörigkeit zu erhalten. — Die Gründe des Verlusts der Gebietshoheit sind die gleichen wie die ihres Erwerbs.

c. Staatsorgane

Wer Staatsorgan ist und welche Funktionen die Staatsorgane haben, das zu bestimmen überläßt wiederum, wie schon bemerkt, das Völkerrecht grundsätzlich dem Landesrecht. Darum ist dem Landesrecht insbesondere die Antwort auf die Frage zu entnehmen, wer den Staat im Verkehr mit fremden Staaten vertritt. Regelmäßig hat das Staatshaupt Vertretungsmacht; denn einer Person oder Personenmehrheit die Eigenschaft eines Staatshauptes zuerkennen, heißt im Zweifel ihr auch Vertretungsmacht in äußeren Staatsangelegenheiten einräumen. Doch kann diese Vertretungsmacht durch das Landesrecht beschränkt sein, indem z. B. vorgeschrieben ist, daß sie das Recht zur Vornahme gewisser Handlungen (Kriegserklärung!) nicht umfassen, oder daß zu dieser Vornahme die Mitwirkung anderer Instanzen, z. B. des Parlaments, erforderlich sein soll. Immer kommt es hier auf den Inhalt des Landesrechts an (daran ist gegenüber einer neuerdings mehrfach vertretenen abweichenden Auffassung festzuhalten). Regelmäßig fungieren als Unterbevollmächtigte des Staatshauptes die Minister des Auswärtigen, als deren Unterbevollmächtigte innerhalb gewisser Schranken die Gesandten und die nichtständigen (d. h. nur zu vorübergehendem Aufenthalt und mit besonderer Mission ins Ausland entsandten) Agenten. Auch der Kommandant einer fremden Besatzungstruppe gilt als vertretungsberechtigt innerhalb der ihm von seinem Landesrecht erteilten Vollmachten. Unmittelbar vom Völkerrecht ist dagegen die den Staatshäuptern und Gesandten zustehende Exterritorialität verbürgt. Und kraft Völkerrechts, ohne

Rücksicht auf einen entgegenstehenden Willen des Landesrechts, ist eine sog. de facto-Regierung, also eine solche, die sich der Gewalt im Lande bemächtigt hat, als vertretungsberechtigt anzuerkennen.

Die Privilegien der Staatshäupter bestehen in ihrer Exterritorialität und ferner in dem erhöhten strafrechtlichen Schutz, den sie durchweg genießen, den zu gewähren jedoch keine Rechtspflicht, sondern nur eine Pflicht der Völkercourtoisie (s. oben S. 21) besteht. Abgesetzte Staatshäupter sind weder zur Vertretung ihres Staates befugt, noch haben sie die den Staatshäuptern sonst zustehenden Rechte.

Die Gesandten sind ständige, vertretungsberechtigte, bei einem fremden Staat beglaubigte diplomatische Beamte. Regelmäßig kann nur ein Staat Gesandte absenden und empfangen. Doch ist dieses Recht auch dem Papst gewährt. Daß der entsendende oder empfangende Staat vollsouverän sei, ist nicht erforderlich; so sind z. B. in manchen Bundesstaaten die Gliedstaaten gesandtschaftsberechtigt. Auf dem Wiener Kongreß von 1815 und durch das Aachener Protokoll von 1818 ist eine Rangordnung der Gesandten aufgestellt worden. Man hat unterschieden: Botschafter, Gesandte, Ministerresidenten und Geschäftsträger; nach dem Rang der Gesandten sollen sich ihre Ehrenrechte abstufen, doch sind die Rangunterschiede heute nur mehr von geringer praktischer Bedeutung. Zur Begründung des Gesandtenverhältnisses ist zweierlei erforderlich: einmal der Auftrag des Absendestaates, sodann die Annahmeerklärung des Empfangsstaates; die letzte kann jederzeit verweigert und, einmal erteilt, zurückgenommen werden, sobald der Gesandte gegen die Gesetze des Empfangsstaates oder das Völkerrecht verstößt oder auch nur persona ingrata wird. Die Zurücknahme geschieht durch Zustellung der Pässe an den Gesandten. Gilt diese Zustellung nicht seiner Person, sondern ihm als dem Vertreter seines Staates, so bedeutet sie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die aber nicht gleichbedeutend ist mit einer Kriegserklärung. Durch Ausbruch des Krieges endigt das Amt des Gesandten ohne weiteres. Von der Exterritorialität der Gesandten und der Unverletzlichkeit der Gesandtschaftsgebäude und der Gesandtschaftskorrespondenz war schon die Rede; die Unverletzlichkeit des Gebäudes umschließt kein Asylrecht, der in das Gebäude

geflüchtete Verbrecher ist also auszuliefern. Auch die Gesandten pflegen erhöhten strafrechtlichen Schutz zu genießen.

Die Konsuln sind Beamte, die, im Ausland residierend, dort die wirtschaftlichen Beziehungen des Inlandes zum Staate ihres Sitzes zu pflegen, meist auch gewisse standesamtliche, schiffspolizeiliche, notarielle und (in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) richterliche Funktionen zu versehen haben. Man unterscheidet Berufskonsuln und Wahlkonsuln; als Wahlkonsuln werden meist in dem fremden Staat ansässige Kaufleute (auch solche, die dem fremden Staat angehören) bestellt; ein wesentlicher rechtlicher Unterschied zwischen beiden Gattungen von Konsuln ist nicht vorhanden. Jurisdiktionskonsuln heißen solche Konsuln, denen außer den erwähnten Funktionen auch noch die Gerichtsbarkeit über die Angehörigen ihres Staates in ihrem Amtsbezirk übertragen ist; bis vor kurzem pflegten die europäischen Staaten Jurisdiktionskonsuln in den orientalischen Ländern zu bestellen, weil sie der dortigen Gerichtsbarkeit die Person und die Interessen ihrer Staatsangehörigen nicht anzuvertrauen wagten; mit dem Erstarken der Macht und des Selbstbewußtseins der orientalischen Staaten hat sich die Bedeutung der Konsulargerichtsbarkeit wesentlich verringert. Die Konsuln sind regelmäßig nicht exterritorial, doch pflegen auch ihre Archive und Papiere dem Zugriff der vollziehenden Gewalt des Residenzstaates entzogen zu sein, desgleichen ist den Konsuln vielfach Befreiung von den Personalsteuern des Residenzstaates gewährt, es sei denn, daß sie dessen Staatsangehörigkeit besitzen.

Auch internationale Kommissionen, die im Inland ihres Amtes walten, gelten als Vertreter der Staaten, in deren Auftrag sie tätig sind, und ihre Mitglieder genießen häufig kraft Staatsvertrages die Vorrechte der Gesandten, so z. B. nach Art. 240 des Versailler Vertrages die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses, desgleichen gemäß Art. 3b des Rheinlandabkommens die Mitglieder der Rheinlandkommission. Mangels einer vertraglichen Abrede wird man den internationalen Kommissionen die Vorrechte der Gesandten nur dann zusprechen dürfen, wenn sie wirklich fremde Staaten und nicht etwa die Interessen fremder Privatpersonen vertreten, wie dies vielfach die sog. internationalen Gläubigerausschüsse tun.

5. Völkerrecht und nichtstaatliche Rechtssubjekte

Daß Individuen und solchen Organisationen, die nicht Staat sind, Völkerrechtssubjektivität eingeräumt sein kann, wurde bereits mehrfach betont. Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten ist auch der Papst. Er ist keinem Staate untertan, auch nicht dem italienischen, der sich der Macht über ihn im wesentlichen durch das „Garantiegesetz" begeben hat. Er genießt daher Freiheit von jeder, nach richtiger Ansicht auch von der italienischen, Gerichtsbarkeit und Verwaltungsexekutive. Er hat das Recht, Gesandte abzusenden und zu empfangen. Er kann über die Abgrenzung staatlicher und kirchlicher Gewalt Vereinbarungen mit Staaten treffen, die sog. Konkordate, die, wenn auch keine Staatsverträge, so doch völkerrechtliche Verträge sind, aus denen ihm wie dem Vertragsgegner völkerrechtliche Rechte und Pflichten erwachsen. Man hat versucht, jenen Vorrechten sowie auch den aus einem Konkordat erwachsenden Rechten und Pflichten die völkerrechtliche Natur abzusprechen, weil eine solche sich mit der herrschenden Theorie von den Staaten als einzigen Subjekten des Völkerrechts nicht vereinigen läßt. Allein wodurch sollten sie sich wohl von unbestreitbar völkerrechtlichen Rechten und Pflichten unterscheiden, und auf welcher Rechtsordnung, wenn nicht auf dem Völkerrecht, sollten sie beruhen?

Bevor ein Staat von den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft anerkannt ist, hat er im Sinne des Völkerrechts keine Staatseigenschaft und daher auch nicht die Gesamtheit der Rechte und Pflichten eines Staates. Einzelne dieser Rechte und Pflichten stehen ihm aber zu, ein weiterer Beweis dafür, daß auch Nichtstaaten Völkerrechtssubjekt sein können. Er hat z. B. einen völkerrechtlichen Anspruch darauf, daß die Entscheidungen seiner Gerichte und Verwaltungsbehörden im Ausland als Willensäußerungen staatlicher Organe anerkannt werden. Auch Aufständische sind unter gewissen Voraussetzungen Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, sie haben nämlich die Rechte und Pflichten einer kriegführenden Macht, wenn sie als solche von den Staaten der Völkerrechtsgemein-

schaft anerkannt sind. Der Völkerrechtssubjektivität entbehren bis jetzt die sog. nationalen Minderheiten, der Schutz, der manchen von ihnen durch Staatsverträge verbürgt ist, ist bloß Reflex objektiven Rechts, ein subjektives Recht auf ihn steht ihnen nicht zu (vgl. dazu Laun, Volkszugehörigkeit und völkerrechtliche Vertretung der nationalen Minderheiten. Niemeyers Ztschr. f. internationales Recht, Bd. 31, S. 252, sowie unter Art. „Nationalitätenfrage" im Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie).

6. Völkerrecht und überstaatliche Organisationen

Organe der Verwirklichung des Völkerrechts, so wurde oben betont, sind in erster Linie die Staaten, also die Rechtsunterworfenen selbst. Überstaatliche Organe zur Verwirklichung des Völkerrechts sind eine Ausnahme. Ein internationales Zwangsorgan ist zum ersten Male in dem Völkerbund geschaffen worden. (S. über ihn unten S. 79 ff.) Auch an überstaatlichen Organen zur Rechtssetzung fehlt es fast ganz, das Völkerrecht wird vorwiegend durch Staatsverträge, also durch die Staaten selbst als Rechtssetzungsorgane, fortgebildet. Als Rechtsprechungsorgan wirkt in gewissem Sinne der Haager Internationale Gerichtshof (seit 1922, s. unten S. 81 ff.); denn er soll nicht bloß nach Billigkeit, sondern nach Rechtssätzen entscheiden. Gleichen Charakter trägt der im Jahre 1907 errichtete zentralamerikanische Gerichtshof zu Carthago. Dagegen ist der 1907 errichtete Haager Schiedsgerichtshof nur Schlichtungsorgan. Organe der internationalen Verwaltung sind außer dem Völkerbund: der Welttelegraphenverein (seit 1865), der Weltpostverein (seit 1874), die Verwaltungsvereine zum Schutz des geistigen Eigentums (seit 1886) und des gewerblichen Eigentums (seit 1883), zur Bekämpfung der Sklaverei (seit 1890, revidiert 1919), zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels (seit 1902), das Internationale Gesundheitsamt, die Schiffahrtskommissionen für internationale Flüsse und verschiedene internationale Kommissionen zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke.

VIERTER ABSCHNITT

Völkerrechtshandlungen

*

Im Völkerrecht lassen sich wie im Privatrecht zwei Arten rechtlich bedeutsamer Handlungen unterscheiden: Rechtshandlungen und rechtswidrige Handlungen. Die wichtigsten Rechtshandlungen sind die völkerrechtlichen Rechtsgeschäfte.

1. Die völkerrechtlichen Rechtsgeschäfte

a. Allgemeines

Rechtsgeschäft ist jede auf Begründung, Änderung oder Endigung völkerrechtlicher Rechte zielende Handlung. Es gibt wie im Privatrecht einseitige und zweiseitige Rechtsgeschäfte. Zu den einseitigen gehören die Kriegserklärung, die Kündigung. Das wichtigste zweiseitige Rechtsgeschäft ist der völkerrechtliche Vertrag.

So sehr man sich, wie hier mehrfach betont worden ist, vor einer unüberlegten Anwendung privatrechtlicher Vorstellungen auf die Erscheinungen des Völkerrechts hüten muß, so darf doch nicht verkannt werden, daß ein Teil der Probleme, wie sie bei der Lehre von den Rechtsgeschäften auftauchen, dem Privatrecht und dem Völkerrecht gemein sind und darum auch in beiden eine zwar nicht gleiche, aber doch analoge Lösung erheischen.

Auch im Völkerrecht hat nur der erklärte rechtsgeschäftliche Wille rechtliche Wirkungen. Die Erklärung braucht indes regelmäßig keine ausdrückliche zu sein, meist ist eine stillschweigende Erklärung, d. h. eine Äußerung des Willens durch Handlungen, die auf ihn unzweideutig schließen lassen, genügend (anders als

im Privatrecht, wo oft eine ausdrückliche Erklärung erforderlich ist). Die Willenserklärung muß von einer zum rechtlichen Handeln legitimierten Person (Staatshaupt, Minister des Äußeren oder deren Vertreter) ausgehen oder von einer solchen Person genehmigt sein. Gewisse Willenserklärungen sind empfangsbedürftig, das heißt: sie sind nur wirksam, wenn sie der Gegenseite zugegangen sind, das ist der Fall beim Antrag zu einem Vertragsschluß und bei der Kündigung. Von einer besonderen Form der Erklärung ist deren Wirksamkeit kaum je abhängig (es sei denn, daß eine Form vertraglich vereinbart wurde); doch ist der Natur der Sache nach schriftliche Abfassung die Regel. Auch das völkerrechtliche Rechtsgeschäft muß, um wirksam zu sein, einen rechtlich zulässigen Inhalt haben. Verstößt es gegen das Völkerrecht (wie etwa ein Vertrag, durch den ein Staat sich zum Angriff auf einen neutralisierten Staat verpflichtet) oder gegen die guten Sitten (wie etwa ein Vertrag, durch den die Einführung der Sklaverei vereinbart wird), so ist es nichtig. Auch sog. Willensmängel (Irrtum, Betrug, Zwang) berühren die Gültigkeit des Geschäfts. Sie machen es zwar nicht unwirksam, aber doch anfechtbar. Nicht anfechtbar wegen Zwanges ist dagegen ein Friedensvertrag (es sei denn, daß Zwang gegen die Person der Friedensunterhändler ausgeübt worden wäre); denn solange der Krieg nicht rechtswidrig ist, muß auch der dem Gegner durch Waffengewalt abgenötigte Friedensvertrag gültig sein. Ein Vertrag, bei dessen Abschluß sich die Parteien in Wirklichkeit nicht geeinigt haben (sog. versteckter Dissens), ist nicht zustande gekommen; haben sich die Parteien nur über einen Teil dessen, was den Gegenstand der Vereinbarung bilden sollte, nicht geeinigt, so ist der ganze Vertrag nicht zustande gekommen, wenn anzunehmen ist, daß sie ihn ohne eine Einigung über jenen Teil nicht abschließen wollten. Auch völkerrechtliche Rechtsgeschäfte können bedingt und befristet sein; bedingt ist z. B. ein Allianzvertrag, in dem vereinbart ist, daß bei Angriff eines dritten Staates der Fall des Bündnisses gegeben sein solle; ein befristetes Rechtsgeschäft ist das Ultimatum. Gewissen Rechtsgeschäften, z. B. der Kündigung, der Anfechtung, kann ihrer Natur nach eine Bedingung nicht beigefügt werden.

b. Die völkerrechtlichen Verträge

Staatsverträge sind Willenseinigungen zwischen zwei oder mehr Staaten. Auf den Gegenstand der Einigung kommt es nicht an. Insbesondere ist es nicht erforderlich, daß die Willenseinigung sich auf die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte beziehe. Auch Willenseinigungen über finanzielle oder sonstwie privatwirtschaftliche Fragen sind Staatsverträge. Man unterscheidet vielfach zwischen Verträgen im engeren Sinne und „Vereinbarungen". Bei jenen geht, so stellt man auf, der Wille beider Parteien auf etwas Verschiedenes, bei diesen auf das gleiche. Den Verträgen im engeren Sinn werden zugezählt: Gebietsabtretungen, Verpachtungen und andere, den Verträgen des privaten Obligationenrechts verwandte Geschäfte, den Vereinbarungen aber internationale Abmachungen, wie etwa die Völkerbundssatzung, die Haager Konventionen über das internationale Privatrecht und ähnliche. Jene schaffen nach herrschender Ansicht subjektive Rechte, Berechtigungen der Parteien, diese objektives Recht, Rechtssätze.

Die Zahl der bisher von den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft abgeschlossenen Verträge ist unübersehbar, die Zahl der möglichen Verträge dagegen unendlich. Denn im Völkerrecht herrscht unbeschränkte Vertragsfreiheit, anders als im bürgerlichen Recht, wo sie nicht allerorts gilt. Im Völkerrecht fehlt es auch an den Vertragstypen (Kauf, Miete, Darlehn usw.), wie sie für das private Obligationenrecht bezeichnend sind. Legt man auf eine Einteilung der völkerrechtlichen Verträge Wert, so mag man etwa folgende Arten unterscheiden: politische Verträge (Allianzen, Gebietsabtretungen, Garantie-, Neutralisierungsverträge), wirtschaftliche Verträge (Handels- und Schiffahrtsverträge, Niederlassungsverträge, Verträge zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung, Eisenbahn-, Münzverträge, ferner Meistbegünstigungsverträge; unter diesen letzteren versteht man Vereinbarungen, durch die ein Staat sich verpflichtet, dem Vertragsgegner alle Rechte und Vorteile bestimmter Art, z. B. Zollerleichterungen, einzuräumen, die er in Zukunft einem dritten Staat einräumen wird), schließlich Rechts- und Gerichtsverträge (Vereinbarungen über internationales Recht, Vereinheitlichung des Handelsrechts, Auslieferung usw.).

Ein Vertrag ist nur dann wirksam, wenn er nicht nur gültig abgeschlossen, sondern überdies ratifiziert ist. Welches Staatsorgan und unter welchen Voraussetzungen ein solches zur Ratifikation ermächtigt ist, darüber entscheidet das innere Staatsrecht jedes Landes (s. oben S. 60). Der Vertrag wird verbindlich mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden. Verträge, die von Mitgliedern des Völkerbundes abgeschlossen werden, erlangen Wirksamkeit erst mit ihrer Registrierung durch das Völkerbundssekretariat (Art. 18 der Völkerbundssatzung).

Für die Auslegung der Staatsverträge gelten im wesentlichen die gleichen Regeln wie für die Auslegung privatrechtlicher Verträge. Besonders hinzuweisen ist auf den Satz, daß eine Vertragsbestimmung im Zweifel zugunsten dessen auszulegen ist, der durch sie belastet wird.

Die Wirkungen des Vertrages bestimmen sich im einzelnen nach seinem Inhalt. Bei gegenseitigen Verträgen besteht im Völkerrecht wie im Privatrecht das sog. Synallagma (Abhängigkeit von Leistung und Gegenleistung): die Leistungen müssen auch hier „Zug um Zug" erfolgen, und jede der Parteien, wenn sie nicht vorleistungspflichtig ist, kann die Leistung verweigern, solange der Vertragsgegner sich nicht zur Leistung bequemt. Vertragsverletzungen sind Völkerrechtsdelikt und haben dessen Folgen (s. unten S. 70).

Das Vertragsverhältnis endigt, wenn es von den Parteien aufgehoben wird, ferner mit Ablauf der Zeit, für die es eingegangen ist. Bei schuldloser Unmöglichkeit der Leistung hat der Verpflichtete ein Rücktrittsrecht (ebenso auch sein Gegner), verschuldete Unmöglichkeit der Leistung ist dagegen wiederum völkerrechtliches Delikt. Fraglich ist, ob der Kriegsausbruch die Verträge aufhebt. Es unterliegt jedenfalls keinem Zweifel, daß Verträge, die gerade für den Fall eines Krieges geschlossen sind (z. B. die Genfer Konvention über die Behandlung der Verwundeten und Kranken im Kriege), den Kriegsausbruch überdauern. Abgesehen hiervon wird man trotz des Wortlautes mancher Bestimmungen der Friedensverträge, der eine gegenteilige Ansicht der Verfasser zu offenbaren scheint, der Auffassung sein dürfen, daß Staatsverträge (im engeren und weiteren Sinn) durch den Kriegsausbruch nicht aufgehoben,

sondern nur suspendiert werden und mit Friedensschluß wieder in Kraft treten; es sei denn, daß ihre Fortdauer durch den Friedensvertrag ausgeschlossen wird*). Sehr umstritten ist auch die Frage, ob eine Änderung der Verhältnisse seit Vertragsschluß ein Recht zum Rücktritt vom Vertrag gibt (sog. clausula rebus sic stantibus). Eins ist offenbar: nicht jede Änderung der Verhältnisse kann diese Wirkung haben, weil sonst überhaupt keine vertragliche Bindung bestände; denn wann ließe sich nicht behaupten, daß seit Vertragsschluß irgendeine Änderung der Verhältnisse eingetreten sei! Die Vertragsbindung soll sich eben gerade in solchen Lagen bewähren, in der sie einer Partei infolge einer Veränderung der Verhältnisse lästig geworden ist. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß das Pochen auf „legitime" Ansprüche, das Konservieren alter, in einer völlig anderen Zeit begründeter Vertragspflichten zu den größten Unbilligkeiten führen, ja geradezu Recht in Unrecht verkehren kann. Man denke nur an die vielen Fälle, wie sie die Periode der Geldentwertung in den Staaten Mittel- und Osteuropas gezeitigt hat. So enthält denn auch das Privatrecht manche Beispiele einer Anwendung der clausula. Im Völkerrecht wird darum der Satz Geltung beanspruchen dürfen, daß eine Partei von dem Vertrag zurücktreten kann, wenn die Erfüllung des Vertrages ihre Selbsterhaltung, d. h. ihre Existenz als unabhängigen Staat (nicht bloß ihre Interessen) gefährden würde. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, das entscheidet sich freilich nicht nach dem subjektiven Ermessen der Partei, sondern nach objektiven Momenten.

c. Die Gesellschaftsverträge im besonderen

(s. dazu Ebers, Die Lehre vom Staatenbunde, 1910).

Vergesellschaftungen oder, wie man meist zu sagen pflegt: Verbindungen von Staaten sind in der Neuzeit besonders häufig. Ja, fast scheint es, als ob einer dieser Verbindungen, dem Bundesstaat, die Zukunft in noch weiterem Maße gehören werde, als ihm schon

*) S. dazu Ruhland, Zur Theorie und Praxis des Einflusses des Kriegsbeginns auf Staatsverträge, Niemeyers Ztschr. f. int. Recht Bd. 32 S. 74 ff.

die Gegenwart gehört, eben weil er eine Synthese zwischen staatlichem Objektivismus und Subjektivismus darstellt, auf welche hin seit langem erkennbar die geschichtliche Entwicklung sich bewegt.

Schon die Allianz stellt eine Form — die einfachste — der Staatenverbindung dar, ebenso die bereits erwähnten zwischenstaatlichen Verwaltungsorganisationen (Weltpostverein, Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums usw.). Auch die Personalunion (Gemeinsamkeit des Monarchen, die nicht in der Verfassung vorgesehen ist, so früher England und Hannover, Niederlande und Luxemburg) knüpft zwischen zwei Staaten eine, obgleich zufällige, Verbindung. Nicht zufälliger Art ist dagegen die Vergesellschaftung zweier Staaten, die man Realunion nennt, wie sie z. B. zwischen Österreich und Ungarn bis 1918 bestand. Hier ist die Gemeinschaft konstitutioneller Art und dient einer Vielheit von Zwecken. Die Realunion hat darum eigene Völkerrechtssubjektivität, während in der Personalunion die verbundenen Staaten ihre Subjektivität bewahren. Der Staatenbund ist eine dauernd organisierte Vereinigung von Staaten zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke, die keinen Staat über den vereinigten Staaten darstellt und der Völkerrechtssubjektivität ermangelt, in der vielmehr die Souveränität bei den Bundesstaaten verbleibt; es gibt darum keine Staatsangehörigkeit im Bund, sondern nur eine solche in den Bundesstaaten; ein Staatenbund war der Deutsche Bund von 1815 bis 1866 und ist das britische Weltreich sowie auch der Völkerbund. Im Gegensatz zum Staatenbund ist der Bundesstaat ein Staat über den Gliedstaaten, er hat eigene Rechtssubjektivität und Souveränität, in ihm gibt es außer der Zugehörigkeit zu den Gliedstaaten auch eine Bundesstaatsangehörigkeit. Bundesstaaten sind Deutschland, die Vereinigten Staaten, die meisten Staaten Mittel- und Südamerikas, die Schweiz, Sowjetrußland.

2. Die völkerrechtlichen Delikte

Wie im innerstaatlichen, so gibt es auch im Völkerrecht Delikte und eine deliktische Haftung des Delinquenten. Ein Delikt kann nur von einem deliktsfähigen Subjekt begangen werden. Wie

die herrschende Ansicht nur den Staaten Völkerrechtssubjektivität zuerkennt, so lehrt sie auch, daß nur Staaten deliktsfähig seien. Die völkerrechtliche Haftung einzelner aus Piraterie, Blockadebruch, Konterbandehandel, Sklaven- und Mädchenhandel, Kabelbeschädigung widerlegt jedoch auch hier die allgemeine völkerrechtliche Grundauffassung. Strupp (Das völkerrechtliche Delikt, in Stier-Somlos Handbuch des Völkerrechts, S. 25) sucht diese durch folgende Konstruktion zu retten: das Tun des einzelnen löse in jenen Fällen nur gewisse Rechtsfolgen aus, es sei nur Tatbestandsmerkmal jener Folgen, begründe aber keine deliktische Haftung des einzelnen. Allein ist nicht stets die Deliktshandlung Tatbestandsmerkmal gewisser Folgen, und ist der Eintritt dieser Folgen nicht gerade das, was man Deliktshaftung nennt? Den einzelnen für fähig erklären, durch seine Handlungen Deliktsfolgen „auszulösen", heißt eben ihn für deliktsfähig erklären. Daß es sich in jenen Fällen um eine echte Deliktshaftung handelt, erhellt übrigens schon daraus, daß sie Schuld und Rechtswidrigkeit voraussetzt. Wie der einzelne fähig ist, gewisse völkerrechtliche Delikte zu begehen, so ist er auch fähig, Objekt gewisser völkerrechtlicher Delikte zu sein. So sind durch die Friedensverträge nach dem Weltkrieg den alliierten Staatsangehörigen Schadensersatzansprüche gegen die Mittelmächte wegen rechtswidriger Schädigungen gewährt. Voraussetzung der Deliktshaftung ist stets ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Auch die Verletzung einer Vertragspflicht ist völkerrechtliches Delikt, weil sie einen Verstoß gegen den Satz darstellt, daß völkerrechtliche Verträge zu halten sind. Die Rechtswidrigkeit einer an sich rechtswidrigen Handlung ist ausgeschlossen, wenn die Handlung in Ausübung eines Rechts erfolgt. Aus diesem Grunde ist die sog. Repressalie nicht rechtswidrig (Eingriff in die Rechte eines anderen Staates nach fruchtloser Mahnung zum Schutz gegen Rechtsverletzungen des anderen Staates). Von der Repressalie ist zu unterscheiden die Retorsion, sie ist Erwiderung einer Unfreundlichkeit durch eine gleichermaßen unfreundliche, aber nicht rechtswidrige Handlung, z. B. Erwiderung einer Ausweisung eigener Staatsangehöriger durch Ausweisung von Angehörigen des ausweisenden Staates. Ob durch den Eingriff in

die Rechte eines anderen Staates ein Schaden entstanden ist oder nicht, macht für die Qualifikation des Eingriffs als Delikt nichts aus. Delikt ist auch bei Nichtentstehung eines Schadens gegeben. Der Eingriff muß indes schuldhaft erfolgt sein. Dies wird allerdings von einem Teil der Theorie geleugnet: die einen nehmen reine Erfolgshaftung an, die anderen (Strupp) Verschuldenshaftung bei Unterlassungen, reine Erfolgshaftung bei positiven Handlungen. Die letzte Auffassung scheitert schon an der Unmöglichkeit, Begehungs- und Unterlassungsdelikte begrifflich scharf zu scheiden. Vielmehr ist richtiger Ansicht nach Verschulden stets Voraussetzung der Haftung. Der Staat haftet einmal für eigene Handlungen, d. h. für Handlungen seiner Organe innerhalb deren Zuständigkeit; denn solche Handlungen sind Handlungen des Staates. Der Staat haftet aber auch für Handlungen anderer (mittelbare Haftung). Er haftet nämlich für Handlungen Privater, sofern zwei Voraussetzungen erfüllt sind: 1. die Handlung des einzelnen muß eine deliktische, d. h. schuldhaft und rechtswidrig, sein; 2. der Staat selbst muß durch Unterlassen von Vorbeugungsmaßnahmen oder durch Nichtverfolgung des Täters nach der Tat eine Schuld auf sich geladen haben. Keine dieser Voraussetzungen darf fehlen. Hat etwa ein Geisteskranker oder ein in der Notwehr Handelnder einen Schaden verursacht, so haftet der Staat nie als aus einem völkerrechtlichen Delikt; liegt aber ein Verschulden des Staates nicht vor, so hat dieser überhaupt keine Beziehung zu dem Delikt und kann folglich aus ihm nicht haften. Hat ein Staatsorgan außerhalb seiner Zuständigkeit einen Schaden verursacht, so kann der Staat nicht als aus einer eigenen Handlung in Anspruch genommen werden (denn nur innerhalb der Zuständigkeit vorgenommene Organshandlungen sind Handlungen des Staates), sondern lediglich unter den Voraussetzungen seiner Haftung für fremde Delikte; indes besteht in diesem Falle eine unwiderlegliche Vermutung für staatliches Verschulden, der Staat hat eben dafür zu sorgen, daß seine Organe nicht unter Überschreitung ihrer Zuständigkeit fremde Rechte verletzen. Folgen des Delikts sind: Verpflichtung zur Wiederherstellung in Natur (Zurückziehung der Truppen aus dem widerrechtlich besetzten Gebiet, Zurücknahme des rechtswidrigen Verwaltungsaktes, Aufhebung

eines widerrechtlich erlassenen Gesetzes), Verpflichtung zum Geldersatz, wenn Herstellung in Natur nicht möglich ist (auch bei immateriellem Schaden ist Ersatz in Geld zu leisten), schließlich Verpflichtung zur „Genugtuung" (ausdrückliche Desavouierung oder Bestrafung des schuldigen Staatsorgans, Huldigung durch Flaggensalut, Entsendung einer Gesandtschaft). — Eine Bestrafung delinquierender Staaten kennt das Völkerrecht nicht (wohl aber eine Bestrafung delinquierender einzelner, soweit sie fähig sind, völkerrechtliche Delikte zu begehen, z. B. der Piraten).

3. Staatenstreitigkeiten

a. Kriegsvorbeugung

Seit es Kriege gibt, hat man nach Mitteln gesucht, sie zu verhüten. Schon das Altertum kennt Bestrebungen, die man als „pazifistisch" bezeichnen könnte. Man mag den Worten des Propheten (Jesaia XI, 6—9), es werde eine Zeit kommen, in der „die Völker nicht mehr den Krieg erlernen", in der „Wolf und Lamm mitsammen weiden", nur den Wert einer dichterischen Vision beilegen. Aber manche griechische und römische Philosophen haben die Vermeidung der Kriege als ein nicht bloß begehrenswertes, sondern auch erstrebenswertes und erreichbares Ziel aufgestellt. Bei dem Stoiker Zeno taucht bereits der Gedanke eines Weltstaates auf. Daß das römische Reich diese Idee bis zu einem gewissen Grade verwirklicht hat, wurde schon ausgeführt, desgleichen, daß der Einheitsgedanke das ganze Mittelalter beherrschte, bis er durch den individuellen und staatlichen Subjektivismus der Renaissance abgelöst wurde. Die gegen diesen einsetzende Reaktion zeitigte auch eine große Zahl von sog. Friedensprojekten, philosophischen und staatsmännischen Schriften, die die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens für die europäischen Völker erörterten. Als ihre Vorläufer kann man bezeichnen die Schriften: „De recuperatione terrae sanctae" des Franzosen Dubois (1306), die „Monarchia" Dantes (um 1320), den Entwurf des Königs Podebrad von Böhmen (um 1460) und den (früher fälschlich dem König Heinrich IV. von Frankreich zugeschriebenen) „Grand Dessein"

des Herzogs von Sully (um 1635). Unter den neueren Friedensprojekten sind vor allem die der Quäker zu nennen, einer Sekte, die aus religiösen Gründen den Krieg und jede Teilnahme an einem Krieg verwirft (bemerkenswert William Penns „Essay towards the present and future peace of Europe", erschienen 1692, in dem der Zusammentritt eines Parlaments von Abgesandten aller europäischen Staaten gefordert wird, das Rechtsnormen aufstellen und die Streitigkeiten der Staaten durch Schiedsspruch erledigen soll). Von größtem Einfluß auf die Geister war die Schrift des französischen Abbé de St. Pierre: „Mémoires pour rendre la paix perpétuelle en Europe" (erschienen 1713—1716). Darin entwirft St. Pierre den Plan eines Völkerbundes, den man als Prototyp des heutigen Völkerbundes bezeichnen kann. In dem Bunde St. Pierre's sollen nur die großen Staaten je eine Stimme haben, von den kleineren sollen sich mehrere auf eine Stimme vereinigen (ähnlich der Rat des Völkerbundes nach Art. 4 der Völkerbundssatzung). Ein Krieg zwischen den Bundesmitgliedern soll ausgeschlossen sein. Entsteht Streit zwischen ihnen, so haben sie den Fall dem Senat des Bundes vorzulegen. Dieser versucht, zwischen den Streitenden zu vermitteln. Hat er damit keinen Erfolg, so erläßt er in zwei Abstimmungen einen Schiedsspruch. Die Parteien müssen diesem nachkommen. Weigert sich eine von ihnen, es zu tun, so soll ihre Widersetzlichkeit durch Waffengewalt des Bundes gebrochen werden (ein ähnliches Verfahren der Streitschlichtung sehen Art. 15 und 16 der Völkerbundssatzung vor, s. darüber unten S. 79). Die Beamten des Bundes sollen möglichst holländischer Nationalität sein, auch soll der Bund seinen Sitz in Utrecht oder im Haag haben, weil Holland ein Volk von ausgedehntem Handel und ausgesprochen friedlicher Natur sei (nach Art. 7 der Völkerbundssatzung hat der Bund seinen Sitz in Genf, also einer Stadt der neutralisierten und gleichfalls seit altem unkriegerischen Schweiz). Der Entwurf weist dem Bund außer der Kriegsvorbeugung noch eine Reihe von Nebenaufgaben zu, insbesondere die Schaffung von Handelskammern mit Handelsgerichten an den wichtigsten Verkehrsplätzen sowie die Bekämpfung des Verbrechertums (nach Art. 23 der Satzung hat auch der Völkerbund gewisse Nebenaufgaben, z. B. internationale

Organisation der Arbeit, Überwachung der Verträge über Frauen- und Kinderhandel, Gewährleistung der Freiheit des Verkehrs, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten). Es ist bemerkenswert, daß St. Pierre selbst an eine baldige Verwirklichung seiner Pläne nicht glaubte, vielmehr geäußert hat, der Bund werde in etwa 200 Jahren zu Utrecht oder im Haag zusammentreten. Diese Prophezeiung hat sich fast wörtlich erfüllt, denn 200 Jahre nach dem Erscheinen der Mémoires fanden die Haager Konferenzen statt, die sich zum Ziel gesetzt hatten, ein internationales Organ zur friedlichen Beilegung staatlicher Streitigkeiten zu schaffen. Das Tiefste und Bedeutendste, was zu diesem Gegenstand je gesagt worden ist, ist in mehreren Schriften Kants enthalten. Schon in den „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" wird der Gedanke einer Weltorganisation der Staaten erörtert. Der Antagonismus zwischen Hang zur Vergesellschaftung und Hang zur Vereinzelung treibt, so führt Kant aus, den Einzelmenschen zur Gründung eines staatlichen Gemeinwesens. Derselbe Antagonismus treibt auch diese Gemeinwesen selbst „durch die Kriege, durch die überspannte und niemals nachlassende Zurüstung zu denselben, durch die Not, die dadurch endlich ein jeder Staat, selbst mitten im Frieden, innerlich fühlen muß, zu anfänglich unvollkommenen Versuchen, endlich aber nach vielen Verwüstungen, Umkippungen und selbst durchgängiger innerer Erschöpfung ihrer Kräfte zu dem, was ihnen die Vernunft auch ohne so viele traurige Erfahrungen hätte sagen können, nämlich: aus dem gesetzlosen Zustande der Wilden hinauszugehen und in einen Völkerbund zu treten, wo jeder, auch der kleinste Staat, seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern allein von diesem großen Völkerbund, von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte". Im Jahre 1795 erschien die Abhandlung „Zum ewigen Frieden". Sie ist nach Art eines Friedensvertrages abgefaßt. In 6 Präliminarartikeln stellt sie folgende Forderungen auf: Es solle kein Friedensschluß mit dem geheimen Vorbehalt eines Krieges gemacht werden; es solle ein Staatsgebiet nicht durch Tausch, Kauf oder Schenkung ohne den Willen seiner Bewohner

erworben werden dürfen; es sollten stehende Heere mit der Zeit ganz aufhören; es sollten keine Staatsschulden in bezug auf äußere Händel gemacht werden; kein Staat solle sich in die Angelegenheiten eines anderen gewalttätig einmischen; kein Staat solle im Kriege sich solcher Feindseligkeiten (Verwendung von Gift, Anstiftung der feindlichen Staatsangehörigen zu Verrat gegen ihr Vaterland) erlauben, welche das wechselseitige Vertrauen auch in dem auf den Krieg folgenden Frieden unmöglich machen müssen. In 3 „Definitivartikeln" verlangt Kant sodann: Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat solle republikanisch sein (darunter versteht er die verfassungsmäßige Anteilnahme der Bürger an den Staatsgeschäften, insbesondere an der Entscheidung über Krieg und Frieden); das Völkerrecht solle auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein (also nicht auf einen Weltstaat, sondern auf das „Surrogat" eines solchen, nämlich „einen den Krieg abwehrenden Bund"); den friedlichen Fremden solle friedlich begegnet werden, die gewalttätige Kolonisation als friedensgefährdend unterbleiben.

Sicherlich ist Kant mit diesem Entwurf seiner Zeit und auch dem 19. Jahrhundert weit vorausgeeilt. Die Entwicklung der Staatenbeziehungen ist hinter seinen Ideen um so viel zurückgeblieben, als die Tatsachen stets dem Gedanken nachhinken. Und doch ist der Entwurf nicht utopisch, das folgt daraus, daß er heute im Begriff ist, verwirklicht zu werden, daß das in stiller Gelehrtenstube Ersonnene heute als laute Forderung die Welt durchhallt, und daß in dem Völkerbund eine Organisation geschaffen ist, welche diese Forderung zwar nicht erfüllt, aber doch in absehbarer Zeit wird erfüllen können. Man darf sagen, daß der Gang der Geschichte die Welt „nach vielen Umkippungen und allgemeiner innerer Erschöpfung" bis zu einem Punkte geführt hat, von dem aus Kants Vision in leibhaftigen Umrissen am Horizont sichtbar ist. Eben weil hier die Träumer und Propheten nicht nur an Weitblick und „realistischem" Denken sich den Staatsmännern überlegen gezeigt, sondern auch die Entwicklung merkbar beeinflußt haben, scheint es angemessen, ihrer Schriften in einer Darstellung des Völkerrechts Erwähnung zu tun.

Was nun die tatsächliche Geschichte der Kriegsvorbeugung be-

trifft, so hat es natürlich Friedensbemühungen unparteiischer Staaten anläßlich eines Streitfalles, wie etwa das Anerbieten der guten Dienste zur Beilegung der Differenz, von jeher gegeben. Was das 19. von den früheren Jahrhunderten unterscheidet, sind die Versuche, zu einer organisatorischen Ausgestaltung der Friedenssicherungen zu gelangen. Diese Bemühungen zielen auf ein Dreifaches: auf eine Begrenzung der Rüstungen, auf Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und auf Schaffung einer überstaatlichen Zwangsorganisation. Dem ersten dieser Ziele ist man bisher kaum näher gekommen. Das kann an sich nicht wundernehmen. Denn das Gebot, die Rüstungen zu beschränken, stellt einen tiefen Eingriff in die Selbstbestimmung der Völker dar, einen Eingriff, den freiwillig zu ertragen der jetzigen Mentalität der abendländischen Völker widerstrebt. Die Haager Konferenzen haben denn auch dieses Problem, dessen Bewältigung einer ihrer Hauptzwecke war, nicht gelöst. Erfolgreicher ist die Washingtoner Konferenz von 1921/1922 gewesen. Auf ihr wurde zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan ein Abkommen, betreffend die Beschränkungen der Rüstungen zur See, abgeschlossen. Die Rüstungsverminderung auch zu Lande ist indes die Vorbedingung aller Kriegsverhütung. Denn die Kriegswaffen führen wie jede Maschine ihr eigenes Leben und gehen, wenn sie nicht sorgfältig bewacht werden, von selber los. Die Entwaffnung Deutschlands inmitten eines kriegsstarrenden Europa ist nicht geeignet, den Frieden zu sichern, sondern birgt den Keim zu neuen Kriegen. Einen ungeahnten Aufschwung hat indes die internationale Schiedsgerichtsbarkeit genommen. Von der bloßen Vermittlung unterscheidet sich die Schiedsgerichtsbarkeit dadurch, daß die streitenden Parteien vereinbaren, sich dem Spruch des Schiedsgerichts zu unterwerfen. Ihre primitivste Form ist das, was Lammasch „isolierte Schiedsgerichtsbarkeit“ nennt: zwei Staaten kommen überein, einen konkreten Streitfall aus der Welt zu schaffen, indem sie ihn einem ad hoc zusammengesetzten oder schon bestehenden Schiedsgericht unterbreiten. Einen Schritt vorwärts bedeutet die „institutionelle“ Schiedsgerichtsbarkeit: zwei Staaten vereinbaren, daß gewisse oder alle zwischen ihnen zukünftig entstehenden

Streitigkeiten vor ein Schiedsgericht gebracht werden sollen. Der Unterschied zwischen isolierter und institutioneller Schiedsgerichtsbarkeit fällt nicht zusammen mit der zwischen „obligatorischer" und „fakultativer" Schiedsgerichtsbarkeit. Jeder Schiedsvertrag wirkt obligatorisch insofern, als er den Parteien die Vertragspflicht auferlegt, den Spruch des Schiedsgerichts zu ermöglichen und zu befolgen. Die Besonderheit der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit besteht darin, daß sie den Staaten die freie Wahl, schiedsgerichtliche Erledigung zu vereinbaren oder nicht zu vereinbaren, entzieht und ihnen die Verpflichtung, Streitfälle durch ein Schiedsgericht aburteilen zu lassen, mit der Kraft eines allgemeinen, übergeordneten Völkerrechtssatzes auferlegt. Von der Schiedsgerichtsbarkeit ausgeschlossen pflegten bisher solche Streitfälle zu sein, in denen die Ehre oder Lebensfragen der Parteien im Spiel sind (sog. „Ehrenklausel"). — Der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit war in der ganzen Welt, vor allem in Amerika, schon herangereift, als im Jahre 1899 auf Einladung des russischen Zaren die erste Friedenskonferenz im Haag zusammentrat. Bekanntlich ist auf dieser Konferenz die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die zu ihren Hauptzwecken gehörte, nicht beschlossen worden. Doch wurde auf ihr die Errichtung der „Cour Permanente d'Arbitrage Internationale" im Haag vorgesehen. Diese ist, entgegen ihrem Namen, kein wirklicher Schiedsgerichtshof, sondern nur eine Liste von Richtern, aus denen im einzelnen Fall ein Schiedsgericht gebildet werden kann. Sie umfaßt jedoch ein ständiges Sekretariat und einen diplomatischen Verwaltungsrat, beide im Haag. Die Bedeutung der Konferenz war trotz ihres in der Hauptsache negativen Ausgangs keine geringe. Das ergibt sich aus der großen Zahl von Schiedsgerichtsverträgen, die sie im Gefolge hatte. Im Jahre 1907 fand die zweite Haager Friedenskonferenz statt. Sie hatte sich außer mit der Abrüstungsfrage und der Kodifizierung des Land- und Seekriegsrechts wiederum mit der Schiedsgerichtsbarkeit zu befassen. Auch auf ihr ist indes eine Einigung über das Obligatorium nicht erzielt worden. Es kam lediglich zu einer lendenlahmen „Deklaration", die das „Prinzip" der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit anerkannte, ferner zu einem Beschluß, der

die sog. Dragodoktrin (die von einem Konferenzmitglied, dem argentinischen Minister Drago, aufgestellte Lehre, daß Geldverpflichtungen eines Staates gegenüber den Angehörigen eines anderen Staates von diesem nicht gewaltsam eingetrieben werden sollen) insofern verwirklichte, als er die Schiedgerichtsbarkeit in solchen Streitfällen, sofern die Geldschuld auf Vertrag beruht, für obligatorisch erklärte. Auch der amerikanische Antrag auf Umwandlung der Cour d'Arbitrage in einen wirklichen ständigen Schiedsgerichtshof fand keine Annahme, es wurde lediglich ein „Entwurf" zu einem solchen Gericht aufgestellt und zugleich der „Wunsch" ausgesprochen, der Entwurf möge bei den beteiligten Mächten Annahme finden, sobald sie sich über die Art der Besetzung des Gerichtshofs geeinigt hätten. Wiederum zeigte sich in den Jahren nach der Konferenz trotz ihres Scheiterns eine außerordentliche Zunahme der Schiedsgerichtsverträge, ein Beweis für die Kraft dieses Gedankens. Weit geringeren Schwierigkeiten als in Europa begegnete die Verwirklichung der Schiedsgerichtsidee in Amerika. Schon auf der panamerikanischen Konferenz zu Washington im Jahre 1890 hatten die nord-, mittel- und südamerikanischen Staaten die Schiedsgerichtsbarkeit für einen Grundsatz des amerikanischen Völkerrechts erklärt und sich auf einen Schiedsgerichtsvertrag geeinigt, der danach in vielen Fällen Anwendung gefunden hat. In den Jahren 1902, 1906, 1907 und 1910 fanden weitere panamerikanische Konferenzen statt. Im Jahre 1907 kam es zur Gründung eines „Zentralamerikanischen Gerichtshofes" in Carthago (Costa Rica). In den Jahren 1918/19 von Wilson unternommene Versuche, die panamerikanische Schiedsgerichtsbarkeit noch weiter auszubauen, sind gescheitert.

Eine eingehende Regelung hat nunmehr die Frage der Kriegsverhütung durch die Völkerbundssatzung gefunden. Auch diese hat auf eine Festlegung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit verzichtet. Aber sie enthält dennoch ein Obligatorium: sie macht nämlich die Wahl zwischen Schiedsgerichtsbarkeit und Bundesvermittlung obligatorisch. — Was die einzelnen kriegsvorbeugenden Funktionen des Völkerbundes betrifft, so ist folgendes zu sagen: Dem Bund liegt einmal die Vorbereitung der Abrüstung ob. In Art. 8 der Bundessatzung erkennen die Mitglieder an, daß die Auf-

rechterhaltung des Friedens es nötig macht, die Rüstungen der Staaten auf ein Mindestmaß herabzusetzen (ein ähnliches Anerkenntnis ist aber auch im Haag ausgesprochen worden und hat keinerlei Wirkung gehabt); der Rat des Völkerbundes soll Pläne für die Abrüstung vorbereiten „unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates"; zur Wirksamkeit dieser Pläne ist erforderlich die „Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen" (es ist fraglich, ob sich überhaupt eine Regierung vorstellen läßt, der es an Geschick fehlen sollte, unter genauer Beobachtung des Art. 8 ihre Rüstungen bis zum Übermaß zu steigern). In Art. 12 kommen sodann alle Mitglieder überein, die zwischen ihnen entstehenden Streitfälle, welche die Gefahr eines Bruches naherücken, entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Völkerbundsrat zu unterbreiten, auf keinen Fall vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedsspruchs oder der Erstattung des Berichts des Rates zum Kriege zu schreiten. Die Wahl zwischen dem Schiedsgerichtsverfahren oder dem Bericht des Rates bleibt ihnen überlassen. Man wird auch annehmen dürfen, daß sie, statt einen dieser Wege einzuschlagen, sich an die in den Bryan-Verträgen von 1914/15 zur Schlichtung von Streitigkeiten vorgesehenen Untersuchungskommissionen wenden dürfen. Aber für einen der drei Wege müssen sie sich entscheiden. Eine Berufung auf die „Ehrenklausel" findet nicht statt. Schreitet ein Staat, ohne jener Wahlpflicht zu genügen, zum Krieg, so wird es so angesehen, als habe er eine kriegerische Handlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen (Art. 16). Die Bundesmitglieder kommen überein, gegen ein Mitglied, das sich dem erlassenen Schiedsspruch oder dem auf Vorschlag des Rates einstimmig angenommenen Beschluß der Bundesversammlung fügt, keinen Krieg zu führen (Art. 13 Abs. 4, 15 Abs. 5). Jedes Mitglied hat es also in der Hand, den Gegner zum Unterlassen eines Krieges dadurch zu nötigen, daß er selbst sich dem Schiedsspruch oder dem Beschluß des Bundes beugt. Damit verzichten die Bundesmitglieder für gewisse Fälle auf das Recht, Krieg zu führen. Der Bund soll aber Kriege nicht nur zwischen seinen Mitgliedern zu verhüten suchen, sondern nach

Art. 11 soll jeder Krieg und jede Kriegsdrohung, auch wenn dadurch keines der Bundesmitglieder unmittelbar bedroht wird, den ganzen Bund angehen. Der Bund soll auch in diesem Falle alle Maßregeln zur wirksamen Erhaltung des Völkerfriedens treffen. Er soll also nicht nur die zwischen einem Bundesmitglied und einem dritten Staat, sondern auch die zwischen zwei Nichtmitgliedern entstehenden Streitigkeiten beizulegen suchen und gegebenenfalls zu Zwangsmaßnahmen auch gegen Nichtmitglieder schreiten, die seine Vermittlung ablehnen und ein Bundesmitglied angreifen (Art. 17). Er hat also die Aufgabe, als Weltobrigkeit zu fungieren. Ihm wird dadurch Gewalt auch über Nichtmitglieder eingeräumt. Durch Art. 10 verpflichten sich die Mitglieder, ihre territoriale Unversehrtheit und ihre politische Unabhängigkeit zu achten und gegen Angriffe von außen her zu wahren. Das ist nicht etwa eine Garantie des status quo im Augenblick der Unterzeichnung der Völkerbundssatzung, vielmehr sind Gebietsveränderungen auf dem Wege der Vereinbarung oder des Schiedsspruches auch in Zukunft ohne Verstoß gegen Art. 10 zulässig; nur gewaltsame Gebietsveränderungen sollen nach ihm ausgeschlossen sein. Bei Angriffen auf sein Gebiet ist kein Staat verpflichtet, mit der Verteidigung zu warten, bis ein Schiedsgericht gesprochen oder der Vermittlungsversuch des Bundes stattgefunden hat. Jeder Staat darf sich vielmehr in einem solchen Falle des Angriffes mit Gewalt erwehren, und auch der Bund hat ihn darin zu unterstützen. Insofern stellt die Regelung des Art. 10 eine Ausnahme von den eben erwähnten Grundsätzen der Art. 12 bis 16 über das Verfahren bei Staatenstreitigkeiten dar. Hiernach ist der Krieg durch die Bundessatzung nicht schlechthin verboten, vielmehr in gewissen Fällen für zulässig erklärt, in anderen sogar vorgesehen: für zulässig erklärt immer dann, wenn keine der Parteien sich dem von der Bundesversammlung einstimmig angenommenen Vermittlungsvorschlag des Rates fügt (Art. 15 Abs. 5), oder wenn der Bericht des Rates von der Bundesversammlung nicht einstimmig angenommen wird (Art. 15 Abs. 6); vorgesehen bei einem Überfallskrieg (Art. 10) und bei Bundesexekutionen gegen einen ungehorsamen Staat (Art. 16).

Einen unmittelbaren Fortschritt stellt die Errichtung des von der Bundessatzung (Art. 14) vorgesehenen ständigen internatio-

nalen Schiedsgerichtshofs dar. Durch die Völkerbundsversammlung wurde am 13. 12. 1920 die Errichtung einer „Cour Permanente de Justice Internationale" beschlossen. Ihr Sitz ist der Haag. Er besteht aus 15, auf 9 Jahre durch Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung zu wählenden unabhängigen Richtern. Ihm liegt die Begutachtung über völkerrechtliche Streitfragen und die Schiedsgerichtsbarkeit ob. Als Schiedsgericht soll er nicht nur nach Billigkeit, sondern auch nach Völkerrecht urteilen (Art. 38 des Organisationsstatuts). Er ist neben dem auf Grund des Haager Abkommens gebildeten Haager Schiedsgerichtshof (Cour Permanente d'Arbitrage) zuständig, dessen Mitglieder nicht vom Völkerbund, sondern von den streitenden Parteien selbst (aus der ständigen Liste) bestimmt werden, und der nicht Recht anwenden, sondern nach Billigkeit urteilen soll. Wollen also zwei Parteien einen Streitfall schiedsgerichtlich erledigen, so haben sie die Wahl zwischen dem alten und dem neuen Schiedsgerichtshof. Den neuen werden sie wählen, wenn sie eine vorwiegend auf rechtlichen Erwägungen aufgebaute, den alten, wenn sie eine mehr nach praktischen Gesichtspunkten erlassene Entscheidung wünschen. Unbenommen ist es ihnen schließlich auch, sich weder an den einen noch an den anderen zu wenden, sondern ein besonderes Schiedsgericht zu vereinbaren.

Die Kriegsverhütung ist nicht die einzige Aufgabe des Völkerbundes. Ihm liegt auch die Beaufsichtigung des Mandats über die Mandatsländer (s. oben S. 44 f.), das Protektorat über Danzig, die Treuhänderschaft über das Saargebiet ob. Ihm sind ferner mannigfache Verwaltungsaufgaben übertragen (internationale Arbeitsorganisation, Bekämpfung des Mädchenhandels, Sicherung des Verkehrs und Handels unter den Bundesmitgliedern, Einführung sanitärer Maßnahmen usw., vgl. Art. 22, 23 der Satzung). Auch treten vorbehaltlich der Zustimmung der Vertragsparteien alle früher schon durch Kollektivverträge errichteten internationalen Bureaus und ohne jene Zustimmung alle künftig errichteten internationalen Bureaus und Kommissionen unter seine Leitung (Art. 24).

Dem Bunde gehören als Mitglieder an: die alliierten Signatarmächte der Friedensverträge, ferner die in der Anlage zur Satzung genannten, während des Krieges neutral gebliebenen Staaten, so-

fern sie innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten der Satzung dem Bunde beigetreten sind (zu ihrer Aufnahme bedurfte es also keiner Ballotage), schließlich alle „sich selbst verwaltenden Staaten, Dominions und Kolonien", wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Bundesversammlung aufgenommen sind, „vorausgesetzt, daß sie die tatsächliche Gewähr für ihre Absicht geben, ernsthaft ihre internationalen Verpflichtungen einzuhalten und die Bundessatzung hinsichtlich ihrer Streitkräfte und ihrer Rüstungen annehmen".

Organe des Bundes sind: die Bundesversammlung, der Rat, das ständige Sekretariat. In der Bundesversammlung hat jeder Staat eine Stimme (Art. 3). Der Bundesrat umfaßt nach Art. 4 zwei Arten von Mitgliedern: einmal die Vertreter sämtlicher alliierten Hauptmächte (Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan), ferner die von der Bundesversammlung für einen von ihr zu bestimmenden Zeitraum gewählten Vertreter von 4 (neuerdings 6) anderen Bundesmitgliedern.

Grundsätzlich entscheiden sowohl Rat wie Bundesversammlung mit Einstimmigkeit (Art. 5). Da der Rat eine ausgedehntere Zuständigkeit hat als die Versammlung (z. B. bei der wichtigen Frage der Schlichtung von Streitigkeiten nach Art. 15), und da er vor allem weit häufiger zusammentritt, so hat er ein rechtliches und tatsächliches Übergewicht über die Versammlung, ähnlich etwa dem, das der Vorstand eines Vereins über die Mitgliederversammlung besitzt.

Der Völkerbund ist in der durch die Friedensverträge geschaffenen Gestalt keine Organisation der Welt. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt: er ist ein erster, tastender Versuch, zu einer solchen zu gelangen. Sein offensichtlichster Mangel ist, daß er nur einen Torso bildet. Die Vereinigten Staaten, deren Präsident Wilson ihn geschaffen, sind ihm nicht beigetreten. Deutschland und Rußland gehören ihm bisher nicht an. Es geht ihm also vorläufig jede Universalität ab. Er ist eine Vereinigung der Sieger des Weltkrieges, ergänzt durch den Beitritt kleinerer und mittlerer Staaten, die im Weltkrieg neutral geblieben waren. Den großen Staaten ist im Rat auch jetzt noch ein größerer Einfluß als den mittleren und kleineren gesichert. Die Notwendigkeit einstimmiger Beschlußfassung in den meisten Angelegenheiten, also die Möglichkeit eines liberum veto, schränkt die Entschlußkraft des Bundes ein. Der

Bund besitzt ferner keine militärische Macht zur Durchsetzung seines Willens. Eben darum wird auch das Obligatorium: Schiedsgerichtsbarkeit oder Vermittlung des Bundes angesichts des Fehlens der Ehrenklausel in wirklichen Existenzfragen der Mitglieder seine Probe erst zu bestehen haben (s. über diese Probleme neuerdings die geistvollen Ausführungen des früheren italienischen Ministers des Auswärtigen Carlo Schanzer in Nuova Antologia, Jahrg. 58, S. 3ff.). Aller dieser Mängel ungeachtet glauben wir, daß der Bund mit der Zeit sich vervollkommnen und seinen Platz ausfüllen wird. Schon daß eine solche Organisation — zum ersten Male in der Weltgeschichte — überhaupt errichtet ist, gibt eine gewisse Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und schafft bei der großen Zahl der Mitglieder Hemmungen gegen einen Bruch der Satzung. Auch sieht die Satzung selbst Heilmittel gegen ihre Unvollkommenheiten vor. Die fehlende Universalität ist jederzeit nachholbar, und es hat den Anschein, als ob sie sich erreichen ließe (auch in den Vereinigten Staaten besteht eine starke Strömung für den Anschluß). Es ist ohne Zweifel, daß der Bund, wenn er erst einmal alle Staaten der Welt umfaßt, auch seinen politischen Tendenzen nach ein ganz anderer sein wird als bisher. Auch die Mängel der Organisation können durch Änderungen der Satzung, die nicht außer dem Bereich rechtlicher und tatsächlicher Möglichkeit liegen, beseitigt werden. Die Entwicklung der Welt vollzieht sich, gemessen am Leben des einzelnen, in langsamem Zeitmaß. Wenn der Bund auch nur in Jahrhunderten das sein wird, was der Abbé de St. Pierre und Kant von ihm erwarteten, so wird man sagen können, seine Entwicklung habe sich über alles Erwarten schnell vollzogen.

b. Krieg

Viele der Sätze über den Krieg sind — und nicht bloß im Weltkriege — so oft verletzt worden, daß Zweifel an ihrer Geltung gerechtfertigt erscheinen.

Krieg ist eine Form der staatlichen Selbsthilfe. Er ist, obgleich vom Völkerrecht als zulässig anerkannt, kein Rechtsverhältnis. Denn ein solches ist ein Verhältnis korrespondierender Rechte und Pflichten; im Kriege aber entspricht nicht der Pflicht der einen

Partei eine Pflicht der anderen. Der Krieg liegt andererseits auch nicht jenseits des Rechts; denn er wird vom Recht erfaßt, ist also in es einbezogen. Noch weniger darf man — wie Bynkershoek es vor mehreren Jahrhunderten getan hat — den Krieg als einen Prozeß ansehen, in dem der Sieger entscheidet, wer recht hat.

Nur ein Kampf mit Waffen ist Krieg. Boykotterklärungen und die Anwendung sonstiger wirtschaftlicher Kampfmittel können einen Krieg verursachen oder im Verlaufe des Krieges als Kriegsmittel dienen, sie machen aber für sich allein keinen Krieg aus. Als kriegführende Parteien gelten regelmäßig nur Staaten, Fehden Privater sind kein Krieg, die an einer solchen beteiligten Privaten keine Kriegführende. Doch werden bisweilen auch Aufständische als Kriegführende anerkannt (so die Südstaaten im nordamerikanischen Sezessionskrieg). Die früher bisweilen gemachte Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg (bellum justum und injustum) ist ohne rechtliche Bedeutung; auch ein rechtswidrig heraufbeschworener Krieg ist Krieg mit allen seinen Rechtsfolgen (so z. B. der Krieg gegen einen neutralisierten Staat oder der Krieg eines Völkerbundsmitgliedes entgegen den Bestimmungen der Völkerbundssatzung), und sein Urheber ist Kriegführender mit allen Rechten und Pflichten eines solchen.

Ob der Krieg förmlich erklärt werden müsse, war früher zweifelhaft. Bekanntlich hat Japan im Jahre 1904 den Krieg gegen Rußland durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen und unmittelbar darauf folgenden Angriff auf die russischen Kriegsschiffe in Port Arthur eingeleitet. Die zweite Haager Konferenz von 1907 fordert eine mit Gründen versehene Kriegserklärung oder Stellung eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung. Im vergangenen Kriege bildeten formelle Kriegserklärungen die Regel.

Zwischen den kriegführenden Staaten werden mit Ausbruch des Krieges alle Verträge suspendiert (s. oben S. 68 f.) und auch die allgemeinen Völkerrechtssätze größtenteils für die Kriegsdauer außer Kraft gesetzt, es sei denn, daß die Verträge oder die allgemeinen Sätze auf den Krieg selbst Bezug haben. Seit Rousseau galt auf dem europäischen Kontinent der Satz, daß der Krieg nur ein Kampf eines Staates gegen einen anderen, nicht gegen die feindlichen Staats-

angehörigen sei. In England und Amerika galt dieser Satz nicht. Er war daher nur partikulares Recht und ist, obgleich in der Haager Landkriegsordnung proklamiert, nie zu allgemeiner Anerkennung gelangt. Es ist bekannt, daß im Weltkriege keiner der Kriegführenden vor der Person und dem Vermögen der feindlichen Privatpersonen Halt gemacht hat. England hat von vornherein den feindlichen Privatpersonen — und darunter waren nach dem Domizilprinzip alle in Feindesland wohnenden Personen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit zu verstehen — mannigfache Beschränkungen auferlegt, so ihnen das Recht, vor englischen Gerichten Recht zu suchen, entzogen, ihr Privatvermögen unter Geschäftsaufsicht gestellt, den Handel mit ihnen seinen eigenen Bürgern verboten, die Privatverträge mit Feinden für aufgehoben erklärt und Maßnahmen vorgesehen, durch welche die feindlichen Patente und Urheberrechte außer Kraft gesetzt wurden. Von diesem Wirtschaftskriege blieben nicht einmal die Neutralen ganz verschont. Gegen sie wurde mit Rationierung der überseeischen Zufuhren vorgegangen, ferner mit Einführung von „schwarzen Listen" (enthaltend die Namen neutraler Kaufleute, mit denen Handel zu treiben den eigenen Staatsangehörigen verboten war, weil sie dem feindlichen Handel Vorschub geleistet hatten), auch Gesellschaften zur wirtschaftlichen Überwachung der Neutralen wurden eingerichtet (Overzeetrust in Holland, Société de surveillance économique in der Schweiz). Die festländischen Verbündeten schlossen sich England unter Aufgabe ihres früheren Rechtsstandpunktes an. Nur zögernd folgte auch Deutschland. Noch Ende Oktober 1914 hatte das deutsche Reichsgericht (Entsch. in Zivilsachen, Bd. 85, S. 376) den Grundsatz für geltend erklärt, daß „der Krieg nur gegen den feindlichen Staat als solchen und gegen dessen bewaffnete Macht geführt wird, und daß die Angehörigen der feindlichen Staaten in bezug auf das bürgerliche Recht den Inländern in demselben Maße gleichgestellt sind, wie dies vor dem Kriege der Fall war, mithin, soweit nicht gesetzliche Ausnahmen bestehen, in allen Beziehungen". Doch mußte schließlich Deutschland den Wirtschaftskrieg seiner Feinde durch Maßnahmen des Wirtschaftskrieges erwidern. In den Friedensverträgen ist der Wirtschaftskrieg für den vergangenen Krieg als recht-

mäßiges Mittel der Kriegführung anerkannt (vgl. Art. 297, § 1, Anl. hinter Art. 297 des Vers. Friedensvertrages). Er ist auch für die Folge durch Art. 16 der Völkerbundssatzung zugelassen. Die englisch-amerikanische Auffassung ist damit zur allgemeinen geworden und das europäische Kriegsvölkerrecht wieder auf dem vorrousseauschen Stande angelangt.

Die Art der Kriegführung ist Gegenstand mannigfacher Vereinbarungen. So sind die Behandlung der Verwundeten und die Verwendung humanitätswidriger Geschosse Gegenstand der Petersburger Konvention von 1868, das Recht der Verwundeten und Kranken ist ferner geregelt durch die Genfer Konventionen von 1864 und 1906, die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges sind kodifiziert durch die Haager Konventionen von 1899 und 1907, für die Seekriegführung enthalten Grundsätze auch die Washingtoner Beschlüsse von 1922. — Zur Kriegführung sind nur die Truppen, nicht die Zivileinwohner des Landes grundsätzlich befugt. Freischaren gelten nur dann als rechtmäßige Kombattanten, wenn an ihrer Spitze eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person steht, wenn sie ein bestimmtes und auf Entfernung erkennbares Abzeichen tragen, die Waffen offen führen und sich bei ihren Unternehmungen nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landkrieges richten. Im Falle spontaner Waffenergreifung bei Herannahen des Feindes gegen ein noch nicht besetztes Gebiet handeln sie schon dann rechtmäßig, wenn sie nur die Waffen offen tragen und das Völkerrecht beobachten, die übrigen eben genannten Voraussetzungen brauchen dann nicht erfüllt zu sein (Art. 1, 2 der Haager Landkriegsordnung). Nicht jedes Mittel, dem Feinde zu schaden, ist gestattet. Entsprechend der Forderung, die schon Kant erhoben hatte (s. oben S. 75 f.) sind humanitätswidrige Kriegsmittel grundsätzlich verboten. Die vorhin angeführten Verträge regeln dies im einzelnen, die Erfahrung zeigt freilich, daß alle solche Abmachungen heimlich und offen übertreten zu werden pflegen, wenn man glaubt, durch ihre Verletzung den Sieg zu erringen. Die zivilisierten Nationen vergessen, daß sie damit Präzedenzfälle schaffen, die ihnen in einem zukünftigen Kriege mit unzivilisierten Völkern teuer zu stehen kommen könnten. Als ziemlich haltbar haben sich

die Regeln über das Los der Kriegsgefangenen sowie der Verwundeten und Kranken erwiesen. Die Kriegsgefangenen sind in der Gewalt des gefangennehmenden Staates, nicht der gefangennehmenden Abteilung. Ihnen ist das Privateigentum zu belassen, Kultus- und Testierfreiheit einzuräumen, sie unterstehen der militärischen Disziplin und dürfen gegen Bezahlung zu Arbeiten herangezogen werden, nicht aber zu Diensten, welche eine Teilnahme am Kriege gegen ihr Vaterland bedeuten. Verwundete und kranke Gefangene sollen wie die Verwundeten und Kranken des eigenen Heeres behandelt werden. Die feindlichen Lazarette und Sanitätszüge samt Personal gelten als neutral. Dem Schutze dieser Neutralität dient das Rote-Kreuz-Zeichen. Dem Heeressanitätspersonal steht das Personal der von der Regierung anerkannten freiwilligen Hilfsgesellschaften gleich. Mißbrauch der Parlamentärflagge oder der Uniform des Feindes, Plünderung von Ortschaften und Beschießung unverteidigter Plätze sind völkerrechtswidrig. Die Spionage ist dagegen nicht rechtswidrig, jede der Kriegsparteien darf sich ihrer bedienen, der Spion indes, der in die Hand des Feindes fällt, darf nach vorausgegangenem Urteil gemäß den Gesetzen des festnehmenden Staates bestraft werden. Im besetzten feindlichen Gebiet ist die alte Staatsgewalt suspendiert, sie wird von dem besetzenden Staat ausgeübt. Die bestehende Rechtsordnung des besetzten Gebietes ist, soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, aufrecht zu erhalten. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes darf nicht zu militärischen Diensten oder Arbeiten, auch nicht zu Auskünften über das feindliche Heer oder dessen Verteidigungsmittel angehalten werden, ihre Privatrechte und religiösen Überzeugungen sind zu achten. Requisitionen sind zulässig, sofern sie im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen und nicht einer Teilnahme der Bürger an dem Kampfe gegen ihr Vaterland gleichzuachten sind. Das Eigentum des feindlichen Staates darf im besetzten Gebiet weggenommen werden, soweit es beweglich ist; soweit es unbeweglich ist, darf es in Besitz und Nutznießung genommen werden. Im Gegensatz zur kriegerischen beruht die friedliche Besetzung (z. B. die des linken Rheinufers) nicht auf Kriegshandlungen, sondern auf Friedensrechtstitel, meist auf Vertrag; der besetzte Staat

gilt nicht als Feind, die Regeln über die kriegerische Besetzung gelten nur hilfsweise, die Staatsgewalt des besetzten Gebietes ist nicht suspendiert, sondern nur insoweit eingeschränkt, als die Erhaltung der Ordnung und die Sicherheit des besetzenden Heeres es erforderlich machen; nur insoweit unterliegen auch die Bewohner des besetzten Gebietes der Gerichtsbarkeit des besetzenden Heeres.

Für den Seekrieg sind besondere völkerrechtliche Regeln ausgebildet. Kriegsschiff ist jedes nach Landesrecht zur Kriegsmarine gehörende Schiff mit militärisch organisierter Besatzung und unter militärischer Leitung (Perels, Öffentliches Seerecht 1903, S. 53). Damit ein Kauffahrteischiff zum Kriegsschiff werde, ist erforderlich, daß es der unmittelbaren Aufsicht der Macht, deren Flagge es trägt, unterstehe, die äußeren Abzeichen der Kriegsschiffe seines Landes trage, durch einen von der zuständigen Staatsgewalt ordnungsmäßig eingesetzten und von ihren Dienstbefehlen abhängigen Kapitän befehligt werde, eine militärisch organisierte Mannschaft habe und die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges beobachte (VII. Haager Abkommen von 1907). Blockade ist die Absperrung eines feindlichen Küstenstriches oder Hafens vom Seeverkehr. Sie muß — zum Schutz der von ihr betroffenen Neutralen — effektiv, d. h. nicht bloß angeordnet, sondern von einer Streitmacht aufrechterhalten sein, welche hinreicht, den Zugang zur feindlichen Küste wirksam zu verhindern (Pariser Seerechtsdeklaration von 1856). Sie muß ferner „publik", d. h. bekanntgegeben sein. Ein Schiff, das die Blockade zu durchbrechen versucht, wird als „Prise" beschlagnahmt. Der Unterseebootkrieg kann nicht, wie es von England im vergangenen Kriege aufgestellt worden ist, als völkerrechtswidrig gelten, denn die Unterseeboote sind Kriegsschiffe, und Kriegsschiffe dürfen Kriegshandlungen vornehmen. Das Washingtoner Abkommen von 1922 stellt den Grundsatz auf, daß Kriegsschiffe jeder Art, also auch Unterseeboote, ein Handelsschiff angreifen dürfen, wenn es sich der Durchsuchung zu entziehen versucht, daß auf alle Fälle Mannschaft und Passagiere zu retten sind, daß ferner jede Person, die mit oder ohne Befehl diese Vorschriften übertritt, als Pirat zu behandeln ist. Besondere Regeln gelten für das sog. Seebeuterecht, d. h. das Recht, feindliche

Handelsschiffe und das darauf befindliche Gut wegzunehmen. Nach der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 ist die Kaperei, d. h. die Ausübung des Seebeuterechts durch staatlich autorisierte Private, abgeschafft, gelten ferner die Grundsätze „frei Schiff, frei Gut" (feindliches Gut auf neutralem Schiff mit Ausnahme der Kriegskonterbande, d. h. des zur Kriegführung dienenden Materials, darf nicht weggenommen werden) sowie der Grundsatz „unfrei Schiff, frei Gut" (neutrales Gut mit Ausnahme der Kriegskonterbande auf feindlichen Handelsschiffen darf nicht weggenommen werden). Dagegen unterliegt Feindesgut unter feindlicher Flagge nach wie vor der Beschlagnahme, und zwar — anders als im Landkrieg — auch das Gut Privater. Über die Rechtmäßigkeit einer Wegnahme entscheidet das Prisengericht des wegnehmenden Staates.

Der Krieg endigt durch Einstellung der Feindseligkeiten oder durch Friedensschluß. Diesem geht vielfach ein Waffenstillstand (der die Kriegshandlungen nur suspendiert, nicht aufhebt) oder ein sog. Präliminar-(Vor-)Friede voraus. Ob der Friedenszustand mit Unterzeichnung oder erst mit Ratifikation des Friedensvertrages eintritt, ist aus diesem selbst zu entnehmen.

Neutral ist jeder am Krieg nicht teilnehmende Staat. Die Neutralität muß nicht ausdrücklich erklärt sein, sondern kann sich aus dem Verhalten eines Staates ergeben. Eine sog. „wohlwollende" Neutralität, d. h. die Bevorzugung eines der Kriegsteilnehmer durch einen am Krieg nicht teilnehmenden Staat, ist keine wirkliche Neutralität. Den neutralen Staaten liegen gewisse Pflichten ob: sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar (durch Lieferung von Kriegsmaterial usw.) einen Kriegführenden unterstützen (doch sind sie nicht gehalten, ihren Bürgern diese Lieferung zu verbieten), sie dürfen auf ihrem Gebiet keine Kriegshandlungen dulden, haben militärischen Zuzug aus ihrem Gebiet in das einer kriegführenden Macht zu verhindern und Truppen einer solchen, die auf ihr Gebiet übertreten, zu entwaffnen und zu internieren. Im Seekrieg haben sie die Untersuchung ihrer Handelsschiffe und die Einbringung von Prisen aus denselben zu dulden und sich der Durchbrechung einer effektiven Blockade zu enthalten. Den Kriegführenden liegt es ob, das Gebiet der Neutralen nicht zu verletzen.

ZEITTAFEL

3000—525 v. Chr.	Ägyptisches Reich.
2300—539 „ „	Babylonisches Reich.
550—330 „ „	Persisches Reich.
336—323 „ „	Reich Alexanders des Großen.
212 n. „	Erteilung des römischen Bürgerrechts an alle freien Provinzialen durch Caracalla.
768—814 „ „	Weltreich Karls des Großen.
1320.	Dantes „Monarchia“.
1583—1645.	Hugo Grotius.
1590—1660.	Zouch.
1635.	„Grand Dessein“ des Herzogs von Sully.
1632—1694.	Pufendorf.
1648.	Westfälischer Friede.
1692.	William Penns Essay.
1679—1784.	Christian Wolff.
1673—1743.	Bynkershoek.
1714—1767.	Vattel.
1714.	Friede zu Utrecht (Europäisches Gleichgewicht).
1713—1716.	„Mémoires“ des Abbé de St. Pierre.
1780.	Bewaffnete Neutralität.
1783.	Friede von Versailles (Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten).
1795.	Kant „Zum ewigen Frieden“.
1815.	Wiener Kongreß.
1823.	Verkündung der Monroe-Botschaft.
1832.	Londoner Vertrag (Unabhängigkeit Griechenlands).
1839.	Londoner Vertrag über Unabhängigkeit Belgiens.
1853—1856.	Krimkrieg.
1856.	Pariser Friede.
1856.	Pariser Seerechtsdeklaration.
1861—1864.	Nordamerikanischer Sezessionskrieg.
1864.	Deutsch-Dänischer Krieg.
1864.	Erste Genfer Konvention.
1865.	Allgemeiner Telegraphenverein.
1866.	Preußisch-Österreichischer Krieg.
1867.	Neutralisierung Luxemburgs.
1868.	Petersburger Deklaration.
1870—1871.	Deutsch-Französischer Krieg.
1871.	Pontusvertrag.
1878.	Berliner Kongreß.
1878.	Weltpostverein.
1883.	Pariser Konvention zum Schutz des gewerblichen Eigentums.
1886.	Berner Konvention zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

1887.	Haager Konferenz zur Bekämpfung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern.
1890.	Panamerikanische Konferenz zu Washington.
1890.	Berner Eisenbahnübereinkommen.
1890.	Brüsseler Antisklavereikonferenz.
1892.	Besetzung Ägyptens durch England.
1899.	Erste Haager Friedenskonferenz.
1901.	Friede zu Prätoria (Beendigung des Burenkrieges).
1902.	Erstes Haager Abkommen über internationales Privat- und Zivilprozeßrecht.
1903.	Pariser Konvention zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.
1905.	Friede zu Portsmouth (Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges).
1905.	Zweites Haager Abkommen über internationales Privat- und Zivilprozeßrecht.
1907.	Zweite Haager Friedenskonferenz.
1907.	Gründung des Panamerikanischen Gerichtshofes in Carthago.
1912.	Haager Konvention zur Bekämpfung des Opiummißbrauchs.
1912.	Haager Wechselrechtsabkommen.
1912.	Friede zu Ouchy zwischen Italien und der Türkei.
1913.	Friede zu London (Beendigung des Balkankrieges).
28. 6. 1919.	Friede von Versailles.
10. 9. 1919.	Friede von St. Germain.
27. 11. 1919.	Friede von Neuilly mit Bulgarien.
4. 6. 1920.	Friede von Trianon mit Ungarn.
10. 8. 1920.	Friede von Sèvres mit der Türkei.
20. 5. 1921.	Sonderfriede Deutschlands mit China.
25. 8. 1921.	Sonderfriede Deutschlands mit den Vereinigten Staaten.
1920.	Gründung der Cour Permanente de Justice Internationale im Haag.
1922.	Washingtoner Beschlüsse.
1922.	Konferenz von Genua.
24. 7. 1923.	Friede von Lausanne (Ententemächte und Griechenland mit der Türkei).

LITERATUR

Unter den zeitgenössischen Hauptwerken des Völkerrechts sind vor allem folgende bemerkenswert:

Hatschek, Völkerrecht als System rechtlich bedeutsamer Staatsakte, 1923.

Heffter, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart auf den bisherigen Grundlagen, 1844. Herausgegeben von Geffken 1888.

Heilborn, Das System des Völkerrechts, entwickelt aus den völkerrechtlichen Begriffen, 1896. Derselbe in v. Holtzendorff-Kohlers Rechts-Enzyklopädie, 1903.

v. Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechts, 1885—1889.

Kohler, Grundlagen des Völkerrechts, 1918.

v. Liszt, Das Völkerrecht, systematisch dargestellt. 11. Auflage. 1918. Derselbe in Birkmeyers Enzyklopädie der Rechtswissenschaft. 2. Aufl. 1904.

F. v. Martens, Völkerrecht. Das internationale Recht der zivilisierten Nationen. Deutsch von Bergbohm, 1883—1886.

F. Perels, Das internationale öffentliche Seerecht der Gegenwart. 2. Aufl. 1903.

Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, in Einzelbeiträgen (seit 1912, noch nicht ganz erschienen).

Ullmann, Völkerrecht. 2. Aufl. 1908.

Niemeyer, Völkerrecht (Sammlung Göschen), 1922.

Strupp, Grundzüge des positiven Völkerrechts, 1922.

Fauchille, Le droit international public, 1922. (Umarbeitung von Bonfils, Manuel de droit public.)

Despagnet, Cours de droit international public. 4. Aufl. 1910.

Nys, Le droit international. Les principes, les théories, les faits. 2. Aufl. 1912.

Pradier-Fodéré, Traité de droit international public européen et américain, 1884—1906.

Rivier, Principes du droit des gens, 1896.

Calvo, Le droit international théorique et pratique. 5. Aufl. 1896.

Hall, A treatise on international law. 7. Aufl. 1917.

Hershey, The essentials of international Public Law, 1912.

Moore, Digest of international law, 1906.

Oppenheim, International Law. A treatise. 3. Aufl. 1920/21.

Westlake, International law. 1910/13.

De Louter, Het stellig Volkenrecht, 1910, ins Franz. übersetzt als Le droit international public positif, 1920.

Anzilotti, Corso di diritto internazionale, 1912ff.

Pasquale Fiore ,Trattato di diritto internazionale pubblico. 5. Aufl. 1914.

De Olivart, Tratado de derecho internac. público. 4. Aufl. 1903/04.

REGISTER

A.

Abbruch der Beziehungen 61.
Abrüstung 79.
Abstammung 51.
Alandsinseln 47.
Allgemeines Völkerrecht 20.
Allianz s. Bündnis.
Anerkennung eines Staates 42.
Anfechtung 66.
Annexion 45. 51.
Arbeiter 38. 82.
Asylrecht 61.
Aufständische 41. 63. 85.
Ausländer 49. 53ff., s. auch Fremdenrecht.
Auslieferung 50f.
Ausweisung 50. 71.
Außervertragliches Völkerrecht 20.

B.

Bayern 55.
Bedingung 66.
Befristung 66.
Begriff des Völkerrechts 7ff.
Belgien 46.
Berliner Kongreß 36.
Besatzungstruppen, fremde 60.
Besetztes Gebiet 88.
Betrug 14. 66.
Bewaffnete Neutralität 36.
Binnenseen 54.
Blockade 89.
— -bruch 71.
Bosporus 55.
Botschafter s. Gesandte.
Boykott 85.
Branntweinhandel 37.
Bryan-Verträge 80.
Buchten 55.
Bundesstaat 44, 69f.
Bündnis 66. 67. 70.
Bynkershoek 39. 55. 85.

C.

Clausula rebus sic stantibus 69.
Comitas gentium s. Völkerrechtssitte.
Courtoisie s. Völkerrechtssitte.

D.

Dante 32. 73.
Danzig 45. 57. 82.
Dardanellen 55.
Delikte, völkerrechtliche 47. 70ff.
Dissens 66.
Dragodoktrin 79.
Dubois 73.

E.

Ehrenklausel 78. 80. 84.
Eigentum, geistiges 64.
— gewerbliches 38. 64.
Eisenbahnen 38. 59.
Ersitzung von Gebiet 58.
Exterritorialität 57. 60. 61.

F.

Fischerei 56.
— in der Nordsee 37.
Flüsse 54.
Frachtfahrt an Küsten 55.
Frauen- und Kinderhandel 64.
Fremdenrecht 19. 29. 49. 53ff.
Friedensprojekte 34. 73ff.
Friedensvertrag 66. 75. 90.
Funkentelegraphen 38.

G.

Garantie 46.
— -vertrag 67.
Gebietsabtretung 67.
— -hoheit 25, 49. 52ff. 58.
— -veränderungen 81.
Geburt im Staatsgebiet 51.
Gefangene 88.
Geltung des Völkerrechts 9ff.
Gemeingefährliche Krankheiten 37.
Gemeinwille 13.
Genfer Konventionen 37. 68. 84.
Genugtuung 73.
Gerichtsbarkeit über fremde Staaten 48.
Gesandte 11. 22. 25. 42. 44. 57f. 60ff.
Geschäftsfähigkeit 14.
Geschäftsträger s. Gesandter.
Gesellschaftsverträge 69ff.
Gesetzgeber, völkerrechtlicher 7.
Gesundheitsamt, internationales 64.
Gewerbliches Eigentum 38. 64.
Gewohnheitsrecht s. Völkergewohnheitsrecht.
Grotius 39. 55.
Grundrechte der Staaten 48.

H.

Haager Friedenskonferenzen 37. 77. 78f. 85. 87.
— internationaler Gerichtshof 64. 82.
— Konventionen über internationales Privatrecht 67.
— Schiedsgerichtshof 78.
Handelsschiffe 55.
Handlungsfähigkeit 44, 46f.
Harmonie 32.
Hegel 39.
Heilige Allianz 36.
Heirat 51.

I, J.

Individualismus 16. 17. 28. 31. 32. 35. 38, s. auch Subjektivismus.
Internationaler Gerichtshof 64. 82.
— Schiedsgerichtshof 78.
Internationales Recht 38.
— Privatrecht 20. 38. 64. 67.
Intervention 48.
Irrtum 14. 66.
Juristische Personen 51ff.
Jus sanguinis 51.
— soli 51.

K.

Kabel 56. 71.
Kabotage 55.
Kanäle 54.
Kant 39. 75f. 84. 87.
Kaperei 90.
Kirche 19. 41.
Kolonialunternehmungen 41.
Kolonien 45. 54.
Kommissionen, internationale 22. 57. 62.
Kommunen 41.
Konsuln 22. 62.
Konterbande 71.
Koordinationsordnung 13.
Kranke 88.
Krieg 11. 29. 47. 56. 66. 80. 84ff.
Kriegsausbruch 68.
— -erklärung 60. 65. 85.
— -schiff 57. 89.
— -vorbeugung 73ff. 76ff.
Kündigung 65. 66.
Küstenfischerei 55.
— -frachtfahrt 55.
— -meer 54.

L.

Landesrecht, Verhältnis zum Völkerrecht 32ff. 41.
Legitimitätsprinzip 69.
Literatur und Kunst 38.
Londoner Vertrag 36.
Luftraum 56.
Luxemburg 46.

M.

Mädchenhandel 37. 64. 71. 82.
Mandat 44. 82.
Meerengen 55.
Meer, geschlossenes 54.
— hohes 55.
— offenes 55.
Meeresboden 56.
— -freiheit 55.
Meistbegünstigungsverträge 67.
Mesopotamien 45.
Militärdienst 49.
Minderheiten, nationale 23. 38. 64.
Ministerresidenten s. Gesandte.
Monako 45.
Monroedoktrin 35.

N.

Nationalismus 34, s. Objektivismus, Subjektivismus, Individualismus.
Naturalisation 51.
Naturrecht 13. 18. 39.
Neutralisation 46. 66. 67. 85.
Neutralität 86. 90.
— bewaffnete 36.
Nichtvertragliches Völkerrecht 20. 24.
Niederlassungsverträge 50.
Nomadenstämme 41.

O.

Objektivismus 17. 28. 31. 32. 35. 70. 73, s. auch Subjektivismus, Individualismus.
Okkupation 58.
Organe, überstaatliche 22.
Opiummißbrauch 37.
Option 22. 51. 60.

P.

Palästina 45.
Panamerikanismus 35. 79.
Papst 63.
Pariser Friede 36.
— Seerechtsdeklaration 36.
Partikuläres Völkerrecht 20.
Pax Romana 31.
Penn 74.
Personalhoheit 49. 53.
— -union 70.
Petersburger Deklaration 37.
— Konvention 87.
Piraterie 22. 56. 71. 73. 89.
Plebiszit 22f. 60.
Podebrad 73.
Politisches Gleichgewicht 33.
Polizei, internationale 56.
Post- und Telegraphenwesen 37f.
Prise 89.
Protektorat 44. 82.
Pufendorf 39.
Pufferstaaten 46.

Q.

Quäker 74.
Quellen des Völkerrechts 7ff.

R.

Ratifikation 68.
Realunion 70.
Rechtsfähigkeit der Staaten 44. 46ff.
Rechtsgeschäfte 65ff.
Reflex objektiven Rechts 22.
Renaissance 32.
Repressalie 71.
Retorsion 71.
Revolution 14.

Rezeption von Völkerrecht durch Landesrecht 23ff.
Rheinland 47. 57. 88.
Rücktritt vom Vertrag 68.
Rüstungsverminderung 77

S.

Saargebiet 45. 57. 82.
San Marino 45.
Schadensersatz 22. 71. 73.
Schiedsgerichte 35. 57.
Schiedsgerichtsbarkeit 77ff.
Schiffahrt, internationale 54.
Schiffahrtskommissionen 64.
Schweiz 46.
Seebeuterecht 89f.
— -krieg 89ff.
— -not 56.
— -wege 56.
Selbsterhaltung, staatliche 48.
Sitte s. Völkerrechtssitte.
Sklaverei 37. 64. 71.
Souveränität 18. 42ff.
Soziales Ideal 7.
Spionage 88.
Subditus temporaneus 49.
Subjekte des Völkerrechts 21ff. 40.
Subjektive Rechte 22.
Subjektivismus 70. 73, s. Individualismus, Objektivismus.
Subordinationsordnung 13. 17.
Syrien 45.

St.

Staat 40ff.
— Anerkennung 42.
— Bundesstaat 44.
— Eigenschaften 42ff.
— Elemente 48ff.
— Entstehung und Endigung 41ff.
— Grundrechte 48.
Staat, neutralisierter 46.
— Mitgliedschaft im 49.
— Selbsterhaltung 48.
— Teilung 42.
— Vereinigung 42.
— Zerfall 42.
Staatenbund 69f.
— -sukzession 58.
— -streitigkeiten 73ff.
Staatsangehörigkeit 48ff. 51f.
Staatsgebiet 41. 52ff. 75, s. auch Gebietshoheit.
— -haupt 57. 60ff. 66.
— -schulden 59. 76.
— -servituten 46. 56f.
— -vertrag s. Vertrag.
Steuern 49f. 53. 67.
St. Pierre 74. 84.
Stoa 31. 73.
Ströme 54.

T.

Telegraphenverein, allgemeiner 38.
Territorialhoheit s. Gebietshoheit.
Tunnels 56.

U.

Übervertragliches Völkerrecht 20.
Unmöglichkeit 14.
Unsittlichkeit 14.
Unterseeboote 89.
Utrechter Friede 36.

V.

Vattel 39.
Vereinbarung 13f. 16. 24. 25. 35ff. 46, s. auch Verträge.
Verkehr, internationaler 38.
Verletzungen des Völkerrechts 9ff.
Vermittlung 77.
Versailler Friede (1783) 36.
Versailler Vertrag 45. 47. 57.
Verträge 42. 65. 67ff. 82. 85.
Vertragliches Völkerrecht 20. 24.
Verwaltungsorganisationen 70.
Verwundete 88.
Verzug 14.
Völkerbund 22. 34. 47. 64. 74, 75f. 79ff.
Völkercourtoisie s. Völkerrechtssitte.
Völkergewohnheitsrecht 13. 21.
Völkerrechtshandlungen 65ff.
Völkerrechtssitte 10. 12. 21. 61.

W.

Waffenstillstand 90.
Washingtoner Konferenz 77. 89.
Wechselrecht 38.
Weltkrieg 34.
Weltpostverein 38. 64. 70.
Weltrecht 20.
Weltstaat 19. 30ff. 76.
— -telegraphenverein 64.
Westfälischer Friede 36.
Wiener Kongreß 36.
Willensmängel 66.
Wirtschaftskrieg 85.
Wolff 39.

X.

Xenelasie 50.

Z.

Zession 58.
Zouch 39.
Zurückbehaltungsrecht 9, 68.
Zwang 7ff. 14. 66.
Zwangsverfahren, völkerrechtliches 8.
Zyniker 31.

Buchdruckerei Richard Hahn (H. Otto) in Leipzig

JEDERMANNS BÜCHEREI

Natur aller Länder / Religion und Kultur aller Völker

Wissen und Technik aller Zeiten

ÜBERSICHT

Religionswissenschaft	Musik
Philosophie	Erdkunde
Erziehungswesen	Völkerkunde
Geschichte	Land- und Forstwirtschaft
Rechts- und Staatswissenschaft	Naturwissenschaft
Sozialwissenschaft Wirtschaftswissensch.	Medizin
Literaturgeschichte	Mathematik
Bildende Kunst	Technik

JEDERMANNS BÜCHEREI

Abteilung Erdkunde

Allgemeine Erdkunde

Herausgegeben von Professor **Dr. Rud. Reinhard,** Leipzig

Die Gestalt der Erde und ihre Darstellung
Oberflächengestaltung
Vulkanismus
Allgemeine Meereskunde und maritime Meteorologie
Fluß- und Seenkunde
Klimatologie
Die Landschaftsgürtel der Erde
Pflanzen- und Tiergeographie
Anthropogeographie
Wirtschaftsgeographie
Verkehrsgeographie
Politische Erdkunde

Länderkunde

Herausgegeben von **Dr. Kurt Krause,** Leipzig

Deutschland (2 Bände)
Baltische Länder — Polen
Osteuropa (2 Bände)
Nordische Länder
Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz
Frankreich
Die britischen Inseln
Donauländer (2 Bände)
Griechisches Mittelmeergebiet
Italien
Iberische Halbinsel
Asien (4 Bände)
Nordamerika
Südamerika
Australien und die Südseeinseln
Afrika (2 Bände)
Polarländer

Erschienen sind:

Die Landschaftsgürtel der Erde, Natur und Kultur. *Von Dr. Siegfried Passarge, o. Prof. an der Hamburgischen Universität.*

Politische Erdkunde. *Von Dr. Arth. Dix, Hauptschriftltr., Berlin.*

Finnland, Estland und Lettland, Litauen. *Von Dr. M. Friederichsen, o. Professor an der Universität Breslau.*

Osteuropa in 2 Bänden. *Von Dr. Walter Tuckermann, Prof. an der Techn. Hochschule Mannheim.*

Frankreich. *Von Dr. Erwin Scheu, Professor a. d. Univ. Leipzig.*

Griechisches Mittelmeergebiet. *Von Dr. Otto Maull, Professor an der Universität Frankfurt a. M.*

Südamerika. *Von Dr. B. Brandt, Privatdozent a. d. Univ. Berlin.*

In Vorbereitung:

Deutschland in 2 Bänden. *Von Dr. Bruno Dietrich, Professor an der Universität Breslau.*

Die Gestalt der Erde und ihre Darstellung. *Von Dr. Walter Behrmann, Professor an der Universität Frankfurt a. M.*

Oberflächengestaltung (Morphologie). *Von Dr. Erwin Scheu, Professor an der Universität Leipzig.*

JEDERMANNS BÜCHEREI

Allgemeine Meereskunde und maritime Meteorologie. *Von Dr. G. Wüst, Assistent am Institut für Meereskunde Berlin.*

Wirtschaftsgeographie I: Geographische Güterlehre. *Von Professor Dr. W. Schmidt, Cöthen.*

Donauländer in 2 Bänden: Staatenkunde — Landschaftskunde. *Von Dr. Hans Rudolphi, Privatdozent an der Universität Leipzig.*

Iberische Halbinsel (Spanien, Portugal). *Von Dr. Hans Praesent, Bibliothekar an der Deutschen Bücherei Leipzig.*

Nord- und Westasien. *Von Dr. Arved Schultz, o. Professor an der Universität Königsberg i. P.*

Japanische Inseln. *Von Geh. Stud.-Rat Dr. F. W. Paul Lehmann, Leipzig.*

Afrika in 2 Bänden. Das tropische Afrika und Ägypten — Das subtropische Südafrika. *Von Dr. Siegfried Passarge, o. Professor an der Hamburgischen Universität.*

Polarländer, Natur und Wirtschaft. *Von Dr. Hans Rudolphi, Privatdozent an der Universität Leipzig.*

Abteilung Völkerkunde

Herausgegeben von **Dr. Fritz Krause,** Privatdoz. a. d. Universität Leipzig, und **Dr. Georg Thilenius,** o. Prof. an der Hamburgischen Universität, Direktor des Museums für Völkerkunde

A. Allgemeine Völkerkunde

Probleme der Völkerkunde | **Das Wirtschaftsleben der Völker**

Grundzüge der menschlichen Gesellschaft

Formen des religiösen Lebens | **Die Kunst primitiver Völker**

B. Spezielle Völkerkunde

Weltgeschichtliche Kulturvorgänge

Europa einschließlich Nordafrika und Vorderasien

Afrika

Süd- und Zentralasien

Ostasien:
1. China
2. Korea, Japan

Indo-Ozeanien

Australien

Nordvölker:
Lappen und Sibirier

Die Naturvölker Nordamerikas

Die Naturvölker Südamerikas

Die alten Kulturen Mittelamerikas
(Azteken, Maya)

Die alten Kulturen Südamerikas

Erschienen ist:

Das Wirtschaftsleben der Völker.

Von Dr. Fritz Krause, Privatdozent an der Universität Leipzig

JEDERMANNS BÜCHEREI

Abteilung Literaturgeschichte

Hrsgeg. von **Dr. Paul Merker**, o. Prof. a. d. Universität Greifswald

Einführung in das Verständnis literarischer Kunstwerke

Deutsche Literatur bis 1880
(3 Bände):
I. Mittelalter
II. Reformation, Barock, Aufklärung
III. Sturm und Drang, Klassizismus, Romantik, Realismus

Deutsche Literatur vom Naturalismus bis zur Gegenwart

Deutsches Theater

Deutsche Sprachgeschichte

Deutsche Stilistik

Dänisch-Norwegische Literatur

Schwedische Literatur

Flämisch-Holländische Literatur

Englische Literatur

Amerikanische Literatur

Französische Literatur

Italienische Literatur

Spanisch-portugiesische Literatur

Russische Literatur

Polnische Literatur

Südslavische Literatur

Ungarische und rumänische Literatur

Altgriechische Literatur

Byzantinische und Neugriechische Literatur

Römische Literatur

Mittel- und Neulateinische Literatur

Indische Literatur

Persische und türkische Literatur

Altsemitische Literatur

Arabische Literatur

Japanische Literatur

Chinesische Literatur

Erschienen sind:

Deutsche Literatur vom Naturalismus bis zur Gegenwart. *Von Dr. Wolfgang Stammler, o. Professor an der Universität Greifswald.*

Deutsches Theater. *Von Dr. Friedrich Michael in Leipzig.*

Schwedische Literatur. *Von Dr. Helmut de Boor, Privatdozent an der Universität Greifswald.*

Russische Literatur. *Von Dr. Alexander Brückner, o. Professor an der Universität Berlin.*

Polnische Literatur. *Von Dr. Alexander Brückner, o. Professor an der Universität Berlin.*

Chinesische Literatur. *Von Dr. Eduard Erkes, Privatdozent an der Universität Leipzig.*

In Vorbereitung:

Deutsche Literatur bis 1880. I. Mittelalter. II. Reformation, Barock, Aufklärung. III. Sturm und Drang, Klassizismus, Romantik, Realismus. *Von Dr. Paul Merker, o. Professor an der Universität Greifswald.*

JEDERMANNS BÜCHEREI

Deutsche Sprachgeschichte. *Von Dr. Walther Ziesemer, o. Professor an der Universität Königsberg.*

Dänisch-Norwegische Literatur. *Von Dr. Georg Daub, Studiendirektor in Gandersheim a. H.*

Französische Literatur. *Von Dr. Walther Küchler, o. Professor an der Universität Wien.*

Italienische Literatur. *Von Dr. Viktor Klemperer, o. Professor an der Polytechnischen Hochschule in Dresden.*

Spanische und Portugiesische Literatur. *Von Dr. A. Hämel, Professor an der Universität Würzburg.*

Byzantinische und Neugriechische Literatur. *Von Dr. Karl Dieterich, Professor an der Universität Leipzig.*

Abteilung Bildende Kunst

Herausgegeben von **Dr. Wilhelm Waetzoldt,** Geh. Regierungsrat, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, o. Honorarprofessor an der Universität Berlin

Systematische Kunstgeschichte

Methodik der Kunstbetrachtung
Technik der Künste
Ikonographie
Denkmalpflege
Museumskunde

Geschichte der Kunst

Kunst der Naturvölker
Volkskunst
Chinesische Kunst
Japanische Kunst
Persische Kunst
Indische Kunst
Ägyptische Kunst
Griechische Kunst
Hellenistische Kunst
Römische Kunst
Arabische Kunst
Altchristliche Kunst
Italienische Kunst (3 Bände)
Spanische Kunst
Französische Kunst
Englische Kunst
Altamerikanische Kunst
Holländische Kunst
Belgische Kunst
Russische Kunst
Skandinavische Kunst
Kunst der Balkanvölker
Deutsche Kunst
Die Kunst der Gegenwart

JEDERMANNS BÜCHEREI

Erschienen sind:

Chinesische Kunst. *Von Dr. Ludwig Bachhofer in München.*

Indische Kunst. *Von Dr. Otto Höver in München.*

Arabische Kunst. *Von Dr. Elisabeth Ahlenstiel-Engel in Berlin.*

Museumskunde. *Von Dr. Otto Homburger, Direktorialassistent am Badischen Landesmuseum in Karlsruhe.*

Schwedische und Norwegische Kunst seit der Renaissance. *Von Dr. A. Dresdner, Privatdozent an der Technischen Hochschule in Berlin.*

In Vorbereitung:

Kunst der Naturvölker. *Von Dr. Otto Höver in München.*

Japanische Kunst. *Von Dr. Ludwig Bachhofer in München.*

Hellenistische Kunst. *Von Dr. Martin Schede, Kustos an den staatlichen Museen in Berlin.*

Ägyptische Kunst. *Von Dr. Hermann Kees, Professor an der Universität in Göttingen.*

Römische Kunst. *Von Dr. Herbert Koch, Professor an der Universität Jena.*

Italienische Kunst bis zur Renaissance. *Von Dr. Hans Hildebrandt, Professor an der Technischen Hochschule in Stuttgart.*

Italienische Kunst vom 14. bis 18. Jahrhundert in 3 Bänden. *Von Dr. Hans Kiener in München.*

Altamerikanische Kunst. *Von Dr. Gerstenberg, Privatdozent an der Universität Halle.*

Abteilung Musik

Herausgegeben von Prof. **Dr. Johannes Wolf,** Honorarprofessor an der Universität Berlin, Vorsteher der alten Musik-Sammlung der Preußischen Staatsbibliothek Berlin-Friedenau

I. Systematische Abteilung

Einführung i. d. Musikwissenschaft
Akustik
Musikpsychologie

Musikästhetik
Musikpolitik (Soziale und politische Bedeutung der Musik)

JEDERMANNS BÜCHEREI

II. Historische Abteilung

Die Tonschriften
Musikinstrumente
Geschichte der Musiktheorie
Musik der Naturvölker
Musik der ältesten Kulturvölker
Musik der germanischen Völker
(3 Bände)
I. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts
II. im 17. und 18. Jahrhundert
III. seit dem 19. Jahrhundert
Musik in England
Musik der romanischen Völker
(3 Bände)
I. Musik in Frankreich
II. Musik in Italien
III. Musik in Spanien und Portugal
Musik der slavischen Völker
Byzantinische Musik
Musik des Orients
Das Volkslied
Kirchenmusik

Erschienen sind:

Die Musikinstrumente. *Von Professor Dr. Curt Sachs in Berlin.*

Akustik. *Von Dr. Erich Schumann in Charlottenburg.*

Die Tonschriften. *Von Professor Dr. Johannes Wolf, Honorarprofessor an der Universität Berlin.*

Musik des Altertums. *Von Professor Dr. Curt Sachs in Berlin.*

In Vorbereitung:

Musik der Naturvölker. *Von Professor Dr. Erich von Hornbostel in Berlin.*

Musik der germanischen Völker bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. *Von Professor Dr. Johannes Wolf, Honorarprofessor an der Universität Berlin.*

Musik der germanischen Völker im 17. und 18. Jahrhundert. *Von Dr. Max Schneider, Professor an der Universität Breslau.*

Musik der germanischen Völker seit dem 19. Jahrhundert. *Von Dr. Hans Schnoor in Leipzig.*

Musik des Orients. *Von Dr. Robert Lachmann, Berlin.*

Abteilung Philosophie

Herausgegeben von **Dr. Ernst Bergmann,**
Professor an der Universität Leipzig

Systematische Philosophie

Erkenntnistheorie
Logik
Metaphysik
Ethik
Naturphilosophie
Kulturphilosophie
Rechts- und Staatsphilosophie
Religionsphilosophie
Philosophie der Geschichte
(2 Bände)
Allgemeine Psychologie
Angewandte Psychologie
Völkerpsychologie
Tierpsychologie

JEDERMANNS BÜCHEREI

Geschichte der Philosophie

Chinesische und japanische Philosophie
Indische Philosophie
Griechische Philosophie
von Thales bis Platon
Hellenistische Philosophie
von Aristoteles bis Plotin
Arabische Philosophie
Patristische und scholastische Philosophie
Italienische Philosophie
Französische Philosophie
Englische Philosophie
Holländische Philosophie
Deutsche Philosophie
(3 Bände):
I. Die deutsche Mystik
II. Die deutsche Aufklärung
III. Der deutsche Idealismus
Russische Philosophie
Amerikanische Philosophie
Der Geist des 19. Jahrhunderts
Die Philosophie im 20. Jahrhundert
Religionspsychologie

Erschienen sind:

Metaphysik. *Von Dr. Hans Driesch, o. Prof. a.d. Universität Leipzig.*

Naturphilosophie (Philosophie des Anorganischen). *Von Dr. Friedrich Lipsius, Professor an der Universität Leipzig.*

Philosophie der Geschichte in 2 Bänden. *Von Dr. Hermann Schneider, Professor an der Universität Leipzig.*

Griechische Philosophie von Thales bis Platon. *Von Dr. Hans Leisegang, Privatdozent an der Universität Leipzig.*

Hellenistische Philosophie von Aristoteles bis Plotin. *Von Dr. Hans Leisegang, Privatdozent an der Universität Leipzig.*

Patristische und scholastische Philosophie. *Von Dr. Johannes Hessen, Privatdozent an der Universität Köln.*

Französische Philosophie. *Von Dr. Karl Vorländer, Professor an der Universität Münster.*

Der Geist des 19. Jahrhunderts. *Von Dr. Ernst Bergmann, Professor an der Universität Leipzig.*

In Vorbereitung:

Ethik. *Von Dr. Hermann Schwarz, Geh. Reg.-Rat, o. Professor an der Universität Greifswald.*

Religionspsychologie. *Von D. Dr. Werner Gruehn, Privatdozent in Dorpat.*

Italienische Philosophie. *Von Guido de Ruggiero, Professor an der königl. Universität Neapel.*

Holländische Philosophie. *Von Dr. Lucien Brulez, Lektor an der Universität Hamburg.*

Deutsche Philosophie in 3 Bänden: I. Die deutsche Mystik. II. Die deutsche Aufklärung. III. Der deutsche Idealismus. *Von Dr. Ernst Bergmann, Professor an der Universität Leipzig.*

Russische Philosophie. *Von Professor E. v. Radloff, Direktor der russischen öffentlichen Bibliotheken zu St. Petersburg.*

JEDERMANNS BÜCHEREI

Abteilung Rechts- und Staatswissenschaft

Herausgegeben von Regierungsassessor a. D. Dr. sc. pol., Dr. jur. **Friedrich Glum,** Privatdozent a. d. Univers. Berlin, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften

Problem des Rechts — Rechtsphilosophie
Römische Rechtsgeschichte
Deutsche (Germanische) Rechtsgeschichte
Deutsches bürgerliches Recht der Gegenwart
Deutsches Strafrecht
Deutsches Industrie- und Handelsrecht
Deutsches Agrarrecht
Urheberrecht
Patentrecht
Französisches Privatrecht
Englisches Privatrecht
Problem des Staats — Staatsphilosophie
Politik
Verwaltungslehre
Geschichte d. politischen Theorien
Deutsche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
Grundzüge des deutschen Verfassungsrechtes
Englische und nordamerikanische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
Französische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
Russische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
Deutsches Staatsrecht
Deutsches Verwaltungsrecht
Deutsches Arbeitsrecht
Deutsches Steuerrecht
Deutsches Kommunalrecht
Völkerrecht
Internationales Privatrecht
Das Privatrecht des Friedensvertrages
Kirchenrecht
Der Staat der Kalifen
Der französische Staat der Gegenwart
Der englische Staat der Gegenwart und das britische Weltreich
Das bolschewistische Rußland
Monarchie
Demokratie u. Parlamentarismus
Demokratische Diktatur (Rätediktatur)
Die Parteien in Deutschland
Staat und Wirtschaft

Erschienen sind:

Deutsches Steuerrecht. *Von Dr. Ludwig Waldecker, Professor an der Universität Königsberg i. Pr.*
Patentrecht. *Von Professor Dr. Albert Osterrieth, Berlin.*
Deutsches Arbeitsrecht. *Von Dr. Wilhelm Groh, Professor an der Universität Gießen.*
Völkerrecht. *Von Dr. Ernst Isay, Landgerichtsrat in Bonn.*
Das Privatrecht des Friedensvertrages. *Von Dr. Erich Hans Kaden, Heidelberg.*

In Vorbereitung:

Strafrecht. *Von Dr. Eberhard Schmidt, o. Professor der Rechte an der Universität Breslau.*

JEDERMANNS BÜCHEREI

Industrie- und Handelsrecht. *Von Dr. Paul Gieseke, o. Professor an der Universität Rostock.*

Geschichte der politischen Theorien. *Von Dr. Hermann Heller, Leipzig.*

Grundzüge des deutschen Verfassungsrechts. *Von Dr. Ludwig Waldecker, Professor an der Universität Königsberg i. Pr.*

Deutsche Verwaltungslehre. *Von Dr. Dochow, Professor an der Universität Heidelberg.*

Internationales Privatrecht. *Von Dr. Max Gutzwiller, Prof. der Rechte an der Universität Freiburg, Schweiz.*

Das bolschewistische Rußland. *Von Kammergerichtsrat Dr. Martin Ludwig Schlesinger, Berlin.*

Demokratie und Parlamentarismus. *Von Prof. Dr. Leo Wittmayer, Wien.*

Staat und Wirtschaft. *Von Regierungsassessor a. D. Dr. sc. pol., Dr. jur. Friedrich Glum, Privatdozent an der Universität Berlin.*

Abteilung
Sozialwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft

Herausgegeben von Regierungsassessor a. D. Dr. sc. pol., Dr. jur. **Friedrich Glum,** Privatdoz. a. d. Universität Berlin, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften

Die nationalökonomische Theorie
Wirtschaftsverfassung
Geschichte der sozialistischen Ideen
Sozialismus
Weltwirtschaft
Geschichte der deutschen Wirtschaft
Geschichte der englischen Wirtschaft und der Wirtschaft des britischen Imperiums
Geschichte der amerikanischen Wirtschaft
Geschichte der russischen Wirtschaft
Landwirtschaftspolitik
Industrie- und Gewerbepolitik
Handelspolitik
Verkehrspolitik
Sozialpolitik
Geld – Banken – Börsen
Kohlenwirtschaft
Eisenwirtschaft
Metallwirtschaft
Textilwirtschaft
Wirtschaft der Steine und Erden
Wirtschaft der Öle und Fette
Die chemische Industrie
Lederwirtschaft
Zeitungswesen
Der industrielle Unternehmer
Der Handwerker
Der Industriearbeiter
Der politische Führer
Die arbeitende Frau

JEDERMANNS BÜCHEREI

Erschienen sind:

Der Industriearbeiter. *Von Dr. Alfred Striemer in Berlin.*

Geschichte der sozialistischen Ideen. *Von Dr. Karl Vorländer, Professor an der Universität Münster.*

Die nationalökonomische Theorie. *Von Dr. Hans Gestrich in Berlin.*

Wirtschaftsverfassung. *Von Dr. Siegfried Tschierschky, Reichswirtschaftsgerichtsrat in Berlin.*

Die arbeitende Frau. *Von Dr. Agnes von Zahn-Harnack, Berlin-Grunewald.*

In Vorbereitung:

Industrie- und Gewerbepolitik. *Von Dr. Ludwig Heyde, Prof. an der Universität Kiel. M. d. R. W. R. Berlin.*

Eisenwirtschaft. *Von Dr. Racine in Düsseldorf.*

Die deutsche chemische Industrie in ihrer Entwicklung und weltwirtschaftlichen Bedeutung. *Von Professor Dr. H. Großmann in Berlin.*

Lederwirtschaft. *Von Kriegsgerichtsrat Dr. Kurtz, Referent im Reichswirtschaftsministerium Berlin.*

Zeitungswesen. *Von Dr. Karl d'Ester, Professor an der Universität München.*

Abteilung Erziehungswesen

Herausgegeben von **Dr. August Messer,** o. Professor an der Universität Gießen

Philosophische Grundlegung der Pädagogik

Systematische Pädagogik

Geschichte d. antiken Pädagogik — Geschichte der mittelalterlichen Pädagogik

Geschichte d. modernen Pädagogik

Schulpolitik

Methodik der Volksschule

Methodik des Unterrichts an höheren Schulen

I. Teil: Geisteswissenschaftliche Fächer
II. Teil: Mathematik, Naturwissenschaften, Geographie

Fortbildungs- und Fachschulwesen

Jugendfürsorge

Jugendpsychologie

Staatsbürgerliche Erziehung

Das österreichische Schulwesen der Gegenwart

Englisches und amerikanisches Bildungswesen

Asiatisches Bildungswesen

Pädagogische Probleme der Gegenwart

Körperliche Erziehung und Schulhygiene

Volkshochschulwesen

JEDERMANNS BÜCHEREI

Erschienen sind:

Jugendpsychologie. *Von Dr. Erich Stern, Privatdozent an der Universität Gießen.*

Körperliche Erziehung und Schulhygiene. *Von Dr. Otto Huntemüller, Professor an der Universität Gießen.*

Philosophische Grundlegung der Pädagogik. *Von Dr. August Messer, o. Professor an der Universität Gießen.*

Methodik des Unterrichts an höheren Schulen.

I. Teil: Geisteswissenschaftliche Fächer: Geschichtsunterricht, Altsprachlicher Unterricht, Die neueren Sprachen (Französisch und Englisch), Deutschkunde, Philosophische Propädeutik. *Von Dr. August Messer, o. Professor an der Universität Gießen, Dr. Albert Streuber in Darmstadt und Dr. Franz Schnaß in Hannover.*

II. Teil: Mathematik, Naturwissenschaften, Geographie. *Von Dr. G. Röver in Oldenburg und Dr. Franz Schnaß in Hannover.*

In Vorbereitung:

Systematische Pädagogik. *Von Dr. Wilhelm Flitner, Privatdozent an der Universität Jena.*

Das österreichische Schulwesen der Gegenwart. *Von Bezirksschulrat Johann Kober in Wiener-Neustadt.*

Jugendfürsorge. *Von Dr. Erich Stern, Privatdozent an der Universität Gießen.*

GÜNTHER, KIRSTEIN & WENDLER, LEIPZIG.

TYCZNE U.

TECHNIK
ERDKUNDE
MATHEMATIK
VOLKERKUNDE
ERZIEHUNGSWESEN
NATURWISSENSCHAFT
SOZIALWISSENSCHAFT
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT
LAND/UND FORSTWIRTSCHAFT
RELIGIONSWISSENSCHAFT
STAATSWISSENSCHAFT
RECHTSWISSENSCHAFT
LITERATURGESCHICHTE
BILDENDE KUNST
PHILOSOPHIE
GESCHICHTE
MEDIZIN
MUSIK